Termine:

Justizprüfungsamt?
Ja — Nein
Falls ja: P — K — V — R
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn. MiStra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de - Strafkammer des - gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen

wegen

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschuß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

Weggelegt

Aufzu

Gesch

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3691

getarnten Gasraum gegangen. Die Tür sei vom Umkleideraum . aus, im welchem er, der Angeklagte, sich mit den genannten Teilnehmern an der Exekution befunden habe, verschlossen worden, Wessel habe den Druckventilator, der in der Wand zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum in Bodennähe eingebaut war, in Gang gesetzt, habe sich sodann - von wem, wisse er nicht mehr - eine Kapsel geben lassen, die, wie er, der Angeklagte, gewußt habe, das verflüssigte Giftgas enthalten habe, und habe sie in der Mitte des Ventilators eingesetzt. Schon nach kurzer Zeit sei der Druckventilator wieder abgestellt und der in eine Außenwand des Gasraumes eingebaute Exhaustor in Betrieb gesetzt worden; als der Gasraum hinreichend entlüftet gewesen sei, sei die Tür geöffnet worden, und er, der Angeklagte, habe die durch das Gas getöteten Häftlinge gesehen. Der anwesende Arzt habe ihren Tod festgestellt.

Das Geständnis des Angeklagten Höhn ist - mit Ausnahme der Angaben über die Beteiligung des Angeklagten Böhm - glaubhaft. Zwar stellt der Zeuge Wessel seine von dem Angeklagten Höhn geschilderte Mitwirkung an der Vergasung der Zivilarbeiter in Abrede, doch liegt mit Rücksicht darauf, daß gegen Wessel, wie dieser zugibt, ein auch diese Tötung betreffendes gerichtliches Voruntersuchungsverfahren anhängig ist, die Möglichkeit einer Falschbekundung so nahe, daß kein Anlaß besteht, an der Richtigkeit der Angaben des Angeklagten Höhn zu zweifeln, dessen Behauptung, Wessel habe an der Vergasung teilgenommen, - wie er bei seiner hervorragenden Intelligenz zweifellös nicht verkennt -

nicht einmal geeignet ist, ihn selbst zu entlasten, Dagegen ist nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß der Angeklagte Höhn in seiner Auffassung, der Angeklagte Böhm habe sich an der Vergasung der 8 Arbeiter beteiligt, einem Irrtum unterliegt. Der Angeklagte Böhm - der übrigens wegen der Teilnahme an der Vergasung der 8 Zivilarbeiter nicht angeklagt ist - bestreitet, bei ihr zugegen gewesen zu sein. Angesichts dessen, daß die Vergasung der 8 Zivilarbeiter nach der unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Höhn die erste (und einzige) Gasvernichtung war, an welcher er teilgenommen hat, liegt die Annahme nahe, daß der Angeklagte seine Aufmerksamkeit dermaßen auf den eigentlichen Vergasungsvorgang als solchen konzentriert hat, daß er nicht sicher wahrgenommen oder jedenfalls nicht zuverlässig in der Erinnerung behalten hat, wer - ohne durch eine besondere Tätigkeit oder ein auffälliges Verhalten hervorzutreten oder aufzufallen - als diensthabender Rapportführer an der Hinrichtung teilgenommen hat.

Es steht mithin fest, daß der Angeklagte Höhn an der Vergasung von (mindestens) 8 Zivilarbeitern teilgenommen hat, indem er in seiner Eigenschaft als diensthabender Schutzhaftlagerführer, den die Durchführung derartiger Hinrichtungen betreffenden innerdienstlichen Anweisungen gemäß, die Aufsicht über die Exekution geführt hat.

2. Vergasung von wenigstens 27 Ostarbeiterinnen.

Ende 1944 oder Anfang 1945 wurden in der Vergasungsanlage des Krematoriumsgebäudes wenigstens 27 Ostarbeiterinnen

unter der Leitung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers durch Vergasung getötet. Der Angeklagte Böhm, der als Rapportführer vom Dienst von dem die Exekution leitenden Schutzhaftlagerführer zu der Hinrichtung hinzugezogen wurde, und die Erforderlichkeit seiner Mitwirkung kannte, sah, als er im Krematoriumsgebäude eintraf, durch das in der Wand zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum eingelassene, etwa 0,6 x 0,6 m große Fenster die bereits entkleideten Frauen in dem Gasraum, dessen die Delinquenten täuschende Einrichtung, ihren Täuschungszweck und dessen Bestimmung als Vergasungsanlage er kannte, stehen. Nach seinem Eintreffen wurde der Druckventilator angestellt, der Gasbehälter eingesetzt, und Böhm beobachtete durch das Fenster, daß die Delinquentinnen unter der Wirkung des Giftgases schon nach kurzer Zeit zusammenbrachen. Sodann wurde der Gasraum entlüftet, die Leichen der durch Gas getöteten Arbeiterinnen wurden zum Krematorium gebracht, und der die Exekution leitende Schutzhaftlagerführer ordnete an, daß ihre Kleider nicht der Kleiderkammer des Schutzhaftlagers zugeführt werden sollten.

Der Angeklagte Böhm gesteht seine Beteiligung an der Exekution ein. Im einzelnen gibt er an, er habe eines Vormittags, als er Rapportführer vom Dienst gewesen sei, von dem Angeklagten Höhn den Befehl erhalten, ihn zum Krematorium zu begleiten. Er habe diesem Befehl Folge geleistet. Als er zusammen mit Höhn in dem Krematoriumsgebäude angekommen sei, habe er durch das Fenster, das sich in der Wand zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum

befand, etwa 35 völlig entkleidete Ostarbeiterinnen in dem als Duschanlage getarnten Gasraum ^{sehen} stehen. Wie sie dahin gekommen seien und wer sie dahin gebracht habe, wisse er nicht; er nehme an, daß sie von außerhalb des Lagers unmittelbar zum Krematorium gefahren worden seien; er könne sich auch nicht mehr entsinnen, woher er wisse, daß es sich um Ostarbeiterinnen gehandelt habe. Nachdem Höhn und er, der Angeklagte Böhm, im Umkleideraum des Krematoriumsgebäudes eingetroffen seien, habe der dort schon anwesende Krematoriumshäftling Gärtner aus seiner Hosentasche eine Gaspatrone gezogen, die wie die Batterie einer Stabtaschenlampe ausgesehen habe, und habe sie Höhn gegeben. Dieser habe vergeblich versucht, sie an einem Mechanismus an der Tür zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum einzusetzen; er habe sie, als ihm dies nicht gelungen sei, an Gärtner zurückgegeben, der sie seinerseits in den Mechanismus eingesetzt habe. Er, der Angeklagte, habe durch das Fenster ~~schon~~ beobachtet, daß die in dem Gasraum befindlichen Frauen durch das aus der Gaspatrone einströmende Giftgas schnell getötet worden seien.

Der Angeklagte Höhn, der von der Anklage beschuldigt wird, mit dem Angeklagten Böhm gemeinsam an der Vergasung der Ostarbeiterinnen mitgewirkt zu haben, bestreitet seine Teilnahme und gibt an, er habe von dieser Gasvernichtung erst im Lauf des gegen ihn gerichteten Strafverfahrens vor dem sowjetischen Militärtribunal erfahren. Er könne sich die - soweit sie seine Teilnahme betreffen - sachlich unrichtigen Angaben des Angeklagten Böhm nicht erklären.

Das Geständnis des Angeklagten Böhm ist, soweit es seine eigene Teilnahme an der Exekution der Ostarbeiterinnen betrifft, glaubhaft. Es sind keine Umstände hervorgetreten, die einen Anhalt für die Annahme böten, daß der Angeklagte Böhm sich der Wahrheit zuwider der Beteiligung an der Vergasung der Ostarbeiterinnen bezichtigt hätte, umso weniger, als, wie der Angeklagte weiß, Zeugen für diesen Vorgang nicht vorhanden sind und das Gericht daher, soweit es seine Tatbeteiligung angeht, auf seine Angaben angewiesen ist. Allerdings kann auf Grund des Geständnisses des Angeklagten Böhm nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß der Vergasung, wie der Angeklagte Böhm meint, 35 Frauen zum Opfer gefallen seien. Der Angeklagte Hempel hat insoweit bekundet, er habe in seiner Eigenschaft als Rapportschreiber im Februar 1945 27 bis 30 Frauen als von der Außenstelle Flugzeugwerk Heinkel zu der Außenstelle Auer-Werke versetzt gemeldet und sie sodann von der Lagerstärke gänzlich abgesetzt. Soweit er gehört habe, hätten die Frauen an ihrer Arbeitsstelle Sabotageakte begangen. Er halte es für möglich und naheliegend, daß die von ihm abgesetzten Frauen mit denjenigen, die unter der Mitwirkung des Angeklagten Böhm in der Vergasungsanlage getötet worden seien, identisch seien. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Angeklagte Böhm die Zahl der Frauen, die zur Zeit seines Eintreffens im Krematoriumsgebäudes sich bereits in dem Vergasungsraum befanden, nicht gezählt, sondern nur überschlägig geschätzt hat, vermag sich das Schwurgericht bei der Feststellung ihrer Zahl

nicht den offensichtlich unsicheren und unzuverlässigen Angaben des Angeklagten Böhm anzuschließen; es folgt insoweit vielmehr der Aussage des Angeklagten Hempel und stellt fest, daß unter der Mitwirkung des Angeklagten Böhm (mindestens) 27 Ostarbeiterinnen durch Vergasung getötet worden sind. Eines Freispruches des in der Anklageschrift der Teilnahme an der Tötung von 35 Frauen beschuldigten Angeklagten wegen der die Zahl 27 übersteigenden Opfer bedarf es indessen nicht, weil die Anklage und der Eröffnungsbeschluß die Tötung sämtlicher Ostarbeiterinnen als eine einheitliche Handlung gewertet haben.

Das Schwurgericht vermochte aber auch nicht auf Grund der Angaben des Angeklagten Böhm mit der zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderlichen Sicherheit feststellen, daß der letztgenanntensich an der Vergasung der 27 Ostarbeiterinnen beteiligt hat. Wenn auch eine bewußt wahrheitswidrige Beschuldigung des Angeklagten Höhn durch den Angeklagten Böhm nach Auffassung des Gerichts nicht in Betracht steht, so ist doch nicht auszuschließen, daß der Angeklagte Böhm bei seiner Darstellung des Sachverhalts, soweit er die Mitwirkung des Angeklagten Höhn betrifft, einem Irrtum oder einer Erinnerungst~~ü~~schung unterlegen ist. Auf Grund der insoweit unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Böhm muß davon ausgegangen werden, daß die Vergasung der 27 Ostarbeiterinnen der einzige Fall einer Tötung von weiblichen Häftlingen war, an denen der Angeklagte Böhm teilgenommen hat. Auf Grund dessen und nach der Art, in welcher der Angeklagte die Hinrichtung geschildert hat, steht zweifels-

frei fest, daß er vor und während des Hinrichtungsvorganges seine Neugier und seine Aufmerksamkeit nicht so sehr den Begleitumständen der Tötung, auch nicht ihrer technischen Durchführung gewidmet hat, sondern daß seine Interesse und seine gesammelte Konzentration vielmehr auf die Beobachtungen der im Gasraum völlig nackt seinen Blicken durch das Fenster preisgegebenen Frauen und des Eintritts ihres Todes gerichtet war. Unter diesen Umständen liegt die Annahme nahe, daß seine Wahrnehmungen - oder seine Erinnerung an diese -, soweit sie den technischen Vorgang der Vergasung und die Person der außer ihm an der Exekution Beteiligten betrafen, nicht mit jedem Zweifel an ihrer Richtigkeit, ausschließender Sicherheit und Zuverlässigkeit getroffen oder im Gedächtnis des Angeklagten bewahrt worden sind. Diese Annahme findet, soweit sie den technischen Exekutionsvorgang betrifft, ihre Bestätigung in der Tatsache, daß die Angaben des Angeklagten Böhm jedenfalls in zwei Punkten einer Nachprüfung nicht standhalten: Der Angeklagte hat angegeben, die bei der Hinrichtung verwandte Giftgasdose habe das Aussehen und die Form der Batterie einer Stabtaschenlampe gehabt und sei vor ihrem Gebrauch von dem Krematoriumshäftling Gärtner in der Hosentasche aufbewahrt worden. Auf Grund der glaubhaften Aussage des Zeugen Ballhorn, dessen persönliche Glaubwürdigkeit bereits erörtert und bejaht worden ist, steht indessen fest, daß das verflüssigte Giftgas, welches sowohl in der Entlausungsanstalt des Schutzhaftlagers, in welcher der Zeuge tätig war, als auch bei den Gasvernichtungen von Häftlingen Verwendung

fand, sich in Blechdosen befunden hat, die etwa die Größe einer handelsüblichen Kilo-Konservendose hatten und die wegen ihrer Größe nicht in der Hosentasche eines Häftlingsanzugs hätten untergebracht werden können. Dieser Darstellung entspricht auch die insoweit von dem Schwurgericht als zuverlässig erachtete Angabe des Zeugen Rehder, der für die Gasdosen, die ihm, während er sich bei der Ausübung seiner Zimmererarbeit im Industriebauhof aufgehalten habe, von Häftlingen des Krematoriumskommandos gezeigt worden sind, Größenmaße angegeben hat, die von denjenigen, die der Zeuge Ballhorn bezeichnet hat, jedenfalls nicht erheblich abweichen und eine Verwahrung einer derartigen Dose in der Hosentasche eines Häftlingsanzuges mit Sicherheit ausschlossen. Zum anderen hat der Angeklagte Böhm angegeben, die Giftgaspatrone sei in einen Mechanismus eingesetzt worden, der sich in der Verbindungstür zwischen dem Umkleide- und dem Gasraum befunden habe.

Auf Grund der nach der Überzeugung des Schwurgerichts insoweit sachlich zutreffenden und exakten Angaben des Angeklagten Höhn und des Zeugen Kroll steht jedoch fest, daß die Ventilationsanlage, in deren Mitte die Gasbehälter eingesetzt wurden, nicht in der Tür, sondern in einer Seitenwand des Gasraumes in Bodennähe eingebaut war. Angesichts dieser beiden erwiesenen Unrichtigkeiten in der Darstellung des Angeklagten Böhm rechtfertigt sich auch die Vermutung, daß seine Angabe, der Angeklagte Höhn habe an der Vergasung der Ostarbeiterinnen mitgewirkt, auf einer Beobachtungstäuschung oder einer Verschiebung des Erinnerungsbildes des

Angeklagten Böhm beruht. Dies gilt umso mehr, als, wie auf Grund der Einlassungen beider Angeklagten feststeht, zu jener Zeit zahlreiche Hinrichtungen von zur Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Personen durchgeführt wurden und sich die drei Schutzhaftlagerführer Kolb, Höhn und Körner in der Leitung dieser Exekution turnusgemäß abwechselten. Ist hiernach aber davon auszugehen, daß der Angeklagte Böhm Häftlingstötungen unter der Aufsicht eines jeden der drei Schutzhaftlagerführer ^{auch} miterlebt hat, dann liegt aus diesem Grunde die Möglichkeit nahe, daß er die Person des Leiters der hier in Betracht stehenden Vergasung nicht mehr mit voller Zuverlässigkeit in der Erinnerung behalten hat.

Das Beweisergebnis reicht hiernach zu einer Feststellung der Mitwirkung des Angeklagten Höhn an der Vergasung der (mindestens) 27 Ostarbeiterinnen nicht aus; der Angeklagte Höhn ^{Höhn} mangels Beweises ^{mangels Beweises} te/war daher von diesem Punkt der Anklage/freizusprechen.

3. Hinrichtung durch Erhängen.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn und den Angeklagten Hempel, sich dadurch der Beihilfe zum Totschlag schuldig gemacht zu haben, daß beide an der Tötung eines zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten mitgewirkt hätten indem der Angeklagte Höhn die Hinrichtung geleitet und der Angeklagte Hempel am Hinrichtungsort das Exekutionsprotokoll geführt habe. Der Angeklagte Höhn stellt nicht in Abrede, an Erhängungen von zum Zwecke ihrer Tötung in

das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten mitgewirkt zu haben; er bestreitet jedoch, daß der Angeklagte Hempel bei einer dieser Hinrichtungen zugegen gewesen sei und das Exekutionsprotokoll geführt habe. Der Angeklagte Hempel gibt an, er habe niemals der Erhängung eines überstellten Häftlings beigewohnt und am Hinrichtungs-ort ein Exekutionsprotokoll aufgenommen.

Zeugen oder andere Beweismittel sind zu diesem Punkt der Anklage nicht ermittelt worden.

Unter diesen Umständen kann weder festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn sich der Beteiligung an der den Gegenstand dieses Punktes der Anklage bildenden, durch die Mitwirkung des Angeklagten Hempel als Protokollführer eindeutig gekennzeichneten Erhängung eines überstellten Häftlings schuldig gemacht hat, noch, daß der Angeklagte Hempel sich an der in der Anklageschrift gekennzeichneten Erhängung aktiv beteiligt hat.

Die Angeklagten Höhn und Hempel waren daher von dem ihnen in diesem Punkt der Anklage (C IV 2) gemachten Schuldvorwurf mangels Beweises freizusprechen.

4. Hinrichtungen durch Erschießung.

Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Höhn und Böhm, sich durch die Mitwirkung an der Erschießung von zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten des Mordes in je 24 Fällen und der Beihilfe zum Mord an einer nicht näher fest-

gestellten Zahl von Menschen schuldig gemacht zu haben; sie legt dem Angeklagten Hempel zur Last, zur Ermordung von mindestens 10 Delinquenten Beihilfe geleistet zu haben: Der Angeklagte Höhn habe die rechtswidrige Erschießung von mindestens 100 Häftlingen, die in ihrer überwiegenden Zahl von dem Angeklagten Böhm und teilweise auch von dem Angeklagten Hempel zum Erschießen in den "Industrie Hof" des Lagers gebracht worden seien, geleitet, dabei hätten Höhn und Böhm in mindestens 6 Fällen insgesamt je 24 Personen eigenhändig erschossen, obwohl sie gewußt hätten, daß die vom Reichssicherheitshauptamt befohlenen Erschießungen rechtswidrig gewesen seien.

Die Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht hat insoweit folgenden Sachverhalt ergeben: Der Angeklagte Höhn hat in seiner Eigenschaft als Schutzhaftlagerführer vom Dienst die Erschießung von mindestens 20 zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten geleitet. Diese Delinquenten, die, wie eingangs festgestellt ist, auf Veranlassung des Reichssicherheitshauptamtes zum Zwecke ihrer durch Exekutionsbefehle angeordneten Tötung zum Konzentrationslager Sachsenhausen transportiert, am Lagertor von dem diensthabenden Rapportführer in Empfang genommen und zum Krematorium gebracht worden waren, mußten sich in dem eingangs beschriebenen Umkleideraum ihrer Kleider entledigen, da sie, wie ihnen, um ihnen ihre bevorstehende Hinrichtung zu verheimlichen und sie in Sicherheit zu wiegen, der Wahrheit zuwider angegeben wurde, sich einer

körperlichen Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand unterziehen sollten. Im Vertrauen auf die Richtigkeit dieser Erklärung legten die Delinquenten im Umkleideraum ihre Kleider ab und begaben sich in den sich an den Umkleideraum anschließenden "ärztlichen Untersuchungsraum", in welchem sie - meist durch einen SS-Arzt, wie dies in den von der Kommandantur für diese Hinrichtungen erteilten innerdienstlichen Anweisungen bestimmt war - einer Scheinuntersuchung auf ihren Gesundheitszustand unterzogen wurden und wo diejenigen von ihnen, die goldenen Zahnersatz trugen, mit einem dies kennzeichnenden Zeichen auf der Brust versehen wurden. Hiernach wurden sie einzeln nacheinander in den Erschießungsraum geführt, aus dessen Ausstattung und Einrichtung sie entnahmen, daß hier ihre körperliche Untersuchung fortgesetzt werden sollte. Von dem in dem Erschießungsraum dienstuenden SS-Angehörigen wurden sie unter dem ihnen als wahr hingegenommenen Vorwand, ihre Körpergröße solle gemessen werden, veranlaßt, sich an den Meßstreifen zu stellen, der SS-Angehörige senkte die Kopfplatte der Meßeinrichtung auf ihren Kopf, und sobald die Durchbohrung in der Kopfplattenhalterung mit dem Genick des Delinquenten in gleicher Höhe lag, gab der in dem nebenan gelagerten Schießraum schußbereit wartende SS-Schütze auf ein akustisches Zeichen des in dem Erschießungsraum dienstuenden SS-Angehörigen mit einer Kleinkaliberpistole durch den mit der Bohrung in der Kopfplattenhalterung korrespondierenden Wandschlitz hindurch auf den nichtsahnenden Delinquenten den tödlichen Genickschuß ab. Während dieses Vorganges

erfüllte die Lautsprecheranlage eines Plattenspielers die gesamte Genickschußanlage mit derart lauter Marschmusik, daß der Schußknall außerhalb des eigentlichen Erschießungsraumes und insbesondere von den weiter zur Erschießung bestimmten Delinquenten nicht gehört werden konnte. Unmittelbar nach der Abgabe des Genickschusses wurde die Leiche des Erschossenen von Häftlingen des Krematoriumskommandos in den nebenan ^{mit Wasser/}gelegenen Leichenraum gezerzt und der Erschießungsraum/von etwaigen Blutspuren gesäubert, so daß der nachfolgende Delinquent von der Tötung seines Vorgängers nichts wahrnahm.

Über seine Beteiligung als Leiter von mindestens 20 dieserart durchgeführten Exekutionen hinaus hat der Angeklagte Höhn, ohne auf Grund der einschlägigen Dienstanweisung der Lagerkommandantur hierzu verpflichtet zu sein, wenigstens 8 Delinquenten eigenhändig erschossen: Den ersten dieser Delinquenten erschoss er, als der 1. Schutzhaftlagerführer Kolb ihn im Herbst 1943 in den Betrieb der Genickschußanlage einführte; Kolb tötete erst selbst einen im Erschießungsraum vor den Meßstreifen geführten Delinquenten durch Genickschuß und forderte dann Höhn auf, den nächsten Delinquenten zu erschießen. Der Angeklagte Höhn kam dieser Aufforderung nach und erschoss den folgenden Delinquenten, der auf die Anweisung des in dem Erschießungsraum diensttuenden SS-Angehörigen arglos vor dem Schießschlitz Aufstellung genommen hatte, hinterrücks durch einen Genickschuß. In der Folgezeit tötete der Angeklagte Höhn in wenigstens drei weiteren Fällen aus eigener Entschließung, nämlich,

um dem 2. Rapportführer Palmier, der, als Rapportführer vom Dienst mit der Durchführung der Erschießungen beauftragt, aus moralischen und nervlichen Gründen hierzu außerstande war, diese Aufgabe abzunehmen, jeweils mindestens zwei Delinquenten in gleicher Weise. Endlich erschoss der Angeklagte Böhm eigenhändig einen weiteren Häftling in der geschilderten Weise, um den 3. Schutzhaftlagerführer, den SS-Obersturmführer Körner, in die Genickschußanlage einzuweisen und ihn zur Durchführung der dort vorgenommenen Tötungen anzuleiten. Der Angeklagte war sich in allen diesen Fällen darüber klar, daß nach den diese Hinrichtungen betreffenden allgemeinen Dienstvorschriften die eigenhändige Erschießung der Delinquenten nicht zu den Aufgaben des die Hinrichtung^{en} leitenden Schutzhaftlagerführers gehörte, er also zur eigenhändigen Vornahme der Erschießungen nicht verpflichtet war.

Der Angeklagte Böhm hat sich an der Erschießung der zum Zwecke der Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführten Delinquenten zunächst in der Weise beteiligt, daß er mindestens 40 Delinquenten vom Tor des Schutzhaftlagers abholte und wissend, daß und auf welche Weise sie getötet werden sollten und würden, zum Krematoriumsgebäude führte, sie dort unter dem Vorwand, sie müßten eine ärztliche Untersuchung über sich ergehen lassen, veranlaßte, sich im Umkleideraum ihrer Kleider zu entledigen, selbst - nachdem er sich einen weißen Arztmantel übergezogen hatte - die Durchführung der ärztlichen Untersuchung vortäuschte und die Delinquenten sodann in den Erschießungs-

raum schickte, wo sie, wie er wußte, vor dem Meßstreifen stehend, hinterrücks erschossen wurden. Darüber hinaus hat der Angeklagte bei mindestens 3 Exekutionen insgesamt wenigstens 10 Delinquenten vom Schießraum aus durch den Mauerschlitz an der Meßvorrichtung eigenhändig durch Genickschuß getötet, obwohl er, wie er wußte, die Erschießungen nicht selbst vorzunehmen brauchte, sondern sich hierzu der ihm unterstellten Blockführer bedienen konnte.

Der Angeklagte Hempel hat sich auf Veranlassung des Angeklagten Böhm an wenigstens drei derartiger Exekutionen, denen insgesamt mindestens 9 Delinquenten zum Opfer gefallen sind, dergestalt beteiligt, daß er die Delinquenten jeweils vom Lagertor zum Krematorium begleitete, im Umkleideraum ihr Ausziehen überwachte und sie sodann, wissend, daß sie arglos darauf vertrauten, durch einen Arzt untersucht zu werden, und daß sie von dem ihm bekannten Bevorstehen ihrer Erschießung keine Kenntnis hatten, einzeln und nacheinander in den "Untersuchungsraum" und von dort in den Erschießungsraum schickte.

Sämtliche drei Angeklagten sind geständig, an der Erschießung der zum Zwecke der Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten in der vorstehend festgestellten Weise und in dem dort angegebenen Umfange mitgewirkt zu haben.

Der Angeklagte Höhn läßt sich im einzelnen wie folgt ein:
In der Zeit vom Herbst 1943 bis Ende 1944, nämlich bis zu dem Zeitpunkt, in welchem das Erschießungskommando Moll

aus dem Lager Auschwitz in Sachsenhausen eingetroffen sei und die Exekutionen übernommen habe, sei eine große Anzahl, insgesamt aber nicht mehr als 100 auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes in das Konzentrationslager Sachsenhausen zur Exekution überstellte Delinquenten, im Industriebhof des Lagers hingerichtet worden. Die überwiegende Mehrzahl dieser Hinrichtungen sei durch Erschießen erfolgt. Die Erschießungen seien unter der Leitung des jeweils diensthabenden Schutzhaftlagerführers durch den Rapportführer vom Dienst - der sich wiederum zur Ausführung der Exekution eines Blockführers habe bedienen können - in der Genickschußanlage des Krematoriums durchgeführt worden, wohin die zu exekutierenden Delinquenten einzeln oder in Gruppen von je 2 bis 4 Leuten gebracht worden seien. Die Delinquenten seien in die Annahme versetzt worden, ihnen stehe eine ärztliche Untersuchung bevor; sie hätten sich jeweils im Umkleideraum des Krematoriumsgebäudes entkleiden müssen und seien sodann, und zwar in der Regel durch einen SS-Arzt, daraufhin untersucht worden, ob sie goldene Plomben oder goldenen Zahnersatz im Munde hätten; sofern dies der Fall gewesen sei, seien sie durch ein Farbkreuz auf der Brust entsprechend gekennzeichnet worden. Nach dieser Untersuchung seien sie vor den Meßstreifen in der Genickschußanlage geführt worden und dort, ohne daß sie das Bestehen ihrer Erschießung geahnt oder gar erkannt hätten, durch einen Genickschuß getötet worden.

Er, der Angeklagte, habe in seiner Eigenschaft als diensthabender Schutzhaftlagerführer die Exekution von etwa 30

Delinquenten geleitet, von denen eine kleine Anzahl gehängt, bei weitem die meisten aber in der geschilderten Weise erschossen worden seien. Erstmals sei er von dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb im Herbst 1943 mit der Leitung einer Erschießung beauftragt worden. Kolb habe ihn zu der Erschießungsanlage begleitet und, um ihn, den Angeklagten, anzuleiten, den ersten der hinzurichtenden Häftlinge selbst ^{und} erschossen. Sodann habe er, Höhn, auf Geheiß von Kolb in dessen Gegenwart den zweiten, möglicherweise auch den dritten Delinquenten durch Genickschuß getötet. Abgesehen von diesem Fall habe er in drei weiteren Fällen selbst die zu exekutierenden Häftlinge erschossen. Es sei dies in jenen Fällen geschehen, in denen der zweite Rapportführer Palmier als Rapportführer vom Dienst eingeteilt gewesen sei und deswegen die Erschießungen habe selbst durchführen oder einen Blockführer zu ihrer Durchführung habe einteilen müssen. Palmier sei dieser seiner Aufgabe seelisch und nervlich nicht gewachsen gewesen, ihm sei der Schweiß ausgebrochen, er habe gezittert und weder zu schießen noch Anordnungen zu erteilen vermocht. Er, der Angeklagte Höhn, habe deshalb an seiner Stelle geschossen. Das sei dreimal der Fall ^{habe} gewesen, wobei er jeweils zwei Delinquenten erschossen. Er habe sich nämlich als Vorgesetzter verpflichtet gefühlt, selbst das zu leisten, was er von seinen Untergebenen verlangt habe, und er wäre nach seiner Überzeugung ein schlechter Vorgesetzter gewesen, wenn er das, was er von Palmier gefordert habe, nicht selbst zu tun bereit gewesen wäre. Endlich habe er, als er den 3. Schutzhaftlagerführer, SS-

Obersturmführer Körner, in den Betrieb der Erschießungsanlage eingewiesen und ihm zu diesem Zweck auch die Erschießung von Delinquenten vorgeführt habe, einen weiteren Delinquenten vom Schießraum aus durch Genickschuß getötet. Insgesamt habe er in der geschilderten Weise etwa 8 bis 9 Delinquenten eigenhändig erschossen, nämlich mindestens einen auf Anweisung Kolbs, sechs anstelle Palmiers und einen bei der Einweisung Körners.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er habe sich seit Spätherbst 1943 an der Erschießung überstellter Delinquenten selbst beteiligt. Der SS-Oberscharführer Krämer habe ihn zu den Erschießungen angeleitet. Bei den ersten 3 bis 4 Exekutionen, denen er gemeinsam mit Krämer beigewohnt habe, habe er nur zugeschaut; dann habe Krämer ihn aufgefordert, auch selbst zu schießen. Diese Aufforderung habe er befolgt. Insgesamt habe er ungefähr bei 3 bis 4 Exekutionen Delinquenten eigenhändig erschossen und hierbei wenigstens 10 Menschen durch Genickschuß getötet.

Die meisten der Gefangenen, die er selbst exekutiert habe, und weitere mindestens 40 Delinquenten habe er persönlich vom Lagertor abgeholt und zum Krematorium gebracht; in diesen Fällen sei er mit ^{seinem} Fahrrad langsam hinter den zum Krematorium gehenden Gefangenen hergefahren. Andere Delinquenten seien von anderen SS-Angehörigen zum Krematorium gebracht und von ihm, dem Angeklagten Böhm, dort übernommen worden. Im Krematoriumsgebäude habe er die Häftlinge unter dem Hinweis, sie würden einer ärztlichen Unter-

suchung zugeführt, sich zunächst im Umkleideraum auskleiden lassen. Dann habe er - zwischenzeitlich habe er sich einen weißen Arztmantel übergezogen - in dem neben dem Auskleideraum gelegenen Untersuchungszimmer eine ärztliche Untersuchung selbst vorgetäuscht, habe die Delinquenten hierbei die Arme heben und sich von ihnen die Hände und die Fußsohlen zeigen lassen, und bei der Untersuchung besonders darauf geachtet, ob die Häftlinge goldenen Zahnersatz im Munde trügen; wenn dies der Fall gewesen sei, habe er die Häftlinge mit einem Blaustift auf der Brust gekennzeichnet. Sodann habe er die Häftlinge einzeln nacheinander den Erschießungsraum - dessen Zweckbestimmung sie nicht erkannt hätten - betreten lassen; hier seien sie entweder von ihm oder aber von einem weiteren Rapportführer oder einem Blockführer, der ihn bei der Exekution unterstützt habe, durch den Schlitz in der Meßlatte hindurch erschossen worden. Die Leiche des jeweils Erschossenen sei sodann sofort in den neben dem Erschießungsraum befindlichen Leichenraum gebracht und der Erschießungsraum gesäubert worden, sodaß der nachfolgende Häftling von der soeben stattgefundenen Erschießung nichts bemerkt habe. Während der Exekution habe er, der Angeklagte, um den Schußknall - der, da mit einer Kleinkaliberpistole geschossen worden sei, ohnedies nicht laut gewesen sei - zu übertönen, auf einem Plattenspieler laut Marschmusik spielen lassen.

Der Angeklagte Hempel hat sich wie folgt eingelassen:

In der Zeit zwischen Sommer und Ende des Jahres 1944

habe Böhm in etwa 3 bis 4 Fällen keine Blockführer zu seiner Unterstützung bei den Exekutionen zur Verfügung gehabt. In diesen Fällen habe er ihn, den Angeklagten Hempel, zur Teilnahme an den Erschießungen mitgenommen. Er, Hempel, habe die Delinquenten jeweils vom Lagertor zum Krematorium begleitet, im Umkleideraum ihr Ausziehen überwacht und sie sodann auf ein vereinbartes Zeichen einzeln in den Untersuchungs- und ^{sodann in den} Erschießungsraum geschickt. In sämtlichen Fällen, in denen er an den Hinrichtungen teilgenommen habe, habe der Angeklagte Böhm die Delinquenten - es habe sich jeweils um Gruppen von drei bis vier Leuten gehandelt - selbst eigenhändig erschossen.

Diese Einlassungen der Angeklagten sind durch die Bekundungen der zu diesem Anklagepunkt vernommenen Zeugen ^{im wesentlichen} bestätigt und, was die Angaben der Angeklagten über die Zahl der Delinquenten anlangt, die den unter ihrer, der Angeklagten, Beteiligung durchgeführten Exekutionen zum Opfer gefallen sind, nicht widerlegt worden. Die Zeugen Rüb, Schöler, Scheil, Seipel, Flegel und Lankisch von Hoernitz haben übereinstimmend bekundet, beobachtet zu haben, daß der Angeklagte Böhm wiederholt einzelne Delinquenten und Gefangenengruppen, die von außen her zum Lagertor gebracht worden seien, dort abgeholt und zum Industriebhof gebracht habe. Die Zeugen Rüb und Flegel haben nach ihren Aussagen weiterhin gesehen, daß auch der Angeklagte Hempel solche Gefangene vom Lagertor zum Industriebhof geführt habe. Keiner der Zeugen hat jedoch auch nur annähernde Angaben über die Anzahl der Delinquenten machen können,

die von den Angeklagten Böhm und Hempel dergestalt zur Hinrichtung gebracht wurden. Der Zeuge Dr. med. Gaberle, der zu jener Zeit als SS-Arzt im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig war, hat glaubhaft bekundet, er habe als diensthabender Arzt an etwa 10 Hinrichtungen in der Genickschußanlage teilgenommen, bei welchen jeweils 3 bis 8 Menschen erschossen worden seien. Von dem Untersuchungsraum im Krematoriumsgebäude aus habe er gesehen, daß auch der Angeklagte Höhn Delinquenten eigenhändig erschossen habe. Schließlich hat der Zeuge Kolb ausgesagt, von einem Nebenzimmer im Krematoriumsbau aus mehrfach beobachtet zu haben, daß die Angeklagten Höhn und Böhm, obwohl sie nach ihrer Dienststellung im Lager gemäß den für die Hinrichtungen bestehenden allgemeinen Dienstanweisungen niemals selbst hätten zu schießen brauchen, in der Genickschußanlage Delinquenten eigenhändig getötet hätten. Auch diese beiden Zeugen haben indessen nicht angeben können, wieviele Gefangenen von den Angeklagten Höhn und Böhm selbst erschossen worden sind. Es kann daher ^{hiernach} nur festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn insgesamt 8 zur Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellte Delinquenten (einen Gefangenen auf Anweisung und im Beisein des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb, einen weiteren bei der Einweisung des 3. Schutzhaftlagerführers Körner und dreimal je zwei Gefangene an Stelle des hierzu nicht fähigen 2. Rapportführers Palmier) eigenhändig erschossen und daß er an der Erschießung von weiteren 20 Gefangenen aufsichtsführend mitgewirkt hat. Weiter ist festgestellt, daß der

Angeklagte Böhm, wie er selbst eingesteht, 10 überstellte Gefangene eigenhändig durch Genickschuß getötet und an der Tötung von weiteren 40 Delinquenten dadurch mitgewirkt hat, daß er die - wie er wußte - zur Erschießung bestimmten Gefangenen vom Lagertor abholte und zur Hinrichtung in das Krematoriumsgebäude brachte, Schließlich steht fest, daß der Angeklagte Hempel an der Tötung von 9 Gefangenen (dreimal je drei) mitwirkte, indem er die Delinquenten in Kenntnis ihrer bevorstehenden Erschießung vom Lagertor zum Krematoriumsgebäude brachte, hier ihr Auskleiden überwachte und sie in den Untersuchungsraum und in den Erschießungsraum schickte. Von dem Vorwurf der dem Angeklagten Höhn von der Anklage zur Last gelegten weiteren 16 und der dem Angeklagten Böhm angelasteten weiteren 14 eigenhändigen Tötungen von zur Exekution überstellten Gefangenen waren die beiden genannten Angeklagten mangels ausreichenden Beweises freizusprechen.

b). Rechtliche Würdigung!

aa. Die Tötung sämtlicher unter der Mitwirkung der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel gasvergifteter und erschossener, auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellter Gefangener war rechtswidrig. Ihre Widerrechtlichkeit beurteilt sich nicht anders als die oben unter C II b) aa) festgestellte Rechtswidrigkeit der Hinrichtungen von Häftlingen vor der versammelten Lagerbelegschaft; auf jene Ausführungen dieses Urteils wird daher Bezug genommen.

zur
bb. Die/Hinrichtung überstellten Gefangenen sind auf heimtückische Weise, nämlich unter Ausnutzung ihrer Arg- und Wehrlosigkeit, getötet worden. Wenn den Delinquenten oder einigen von ihnen auch bei ihrer Überstellung in das Konzentrationslager Sachsenhausen eröffnet oder auf andere Weise zur Kenntnis gelangt sein mag, daß die Einweisung zum Zwecke ihrer Tötung angeordnet war, so war ihnen doch der Zeitpunkt ihrer Tötung wegen der geflissentlichen Täuschung, welcher sie auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes durch die mit der Durchführung der Exekutionen betrauten SS-Angehörigen des Schutzhaftlagers Sachsenhausen ausgesetzt wurden, bis zum Augenblick der tatsächlichen Vernichtung ihres Lebens verborgen geblieben. Diejenigen Gefangenen, die in der Gaskammer durch Gasvergiftung getötet wurden, befanden sich, als sie die Gasvernichtungsanlage betraten, und sich damit dem von der SS-Führung beabsichtigten Angriff auf ihr Leben aussetzten, in der durch die bewußt wahrheitswidrigen Angaben ihrer SS-Bewachungsmannschaften hervorgerufenen irrtümlichen Annahme, sie seien im Begriff, sich einer ihr Leben und ihre Gesundheit nicht bedrohenden Körperreinigung zu unterziehen. Die in der Genickschußanlage durch Erschießen getöteten Delinquenten waren, als sie sich auf Geheiß des in dem Erschießungsraum diensttunenden SS-Angehörigen vor die "Meßeinrichtung" stellten und dadurch der Waffe des für sie nicht erkennbar schußbereit im Schießraum auf die geflissentlich vorbereitete Gelgenheit zur Abgabe des Genickschusses wartenden SS-Schützen preisgaben, der durch die Erklärungen der SS-Bewachungsmannschaften er-

weckten und durch die Einrichtung und Ausstattung der Gernickschußanlage absichtlich genährten Auffassung, sich einer sie mit keinem Leibes- oder Lebensschaden bedrohenden Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand und einer hiermit im Zusammenhang stehenden Messung ihrer Körpergröße zu unterziehen. Durch diese von den ihre Tötung anordnenden und willentlich SS-Führern wissentlich hervorgerufene Täuschung wurden sie bewogen, sich arglos, ohne Widerstreben und ohne Widerstand in diejenige Situation zu begeben, in welche sie nach dem Willen der SS-Führung versetzt werden sollten, damit ihre Tötung nach außen hin unauffällig, reibungslos und ohne Zwischenfälle durchgeführt werden konnte. Die Absicht ihrer Tötung ist den Gefangenen mithin nicht verheimlicht worden, um ihnen etwa die seelischen Qualen, die sie angesichts eines ihnen erkennbar bevorstehenden Todes erleiden würden, zu ersparen, sondern allein, weil die Taturheber es so befohlen hatten, um zu verhüten, daß die Gefangenen ihrer Exekution Widerstand entgegensetzten oder auch nur in von Todesangst ausgelöste Unruhe gerieten, die die Durchführung der Exekution ^{en} zumindest erschweren oder verzögern konnte. Daß die ohnedies gegenüber den SS-Exekutionsmannschaften wehrlosen Delinquenten sich einer offenen Tötung ebensó hätten wenig gewaltsam widersetzten können wie der heimlich durchgeführten Vernichtung ihres Lebens, ist unter diesen Umständen bedeutungslos. Denn die Gefangenen hätten, wäre ihnen die Absicht ihrer alsbaldigen Tötung bekannt gewesen, doch jedenfalls durch Fluchtversuche, Hilferufe, Gegenvorstellungen oder körperliche Widersetzung ihre Tötung

so erschweren und solches Aufsehen im Konzentrationslager und möglicherweise auch unter der in der Nähe des Konzentrationslagers lebenden Zivilbevölkerung erregen können, daß ihre Tötung wenigstens nicht zu dieser Zeit hätte erfolgen können, möglicherweise aber sogar gänzlich hätte eingestellt werden müssen. Diese Schwierigkeiten haben die die Tötung anordnenden, dem Namen nach nicht festgestellten SS-Führer dadurch, daß die Gefangenen, ohne der ihnen drohenden Lebensgefahr gewahr zu werden, in der als Brauseanlage getarnten Gaskammer durch Gas vernichtet und in der ihnen als solche nicht erkennbaren Genickschußanlage hinterrücks erschossen wurden, vermeiden wollen und vermieden. Sie haben sich also die Arg- und Wehrlosigkeit ihrer Opfer für die Durchführung von deren Tötung zunutze gemacht, mithin heimtückisch gehandelt (BGH St 2, 151) : Die von ihnen veranlaßte Tötung der Gefangenen war daher Mord i. S. des § 211 StGB.

cc. Die Angeklagten Höhn und Böhm haben sich an der vom Reichssicherheitshauptamt angeordneten Tötung der von ihnen eigenhändig erschossenen Gefangenen als Mittäter beteiligt.

Der Angeklagte Höhn hat, wie oben unter C II b) dd, und ff, im einzelnen dargelegt und begründet worden ist, seinen dienstlichen Werdegang in Kenntnis und in der Erwartung der ihm bei weiterem dienstlichen Aufrücken bevorstehenden, ihm in allen Einzelheiten bekannten Aufgaben

genommen. Er hat insbesondere die Dienststellung eines Schutzhaftlagerführers bewußt und in voller Kenntnis dessen, daß es zu dem Zuständigkeits- und Aufgabenbereich eines Schutzhaftlagerführers gehörte, an Hinrichtungen von Häftlingen verantwortlich teilzunehmen, angestrebt und unter eifrigem Einsatz seiner Fähigkeiten sowie unter Offenbarung einer die oberen SS- von der/Führung verfolgten Ziele und durchgeführten Maßnahmen bejahenden, für die Übertragung einer derartigen Führerstellung vorausgesetzten Geisteshaltung erreicht. Er hat weiter durch sein oben unter C II b) ee, im einzelnen festgestelltes Verhalten die ihm erteilten Befehle zum Nachteil der Häftlinge vielfach überschritten. Und schließlich ist er wie oben unter C III aufgezeigt ist, zwar in dem Bestreben, die Disziplin und Ordnung innerhalb des Schutzhaftlagers aufrecht zu erhalten, -(also nicht aus humanitären Erwägungen) der von dem Reichssicherheitshauptamt angeordneten Art der Durchführung von Häftlingstötungen gegenüber dem Lagerkommandanten energisch und auch mit Erfolg entgegengetreten, hat aber die Tötungen von Häftlingen als solche auch nach seiner eigenen Einlassung niemals Einwendungen erhoben. Mit alledem hat der Angeklagte Höhn bewiesen, daß er die Tötungen nicht aus rechtlichen oder moralischen Motiven mißbilligt hat, sondern daß sie auch mit seiner Überzeugung und seinem Willen im Einklang gestanden haben. Diese seine latente innere Einstellung hat sich bei den hier in Betracht stehenden Erschießungen zu dem Willen verdichtet, nicht nur als Gehilfe der ihm dienstlich übergeordneten, die Tötungen befehlenden SS-Führungsstellen an deren Tat mitzuwirken, sondern seinen Tatbeitrag als

einen Teil der Tätigkeit aller verantwortlich mit den Tötungen Befasster dergestalt zu erbringen, daß die Handlung der Führungsstellen eine Ergänzung seines eigenen Tatanteils darstellte (BGH St 8, 393 (395)ff)). Dies ergibt sich zur Überzeugung des Schwurgerichts daraus, daß der Angeklagte Höhn, ohne auf Grund der für die Hinrichtungen bestehenden Dienstanweisungen hierzu verpflichtet zu sein, aus eigenem, auf die Förderung der Tötungen gerichteten Antrieb die Delinquenten eigenhändig erschoss. Die ihm erteilten, ihn zur Mitwirkung an den Tötungen verpflichtenden Exekutionsbefehlen ließen ihn zwar hinsichtlich des Zeitpunktes der Durchführung und des Ausganges der Tat keine selbständige Entscheidungsfreiheit; den ihm hiernach verbleibenden Teil der Tatherrschaft über, nämlich die Entscheidung darüber, durch wen die Erschießung ausgeführt wurde, hat er dahin gebraucht, sich selbst zum Exekutanten zu bestimmen und, statt, wie es seines Amtes war, sich mit der Aufsicht über die Exekution zu begnügen, selbst die tödlichen Schüsse auf die Gefangenen abzugeben. Mit dieser seine ihm nach den ihm bekannten Dienstanweisungen zufallende Aufgabe überschreitenden aktiven und maßgeblichen Mitwirkung an der Tötung der Delinquenten hat er sich selbst bewußt aus der Rolle eines bloßen Mithelfers herausgehoben und die Tötung der Delinquenten zu seiner eigenen, gemeinsam mit den sie anordnenden oberen SS-Führung durchgeführten Tat gemacht.

An dieser Beurteilung ändert es auch nichts, daß der Angeklagte Höhn zu der ersten von ihm eigenhändig durchgeführten Erschießung eines überstellten Häftlings von dem ihm dienst-

lich vorgesetzten 1. Schutzhaftlagerführer Kolb ausdrücklich und speziell aufgefordert worden ist. Denn da die zur Regelung der Hinrichtungen erlassenen, sowohl dem Angeklagten Höhn als auch dem Zeugen Kolb bekannten allgemeinen Dienst- anweisungen den aufsichtsführenden Schutzhaftlagerführer nicht zur eigenhändigen Mitwirkung an den Erschießungen verpflichteten, hätte der Angeklagte, der, wie dargelegt ist, mit Einwendungen gegen die Anordnungen auch höherer SS- Führer nicht zurückhielt, sich der Aufforderung des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb unter Hinweis auf die genannten Dienst- anweisungen ohne weiteres widersetzen können. Daß er dies, hätte die ihm angesonnene Handlung nicht auch in seinem eigenen freien Willen gelegen, auch mit Si- cherheit getan hätte, steht zur vollen Überzeugung des Schwur- gerichts fest. Denn es kann nach dem persönlichen Eindruck, den der Angeklagte Höhn und der Zeuge Kolb in der Hauptver- handlung hinterlassen haben, nicht zweifelhaft sein, daß Höhn gegenüber Kolb mit weitaus stärkerer Energie, größerem Selbstbewußtsein und härterem Willen ausgestattet ist und daß der Angeklagte Höhn deshalb von dem Zeugen Kolb keine dienstlichen Anweisungen widerspruchslos entgegengenommen hat, die nicht auch sein eigenes freies Einverständnis fanden, umso weniger, wenn solche dienstlichen Anordnungen bekannten allgemeinen Dienst- anweisungen höherer SS- Führungs- stellen wider- sprachen.

Auch der Angeklagte Böhm hat durch sein oben unter C III b) ee im einzelnen festgestelltes Allgemeinverhalten im Schutz- haftlager Sachsenhausen, insbesondere dadurch, daß er, ohne

hierzu durch Befehl angehalten worden zu sein, Häftlinge willkürlich und brutal misshandelt und, wenn er Delinquenten zur Hinrichtung führte, eine erbarmungslose Gleichgültigkeit an den Tage gelegt hat, bewiesen, dass er den im Konzentrationslager Sachsenhausen gegenüber den eingelieferten Häftlingen verfolgten Zielen und durchgeführten Massnahmen nicht innerlich ablehnend gegenüberstand, sondern sie mit stillschweigender Billigung zur Kenntnis nahm, an ihnen mitwirkte und sich hier noch besonders eifrig hervortat. Dieser über die blosse Gehorsamsleistung hinausgehende Dienstleister in der Ausführung der ihm von den ihm vorgesetzten SS-Führern erteilten Befehle trat bei der Mitwirkung des Angeklagten Böhm an den hier erörterten Exekutionen in besonderem Masse in Erscheinung. Nach dem dem Angeklagten bekannten, die Durchführung der Hinrichtungen betreffenden offiziellen Dienstanweisungen durften die Erschiessungen nur unter der Leitung eines Schutzhaftlagerführers und im Beisein eines Arztes vorgenommen werden. Diesen Erfordernissen konnte in der hier in Betracht stehenden Zeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen nicht immer ohne Schwierigkeiten genügt werden; die Schutzhaftlagerführer waren meist wegen anderweitiger dienstlicher Inanspruchnahme für die Hinrichtungen nicht oder jedenfalls nicht alsbald verfügbar, die Lagerärzte wegen ihrer Tätigkeit im Krankenbau, die sich durch die Häftlingszugänge aus anderen Konzentrationslagern erheblich vermehrt hatte, oft unabhkömmlich. Hinzu traten erhöhter Arbeitsanfall und die Notwendigkeit organisatorischer Umdispositionen, die infolge der Übernahme fremder Häftlinge und wegen der laufenden Luftangriffe ausgelöst wurden, und die die dienstweisungsgemäss an den Häftlingerschiessungen Beteiligten von der Mitwirkung an diesen Exekutionen abzogen. - All diese Umstände waren dazu angetan, die Erschiessungen der in das Konzentrationslager -----

Sachsenhausen überstellten Delinquenten in der durch die Dienstanweisungen vorgeschriebenen Form erheblich zu erschweren und, zumindest zu verzögern. Der Angeklagte Böhm

hat sich jedoch hiermit nicht beschieden. Er hat, um den Verzögerungen bei der Tötung der Delinquenten entgegen zu wirken und Erschwernissen und ihre alsbaldige Erschießung herbeizuführen,

die ihm bekannten Dienstanweisungen eigenmächtig außer acht gelassen und aus eigener freier Entschließein von diesen Anweisungen abweichendes, vereinfachtes, jeden Aufschub vermeidendes Hinrichtungsverfahren eingeschlagen :

Nicht nur hat er in Ausnutzung der ihm bei den Hinrichtungen der überstellten Häftlinge durch die Dienstanweisungen zugewiesenen, eng umgrenzten Tatherrschaft sich für die eigenhändige Erschießung der Häftlinge, zu welcher er nicht verpflichtet war, entschieden, sondern er hat sich darüber hinaus dadurch eine ihm nach den Dienstvorschriften nicht zustehenden Tatherrschaft angemaßt, daß er von der dienstweisungsgemäß erforderlichen Zuziehung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers zu den von ihm durchgeführten Exekutionen absah, die Hinrichtung^{en} in eigener, sich selbst zugelegter Zuständigkeit leitete und durchführte und zudem auch noch die Scheinuntersuchungen der Gefangenen in der Rolle des SS-Arztes - der nach den bestehenden Dienstanweisungen gleichfalls bei den Hinrichtungen zugegen sein mußte - selbst vornahm. Er hat also zur Gewährleitung und Beschleunigung der Durchführung der Hinrichtungen alle nach den einschlägigen Befehlen ihm gar nicht zustehenden Funktionen einschließlich derjenigen des Schützen bei den Häftlingerschießungen versehen. Ein solches Verhalten geht

Über den Tatbeitrag eines nur Befehlen gehorchenden Helfers zu fremdem Tun weit hinaus und weist den Willen des Angeklagten aus, nicht nur Beihilfe zu der von den oberen SS-Führern des Reichssicherheitshauptamtes angeordneten Erschießungen der Gefangenen zu leisten, sondern in gleicher Weise wie jene Anteil an der gemeinschaftlichen Tat zu haben. Daß der Angeklagte Böhm von diesem Willen beseelt war, fündet eine zusätzliche Bestätigung in folgendem Umstand: Der Angeklagte Hempel, der als früherer engster und vertrauter Mitarbeiter des Angeklagten Böhm auch in der Hauptverhandlung keine Umstände hat erkennen lassen, die geeignet wären, die Annahme zu rechtfertigen, er belaste Böhm der Wahrheit zuwider, hat glaubhaft angegeben: Der Angeklagte Böhm habe sich auf der Schreibstube in Gegenwart von Hempel in Bezug auf die Erschießung der zur Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten darüber beklagt, daß Höhn ihm zuviele der zu erschießenden Gefangenen wegnehme, und er habe dabei geäußert, er, der Angeklagte, Böhm, "mache die Erschießungen lieber selber."

Im übrigen, also soweit nicht die von den Angeklagten Höhn und Böhm eigenhändig vorgenommenen Erschießungen in Betracht stehen, haben die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel durch ihre Beteiligung an den Vergasungen und Erschießungen der überstellten Häftlinge Beihilfe zum Mord geleistet: Alle drei Angeklagten haben in Kenntnis dessen, daß und unter welchen Umständen die Gefangenen widerrechtlich getötet wurden, an den Tötungen teilgenommen: Der Angeklagte Höhn hat als aufsichtführender Schutzhaftlagerführer, ohne dessen Mitwirkung die

die Tötungen nicht den gegebenen Dienstvorschriften gemäß hätten durchgeführt werden können und - wie die Tatsache beweist, daß mit der Vergasung der 8 Ostarbeiter erst begonnen wurde, als der Angeklagte Höhn im Krematoriumsgebäude eintraf - auch nicht durchgeführt werden sollten, die in seiner Gegenwart erfolgten Exekutionen geleitet. Der Angeklagte Böhm hat als - wie er wußte, zur dienstordnungsgerechten Durchführung der Exekution gleichfalls unerläßlicher - Rapportführer vom Dienst der Gasvernichtung der 27 Ostarbeiterinnen beigewohnt und (mindestens) 40 zur Erschießung bestimmte Gefangene in Kenntnis dieser Bestimmung vom Schutzhaftlagertor abgeholt und zur Exekution in das Krematoriumsgebäude im Industriebhof gebracht. Der Angeklagte Hempel endlich hat (mindestens) 9 Delinquenten vom Lagertor zum Krematoriumsgebäude transportiert, hier ihr Auskleiden überwacht und sie zur Exekution in den Erschießungsraum geschickt. Mit diesen Handlungen haben alle drei Angeklagten den für die Ermordung der Gefangenen Verantwortlichen wissentlich und willentlich durch die Tat Hilfe geleistet (§ 49 Abs. 1 StGB). Daß sie darüber hinaus an diesen Tötungen sich als Mittäter beteiligt hätten, war indessen nicht mit Sicherheit festzustellen. Denn die Angeklagten haben insoweit durch die diese ihre Mitwirkung anordnenden Befehle gesteckten Handlungsrahmen nicht überschritten und auch im übrigen nicht erkennen lassen, daß sie nicht nur den die Tötungen anordnenden Führungsstellen bei der Ausführung der Tötungen Hilfe leisten, sondern darüber hinaus einen demjenigen der befehlenden Vorgesetzten gleichwertigen Tatbeitrag erbringen wollten.

dd. Hiernach hat sich der Angeklagte Höhn der Mittäterschaft am Mord in 8 Fällen und der Angeklagte Böhm der Mitäterschaft am Mord in 10 Fällen schuldig gemacht. Wenn auch mangels näherer Feststellungen hierzu nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Tötung der 8 von dem Angeklagten Höhn und der 10 von dem Angeklagten Böhm eigenhändig erschossenen Gefangenen im Reichssicherheitshauptamt durch einen einzigen, sämtliche Tötungen umfassenden Befehl, also durch einen einheitlichen Willens- und Handlungsakt angeordnet worden ist, ^{so} steht doch die Tatsache, daß die von Höhn und Böhm als Mittätern durchgeführten Erschießungen als solche mehrere im tatsächlichen Sinne selbständige Handlungsakte darstellen, und die Höchstpersönlichkeit des jeweils verletzten Rechtsgutes, nämlich des Lebens der Häftlinge, der Annahme einer einheitlichen Handlung im Sinne des § 73 StGB entgegen. Die Mordhandlungen, an denen sich die Angeklagten Höhn und Böhm ^{als Mittäter} beteiligt haben, stehen daher zueinander im Verhältnis der Tatmehrheit (§ 74 StGB) (BGH St 1, 20). Demgegenüber muß mangels gegenteiliger Feststellungen zugunsten der Angeklagten davon ausgegangen werden, daß die Tötungen, zu welchen die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel Beihilfe geleistet haben, von den Tätern, nämlich den namentlich nicht bekannten Führern im Reichssicherheitshauptamt, durch eine einheitliche, sämtliche Tötungen umfassende Willensbetätigung angeordnet worden sind, jeder der Angeklagten ^{mithin} den Tätern zu jeweils nur einer Tötungshandlung (begangen an mehreren Personen) Beihilfe geleistet hat. .

ee. Die Exekution der überstellten Delinquenten sind^{en} auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes erfolgt. Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel haben mithin bei ihrer Beteiligung an diesen Tötungen auf Grund ihnen erteilter Befehle in Dienstsachen gehandelt. Sie werden jedoch hierdurch gemäß § 47 Satz 2 Nr. 2 MilStGE nicht von ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit, da sie bei Ausführung ihrer Taten wußten, daß die ihnen erteilten Befehle Handlungen betrafen, die die Begehung von Verbrechen bezweckten. Denn der in der Hinterlist und Heimtücke ihrer Durchführung zutage getretene Unrechtsgehalt der Tötungen war derart offenkundig und auffällig, daß er mit Sicherheit keinem der Angeklagten entgangen ist. Das Schwurgericht ist daher davon überzeugt, daß sich sämtliche Angeklagten, selbst wenn die Angeklagten Böhm und Hempel, die offenbar nicht über einen so klaren und kritischen Verstand und ein so zuverlässiges Urteilsvermögen verfügen wie der Angeklagte Höhn, die Anordnung der Tötungen an sich für rechtmäßig gehalten haben sollten, darüber zweifelsfrei klar waren, daß die angeordnete Durchführung der Vergasungen und Erschießungen nicht rechtens war und deswegen die Anordnungen die Begehung von Verbrechen bezweckten. Die Angeklagten sind daher nach dem oben unter cc. und dd. im einzelnen festgestellten Grade ihrer Beteiligung an den Tötungen, also teils als Mittäter, im übrigen als Tatgehilfen zu bestrafen.

ff. Keiner der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel hat sich bei der Ausführung seiner hier in Betracht stehenden Taten in der Lage des Notstandes (§§52, 54 StGB) befunden. Sie

haben sich sämtlich durch ihr (für den Angeklagten Höhn oben unter C II b) ff) für den Angeklagten Böhm oben unter C III b) ff) und für den Angeklagten Hempel oben unter C I b) ff) im einzelnen festgestelltes) Verhalten im Schutzhaftlager als willige, eifrige, aus freien Stücken gehorsame Untergebene erwiesen, und ihr Gehorsam ist ihnen auch im vorliegenden Fall nicht durch die mit den ihnen erteilten Befehlen verbundene generelle Strafdrohung wegen Ungehorsams abgenötigt worden.

gg. Endlich hat zur Zeit der hier erörterten Straftaten bei keinem der Angeklagten die Voraussetzung des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB vorgelegen. Daß weder der Angeklagte Höhn, noch der Angeklagte Böhm, noch der Angeklagte Hempel während ihrer Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen, also auch zur Zeit ihrer Mitwirkung an den hier in Betracht stehenden Morden, an Geistesschwäche oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit gelitten hat, ist für den Angeklagten Höhn unter C II b) gg, für den Angeklagten Böhm unter C III b) gg und für den Angeklagten Hempel unter C I b) gg) im einzelnen dargelegt und begründet worden. Auf diese Ausführungen wird Bezug genommen. Dafür, daß einer der Angeklagten zur Zeit der hier erörterten Taten an einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, sind keinerlei Anhaltspunkte hervorgetreten. Es ist daher festzustellen, daß die Zurechnungsfähigkeit sämtlicher drei Angeklagten weder ausgeschlossen noch vermindert war.

Nach alldem haben sich schuldig gemacht: Der Angeklagte Höhn der Beihilfe zum Mord an 8 Gefangenen (Fall 1), des Mordes in 8 Fällen und der Beihilfe zum Mord an 20 Gefangenen (Fall 4); der Angeklagte Böhm der Beihilfe zum Mord an 27 Gefangenen (Fall 2), des Mordes in 10 Fällen und der Beihilfe zum Mord an 40 Gefangenen (Fall 3); der Angeklagte Hempel der Beihilfe zum Mord an 9 Gefangenen (Fall 3).

V. Erschießung zweier Häftlinge.

1. Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Böhm, im Spätsommer 1944 einen deutschen, namentlich nicht festgestellten Häftling aus dem Schutzhaftlager zum Industriebhof gebracht zu haben. Der Häftling habe gezögert, mit Böhm zu gehen, und ihm erklärt, er wisse genau, was man mit ihm vorhabe. Böhm habe den Häftling zum Mitkommen ermuntert und ihm erklärt, er wisse gar nichts. Nach etwa 45 Minuten sei der Angeklagte ohne den Häftling, den er im Industriebhof erschossen habe, in das Schutzhaftlager zurückgekehrt.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er könne sich eines solchen Vorganges nicht entsinnen. Er meine aber, daß er sich, sofern sich ein solcher Vorfall ereignet hätte, an ihn müßte erinnern können.

Angesichts dieser unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Böhm und da sich für das Schwurgericht greifbare Zeugen, die in der Lage wären, aus eigener Beobachtung zu bekunden, daß der genannte Häftling tatsächlich im Industriebhof getötet worden ist, nicht haben ermitteln lassen, reicht das

Beweisergebnis zu einer Verurteilung des Angeklagten nicht aus. Der Angeklagte Böhm mußte daher in diesem Punkte der Anklage wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

2. Dem Angeklagten Böhm wird von der Anklage weiter zur Last gelegt, am 14. März 1945 einen aus dem Sudetenland stammenden Häftling namens Hollmann vom Lagertor abgeholt und den sich sträubenden Häftling auf dem Wege zum Industriebhof, um ihn zum Mitgehen zu zwingen, in die Kniekehlen getreten und ihn schließlich im Industriebhof eigenhändig erschossen zu haben.

Der Angeklagte Böhm läßt sich ein, er könne sich auch an einen solchen Vorfall nicht erinnern. Da er meine, daß ein derartiger Vorgang, hätte er sich ereignet, in seinem Gedächtnis haften geblieben wäre, nehme er an, daß der in der Anklage gegen ihn erhobene Vorwurf ihn tatsächlich zu Unrecht treffe. Der Zeuge Dr. Adametz hat bekundet, den Häftling Hollmann, mit dem er in der gleichen Baracke gelebt habe, sehr gut gekannt zu haben. Wie er gehört habe, sei Hollmann wegen konspirativer Verbindungen zu Otto Strausser durch das SS-Gericht Schmargendorf zum Tode verurteilt worden. Wie er exekutiert worden sei, habe er nicht beobachtet. Er habe nur am Abend nach der Exekution - von wem, wisse er nicht mehr - gehört, ein Rapportführer habe Hollmann über den Appellplatz in einen Keller gebracht; hierbei habe Hollmann versucht, sich zu wehren, und sei daraufhin getreten und sodann erschossen worden. Der Zeuge Kriesche hat ausgesagt, Anfang

März 1945 sei der Häftling Hollmann, mit dem erpersönlich befreundet gewesen sei, zum Tor gerufen worden. Er, der Zeuge, und seine Mithäftlinge hätten angenommen, Hollmann bekomme Besuch. Eine Zeitlang hätten sie Hollmann noch am Tor stehen sehen, dann sei er plötzlich verschwunden gewesen. Von einem Mithäftling namens Staude habe er, der Zeuge, später erfahren, Hollmann sei von dem Angeklagten Böhm zum Industriehof gebracht worden. Unterwegs habe er sich widersetzt, es sei zwischen ihm und Böhm zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen, wobei Böhm Hollmann getreten und mit der Pistole geschlagen habe. Schließlich habe Böhm den Häftling Hollmann mit dem Ellenbogen in die Tür des Krematoriumsgebäudes gedrückt. Unmittelbar darauf seien zwei Schüsse gefallen. Hollmann sei seither nicht wieder gesehen worden. Einige Tage nachdem er, der Zeuge, dies erfahren habe, sei er mit Böhm zusammengetroffen, und dieser habe ihn gefragt, warum er so ernst aussähe; er, der Zeuge, habe geantwortet, er sei bedrückt, weil sein bester Freund, Hollmann, durch Böhms Hand zu Tode gekommen sei; das sei doch zu dieser Zeit nicht mehr nötig gewesen. Böhm habe ihn darauf ^{hin} angefahren, er solle den Mund halten, sonst gehe es ihm ebenso.

Das Schwurgericht hat aus diesem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht die zu einer Verurteilung des Angeklagten Böhm erforderliche Gewißheit davon zu erlangen vermocht, daß Böhm sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe. Wenn auch auf Grund der beiden Zeugenaussagen unbedenklich davon ausgegangen werden kann, daß der Häftling Hollmann Anfang März 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen zu Tode gekommen

ist, so bilden ^{doch} die beiden Bekundungen keine hinreichende Grundlage für die Feststellung, daß der Angeklagte Böhm den Häftling Hollmann selbst erschossen oder an seiner Tötung mitgewirkt habe. Etwas derartiges hat keiner der beiden Zeugen aus eigener Wahrnehmung angeben können; der Zeuge Dr. Adametz hat nach seiner Aussage von der Tötung durch einen ihm nicht mehr ^{Mit-}erinnerlichen Häftling erfahren, doch ist ihm bei der Darstellung der Tötung der Name des Angeklagten Böhm nicht im Zusammenhang mit der Erschießung genannt worden. Aus seiner Bekundung kann daher gegen den Angeklagten Böhm nichts hergeleitet werden. Der Zeuge Kriesche hat zwar nach seiner Aussage von seinem Mithäftling Staude - der im Rahmen dieses Verfahrens nicht hat ermittelt werden können - gehört, dieser habe beobachtet, daß Böhm den Häftling Hollmann zum Industriebauhof gebracht habe und hierbei in eine tätliche Auseinandersetzung mit ihm geraten sei; sein, des Zeugen, Gewährsmann habe daraus, daß unmittelbar nachdem Hollmann von Böhm in die Tür des Krematoriumsgebäudes gedrückt worden sei, zwei Schüsse gefallen seien und man Hollmann später nicht wieder gesehen habe, geschlossen, daß Böhm den Häftling erschossen habe. Diese Darstellung ist indessen zu ungewiß und mit Rücksicht darauf, daß der Häftling Staude nicht hat ermittelt werden können, das Schwurgericht mithin seine Glaubwürdigkeit nicht zu beurteilen vermochte, nicht so zuverlässig, daß allein auf Grund ihrer mit der zur Verurteilung des Angeklagten Böhm erforderlichen Sicherheit festgestellt werden könnte, daß Böhm tatsächlich an der Tötung des Häftlings Hollmann beteiligt war oder ihn sogar selbst erschossen hat. Hieran ändert es auch nichts, daß Böhm nach

der Bekundung des Zeugen Kriesche diesem auf seine oben wiedergegebene Äußerung mit den Worten über den Mund gefahren ist, er solle den Mund halten, sonst ergehe es ihm ebenso. Diese Antwort zwingt nämlich nicht zu dem Schluß, daß der Angeklagte Böhm durch sie seine Schuld indirekt eingestanden habe; sie läßt sich zwanglos auch dahin deuten, daß der Angeklagte den versteckten Vorwurf des Zeugen - ohne Rücksicht auf dessen inhaltliche Richtigkeit - als ungebührlich empfunden hat, deswegen über ihn ungehalten war und mit seiner Äußerung ihm, ohne sachlich auf den Vorhalt einzugehen, lediglich Schweigen gebieten wollte.

Unter diesen Umständen kann eine Beteiligung des Angeklagten Böhm an der Tötung des Häftlings Hollmann nicht mit einer jeden vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicherheit festgestellt werden; der Angeklagte Böhm war daher auch von dem ihm von diesem Punkte der Anklage/gemachten Vorwurf mangels Beweises/ freizusprechen.

VI. Erschießung von 82 Häftlingen in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945.

a). Tatsachenfeststellung.

Von Anfang des Jahres 1945 an befaßten sich die für die Verwaltung und Leitung der Schutzhaftlager verantwortlichen SS-Führungsstellen konkret mit Erwägungen über die Frage einer für den Fall des zu jener Zeit bereits absehbaren Herandrückens russischer Truppen erforderlichen Räumung des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Im Konzentrationslager Sachsen-

selbst fanden von dieser Zeit ^{an} nahezu an jedem Sonntagmorgen im Kasino dieses Thema betreffende Besprechungen des Kommandanten mit den Abteilungsleitern und Chargierten des Lagers statt. Bei diesen Besprechungen setzte der Lagerkommandant Kaindl die ihm untergebenen SS-Führer davon in Kenntnis, daß die Räumung des Lagers von den in ihm inhaftierten Häftlingen unumgänglich erforderlich sei, weil der Feldkommandant von Berlin in den nahezu 80.000 Häftlingen, die im Konzentrations- und den ihm angeschlossenen Neben- und Außenlagern /lager Sachsenhausen/ festgehalten wurden, eine Gefahr für die von ihm zu treffenden Maßnahmen zur Verteidigung der Stadt Berlin erblicke. Gleichzeitig gab Kaindl bekannt, das Reichssicherheitshauptamt habe geplant, das Lager durch Bombenabwurf oder durch Artilleriebeschuß zu zerstören und sämtliche inhaftierten Häftlinge auf diese Weise zu töten. Auch sei der Plan erwogen worden, das gesamte Lager zu unterminieren und es im Fall der Annäherung russischer Truppen samt den Häftlingen in die Luft zu sprengen. Diese Vernichtungspläne, denen die SS-Führer des Konzentrationslagers Sachsenhausen nachdrücklich widersprachen, wurden in der Folgezeit aufgegeben; an ihrer Stelle faßte die Inspektion der Konzentrationslager auf Anregung des Leiters des Erschießungskommandos Moll den Gedanken ins Auge, die Häftlinge des Konzentrationslagers an einem außerhalb des Lagers gelegenen geeigneten Ort zu erschießen, die Leichen mit Benzin zu übergießen und zu verbrennen und die Überreste zu vergraben, Auch dieser Plan erwies sich indessen als undurchführbar, da der Lageradjutant Wessel, der gemeinsam mit Moll von dem Kommandanten Kaindl mit der Erkundung eines geeigneten Geländestückes beauftragt war - der zunächst an Stelle von Wessel zur Durchführung

der Erkundung vorgesehene Angeklagte Höhn hatte sich diesem Auftrag zu entziehen gewußt -, kein für die nach außen hin unauffällige Erschießung einer großen Zahl von Häftlingen geeignetes Geländestück in der näheren Umgebung des Konzentrationslagers Sachsenhausen hatte finden können. Mit Rücksicht hierauf gaben die SS-Führungsstellen den Plan, die Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen im Falle der Annäherung sowjetrussischer Truppen sämtlich zu vernichten, auf; sie faßten stattdessen den Entschluß, das Lager zu Evakuieren. Der dem Wachkommando angehörende SS-Hauptsturmführer Petry wurde mit der Vorbereitung der Evakuierung nach "Mittelbau", einem in Mitteldeutschland geplanten Sammellager, beauftragt. Petry arbeitete den Evakuierungs- und Marschplan aus und legte ihn dem Lagerkommandanten vor. Da jedoch inzwischen die amerikanischen Streitkräfte auf Mitteldeutschland vorgestossen waren, ließ sich auch die Durchführung dieses Planes nicht mehr verwirklichen. Die Kommandantur faßte nunmehr eine Evakuierung der Häftlinge des Lagers in den Raum von Norddeutschland ins Auge, und das Reichssicherheitshauptamt billigte diesen Entschluß. Es wies die Lagerführung an, zur Erleichterung der Evakuierung den Häftlingsbestand durch die Tötung und die Verlegung von Häftlingen in von den Vorrückenden/^{Feindkräften}weniger bedrohte Konzentrationslager vorsorglich zu dezimieren, und erteilte konkrete Anweisungen bezüglich der im Falle einer Evakuierung zu treffenden Maßnahmen. Zu diesen Anordnungen zählte unter anderem auch die Festlegung von bestimmten, dem jeweiligen Gefahrengrad, für welchen sie vorgesehen waren, entsprechenden Alarmstufen und der für den Fall ihrer

Auslösung von der Lagerführung zu treffenden Maßnahmen.

Am Abend des 31. Januar 1945 befahl der Lagerkommandant Kaindl sämtliche Einheitsführer der Leitung des Konzentrationslagers Sachsenhausen überraschend zu einer Besprechung zu sich und gab die Auslösung der Alarmstufe "Scharnhorst" bekannt. Diese Alarmstufe, die für den Fall vorgesehen war, daß die russischen Streitkräfte so nahe an Berlin herangekommen waren, daß besondere Verteidigungsmaßnahmen erforderlich wurden, war nach dem Inhalt des Alarmplanes mit der Anweisung verbunden, etwa 200 Häftlinge des Schutzhaftlagers Sachsenhausen, die in einer in der Hand des Kommandanten befindlichen Liste namentlich benannt waren und für den Fall einer Evakuierung des Lagers als besonders gefährlich galten - es handelte sich um Häftlinge, die wegen Widerstandes in das Konzentrationslager eingeliefert worden waren und von denen man daher bei der Durchführung der Evakuierung Störaktionen oder sonstige Widersetzlichkeiten befürchtete, und solche, die auf Grund ihrer Funktionen, welche sie im Lager bekleidet hatten, einen umfassenden und genauen Einblick in die im Konzentrationslager herrschenden Verhältnisse gewonnen hatten und die daher, falls sie in die Hand der Feinstruppen gerieten, in der Lage waren, der Weltöffentlichkeit Aufschluß über die im Konzentrationslager begangenen Verbrechen zu geben - zu vernichten.

Der Lagerkommandant Kaindl machte die bei ihm erschienen^{en} SS-Führer, unter denen sich der Adjutant Wessel, der 1. Schutzhaftlagerführer Kolb, der Angeklagte Höhn, der Leiter der politischen Abteilung, Erdmann, und die Kompanieführer^{des}

Wachbataillons befanden, mit dieser Anordnung bekannt und übergab dem Angeklagten Höhn die die Namen der zu tötenden Häftlinge enthaltende Liste mit dem Befehl, die in ihr bezeichneten Leute am Lagertor zu stellen und ihren Abtransport zur Erschießung im Industriebhof vorzubereiten.

Der Angeklagte Höhn setzte den Angeklagten Böhm als den diensthabenden Rapportführer über den Gegenstand der bevorstehenden Vernichtungsaktion in Kenntnis und erteilte ihm den Befehl, die für ihre Durchführung, insbesondere für das Zusammenholen der Häftlinge zum Lagertor erforderlichen Blockführer einzuteilen und ihnen ihre Aufgaben zuzuweisen, sowie, im Anschluß hieran am Lagertor die Identität der zum Abtransport zur Erschießung herangeholten Häftlinge mit denjenigen, die auf der ~~xxx~~ ihm von dem Lagerkommandanten übergebenen Namensliste bezeichnet waren, zu überprüfen. Während der Angeklagte Böhm den ersten Teil dieses Befehls (Einteilung und Einweisung der Blockführer) ausführte, bildeten die SS-Mannschaften des Wachbataillons eine doppelte Postenkette vom Lagertor zur Erschießungsanlage im Industriebhof, durch welche die zur Erschießung bestimmten Häftlinge vom Lagertor aus ihre Erschießung zugeführt werden sollten. Inzwischen zog der Angeklagte Hempel auf Befehl des Angeklagten Höhn in seiner Schreibstube nach der ihm übergebenen Namensliste der Kommandantur die Karteikarten der zu exekutierenden Häftlinge heraus und übertrug die in ihnen enthaltenen Personalangaben nach Name und Nummer der jeweiligen Häftlinge auf eine von ihm selbst neu angefertigte Liste. Der Angeklagte Höhn überprüfte die Über-

einstimmung der in der Liste der Kommandantur angegebenen Häftlinge mit denjenigen, für die Hempel die Karteikarten gezogen hatte, und gab hiernach die Karteikarten an die Blockführer heraus, die auf Grund ihrer die bezeichneten Häftlinge aus ihren Blocks heraus- und zum Lagertor zusammenholten. Dieses Zusammenholen stieß, da die Baracken, in welchen die bezeichneten Häftlinge untergebracht waren, sich aus der in der Rapportführerschreibstube geführten Häftlingskartei nicht ergaben und deswegen erst an Hand der in der Häftlingsschreibstube geführten Karteikarten ermittelt werden mußten, auf verzögernde Schwierigkeiten und ging daher nur stockend vor sich, so daß jeweils immer nur kleinere Häftlingsgruppen in größeren zeitlichen Abständen zum Lagertor gebracht werden konnten. Als der Angeklagte Hempel in der geschilderten Weise etwa 50 Häftlingskarteikarten gezogen und die auf ihnen bezeichneten Personalien in die von ihm gefertigte Liste übertragen hatte, befahl ihn der Angeklagte Böhm, der sich inzwischen, der Anweisung des Angeklagten Höhn entsprechend, zur Identitätskontrolle der vorgeführten Häftlinge in die im Kommandanturbereich gelegene rückwärtige Blockführerstube begeben hatte, mit der von ihm angefertigten Liste zu sich, Während ein anderer, namentlich nicht festgestellter Schreiber an Stelle von Hempel in der Aussonderung der Karteikarten und der listenmäßigen Zusammenstellung der Häftlingspersonalien fortfuhr und der Angeklagte Höhn weiterhin die Richtigkeit der gezogenen Karteikarten an Hand der ihm von dem Lagerkommandanten übergebenen Namensliste überprüfte, stellten die Angeklagten Böhm und Hempel in der Blockführerstube

am Lagertor die Identität der ihnen von den Blockführern aus dem Lager zugeführten Häftlinge mit den in der Liste des Angeklagten Hempel bezeichneten fest, Hempel hakte die Namen der vorgeführten Häftlinge auf seiner Liste ab, und die Häftlinge wurden durch das von den Wachkompanien gebildete Doppelspalier zum Industriebhof geführt und in der dortigen Erschießungsanlage erschossen.

Unter den dergestalt getöteten Häftlingen befanden sich 19 luxemburgische Polizei- und Gardeangehörige, die sich geweigert hatten, den Treueid auf Hitler zu leisten, unter ihnen Robert Lamboray (Sohn der Nebenklägerin Witwe E. Lamboray), Anton Schleich (Ehemann der Nebenklägerin Frau Antony Thill) und Francois Spantz (der Vater des Nebenklägers Jean Spantz), weiterhin zwei englische Kriegsgefangene, die als Teilnehmer an einem Kommandounternehmen in die Hände der Deutschen Wehrmacht gefallen waren, russische Offiziere und mindestens ein französischer Häftling. Als nach etwa zweistündiger Dauer der Aktion gegen Mitternacht sämtliche in der von Hempel gefertigten Liste bezeichneten und weitere mehr als 30 in einer weiteren, nach Hempels Weggang aus der Schutzhaftlagerführerschreibstube angefertigten, gleich jener die Namen von 50 Häftlingen enthaltenden Liste aufgeführten Häftlinge - ^{also} insgesamt jedenfalls wenigstens 82 Häftlinge - in der geschilderten Weise von Böhm und Hempel überprüft, zum Industriebhof geführt und dort erschossen worden waren, durchbrach ein Häftling auf dem Wege zum Industriebhof den SS-Cordon und versuchte, in der nächtlichen Dunkelheit zu flüchten. Die in der Nähe aufgestellten SS-Bewachungsmann-

schaften/schossen mit ihren Feuerwaffen hinter ihm her, dabei wurde durch ein^{en} Fehlschuß ein SS-Unterführer an der Hand verwundet. Während der SS-Mann der ärztlichen Versorgung zugeführt wurde, befahl der Lagerkommandant Kaindl, dem der Unfall zur Kenntnis gelangt war, dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb, die Erschießungsaktion einzustellen. Kolb gab den Befehl an Böhm weiter und ordnete an, daß die Postenkette der Wachkompanie mit Rücksicht darauf, daß der geflüchtete Häftling noch nicht hatte aufgefunden werden können, noch bis zum folgenden Morgen stehen zu bleiben habe.

Als der Angeklagte Böhm den Befehl zur Einstellung der Erschießung^{en} erhielt, hatte er gerade 2 (oder 3) Häftlinge zum Abtransport in den Industriebhof abgefertigt. Diese Häftlinge waren, gleich den vor ihnen "abgefertigten", von Blockführern aus ihren Baracken geholt und zunächst am Lagertor aufgestellt worden. Sie waren sodann durch das Lagertor hindurch in die vom Kommandanturbereich aus zugängliche hintere Blockführerstube geführt worden, wo der Angeklagte Hempel ihre Namen festgestellt und auf der ihm vorliegenden Liste abgehakt hatte. Nunmehr standen sie vor der Blockführerstube im Kommandanturbereich und wären, wenn der Befehl Kaindls, die Aktion abubrechen, nicht ergangen wäre, ohne weiteres von den nächsten zur Verfügung stehenden Blockführern durch das Spalier der SS-Wachmannschaften zum Industriebhof geleitet worden.

Der Angeklagte Böhm war sich, als ihm nunmehr der Einstellungsbefehl übermittelt wurde, nicht sicher, ob diese Häftlinge

nach dem Inhalt des Einstellungsbefehls wieder in das Lager zurückgeschickt werden sollten, oder ob in ihm lediglich die Anordnung zu erblicken sei, keine weiteren Häftlinge zum Lagertor zu bringen, die bereits abgefertigten Häftlinge /von dem Einstellungsbefehl/ also/nicht erfaßt wurden. Er sah davon ab, diese Zweifel durch eine Rückfrage bei dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb oder dem Lagerkommandanten zu klären, sondern entschloß sich aus der Erwägung, die abgefertigten Häftlinge könnten, falls sie in das Lager zurückgeführt würden, unter den übrigen Häftlingen Unruhe erregen, und er, der Angeklagte Böhm, könne deswegen zur Verantwortung gezogen werden, die Häftlinge zur Erschießung in den Industriebhof weiterzuleiten. Er schickte sie daher zum Krematoriumsgebäude, um sie gleich den übrigen mindestens 80 bis zu diesem Zeitpunkt getöteten Häftlingen durch das Hinrichtungskommando Moll erschießen zu lassen. Auch von diesen Häftlingen durchbrach einer auf dem Wege zum Industriebhof die Postenkette und flüchtete; er wurde von den hinter ihm herfeuernden SS-Bewachungsmannschaften tödlich getroffen und brach in der Nähe der im Kommandanturbereich gelegenen Postbaracke zusammen. Bei der durch die Flucht dieses Häftlings ausgelösten Schießerei wurde jedoch wiederum ein SS-Angehöriger, ein Oberscharführer namens Mackeney, von einem fehlgehenden Schuß verletzt; er wurde in die Blockführerstube transportiert und verstarb dort alsbald an der erlittenen Verwundung. Der zweite von Böhm nach Einstellung der Erschießungsaktion zum Industriebhof geschickte Häftling ist dort durch das :kommando Moll erschossen worden.

Die auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes zur Erschießung bestimmten, in der Nacht zum 1. Februar 1945 aber wegen des vorzeitigen Abbruchs der Tötungsaktion nicht miterschossenen Häftlinge sind auf Veranlassung oder unter Mitwirkung des Angeklagten Höhn in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt worden; mindestens einige von ihnen haben dort das Kriegsende überlebt.

Die Angeklagten Höhn und Hempel sind in vollem Umfange, der Angeklagte Böhm ist im wesentlichen geständig, an der Tötung der in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1945 erschossenen Häftlinge in der geschilderten Weise mitgewirkt zu haben. Die Darstellung des Angeklagten Böhm weicht von den vorstehenden Feststellungen insoweit ab, als der Angeklagte behauptet, die (mindestens) zwei von ihm nach Erhalt des Einstellungsbefehls zum Industriebhof geschickten Häftlinge seien dort nicht erschossen worden.

Im einzelnen läßt sich der Angeklagte Höhn wie folgt ein: Am Abend des 31. Januar 1945 seien sämtliche Einheitsführer der Leitung des Konzentrationslagers Sachsenhausen überraschend vom Kommandanten zu einer Besprechung befohlen worden, an welcher der Kommandant Kaindl, Wessel, Kolb, er, der Angeklagte, Erdmann sowie die Kompanieführer des Wachbataillons teilgenommen hätten. Kaindl habe den Versammelten die Auslösung der Alarmstufe "Scharnhorst" mitgeteilt; diese Alarmstufe habe die Anweisung ausgelöst, rund 200 für den Fall einer Evakuierung wegen Widerstandsverdachts oder we-

gen ihrer umfassenden Kenntnisse von den Lagerverhältnissen als besonders gefährlich und unliebsam geltende Häftlinge, die in einer in der Hand des Kommandaten befindlichen Liste namentlich benannt gewesen seien, zu vernichten. Kaindl habe ihm die Liste übergeben und ihm befohlen, die in ihr bezeichneten Häftlinge zum Lagertor bringen zu lassen und ihre Überführung in die im Industriebauhof gelegene Erschießungsanlage, in welcher sie durch das Erschießungskommando Moll getötet würden, zu veranlassen. Er, der Angeklagte, habe daraufhin Böhm von der bevorstehenden Aktion im einzelnen unterrichtet und ihm angewiesen, die zu exekutierenden Häftlinge durch die ihm unterstellten Blockführer aus den Unterkünften holen und zum Lagertor schaffen zu lassen und sodann am Lagertor die Identität der Häftlinge zu überprüfen. Den Angeklagten Hempel habe er beauftragt, an Hand der ihm vom Kommandanten übergebenen Liste die Karteikarten der betreffenden Häftlinge aus der bei der Schutzhaftlagerschreibstube geführten Häftlingskartei heraus zu suchen, die Personalien in einer neuen Liste zusammenzustellen und diese dem Rapportführer Böhm zum Lagertor zu bringen. Er selbst habe die Übereinstimmung der Karteikarten mit den auf der ihm von dem Lagerkommandanten ausgehändigten Liste enthaltenen Häftlingspersonalien überprüft und sodann die Karteikarten zur Herbeiführung der Häftlinge herausgegeben. Inzwischen seien die betreffenden Häftlinge zum Lagertor geführt, von jeweils zwei Blockführern durch die auf Veranlassung von Kolb aus Soldaten des Wachbataillons vom Lagertor bis zum Krematorium gebildete Postenkette zu der Genickschußanlage im Krematorium geführt und dort von dem Erschießungskommando Moll

erschossen worden.

Nach etwa zweistündigem Ablauf dieser Aktion habe er kurz vor Mitternacht Gewehr- und Pistolenschüsse im Lager gehört. Er sei aus seinem Zimmer die Lagerstraße entlang in Richtung zum Industriebhof gelaufen, von dessen Eingang ihm ein SS-Mann, der an der Hand verwundet gewesen sei, schreiend entgegen gekommen sei. Dieser habe auf seine Frage angegeben, ein Häftling sei während des Transportes zum Krematorium geflüchtet, die Wachmannschaften hätten hinter ihm hergeschossen und dabei ihn, den SS-Mann, an der Hand getroffen. Er, der Angeklagte, habe sich mit dem verwundeten SS-Mann zur Lagerwache begeben und ihn der Betreuung eines Arztes übergeben. Während dieser sich noch um den SS-Mann bemüht habe, habe der Kommandant Kaindl, dem der Unfall zur Kenntnis gelangt sei, dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb befohlen, die Erschießungsaktion einzustellen. Kolb habe den Befehl an Böhm weitergegeben und angeordnet, daß die Postenkette wegen des flüchtigen Häftlings noch weiterhin stehen bleiben solle. Er, der Angeklagte Höhn, habe sich nunmehr in seine Unterkunft begeben, um sich zu Bett zu legen. Während er noch seine Stiefel ausgezogen habe, habe er im Lagerbereich wieder Schüsse fallen hören. Er habe sich eilig wieder vollends angezogen, sei hinausgelaufen und habe festgestellt, daß Böhm nach der von Kolb angeordneten Einstellung der Erschießungsaktion noch zwei oder drei Häftlinge zur Erschießung zum Krematorium geschickt habe, daß einer dieser Häftlinge versucht habe, hierbei zu flüchten, und daß die hinter ihm herschießenden SS-Angehöri-

gen nicht nur den Häftling, sondern dabei auch versehentlich einen SS-Hauptscharführer erschossen hätten.

Bei der geschilderten Erschießungsaktion seien, wie er aus den Unterlagen der Schreibstube mit Sicherheit wisse, nicht mehr, wahrscheinlich aber wesentlich weniger als 100 Häftlinge erschossen worden.

In den auf diese Massenexekutionen folgenden Tagen habe unter den Häftlingen des Lagers beträchtliche Erregung geherrscht; die Häftlinge, denen die Hinrichtungen natürlich nicht verborgen geblieben seien, hätten eine Fortsetzung der Erschießungen befürchtet. Um die Ruhe im Lager wieder herzustellen und in dem Bestreben, die überlebenden Häftlinge aus dem Gefahrenbereich des Lagers zu bringen, habe er den Arbeitsdienstführer Rehn veranlaßt, die durch den Abbruch der Erschießungsaktion von der Hinrichtung verschonten Häftlinge, deren Karteikarten bereits gezogen gewesen seien, auf Transport zu schicken. Daraufhin seien sämtliche überlebenden Häftlinge, die nach der Liste des Kommandanten zur Erschießung vorgesehen gewesen seien, ohne Rücksicht auf ihre Arbeitsfähigkeit auf Transport - wie er meine, zum "Friesenwall", einer im Bau befindlichen Befestigungslinie in Schleswig-Holstein - geschickt worden.

Der Angeklagte Böhm gibt an: Bei der Erschießungsaktion in der Nacht zum 1. Februar 1945, über deren Grund und Gegenstand er durch den Angeklagten Höhn unterrichtet worden sei, habe er zunächst auf Anweisung von Höhn die ihm unter-

stellten Blockführer mit der Heranholung der Häftlinge zum Lagertor beauftragt. Sodann habe er sich mit Hempel in der Blockführerstube in der Nähe des Lagertors aufgehalten und die ihm vorgeführten Häftlinge an Hand der Listen nach Namen und Nummern auf ihre Identität mit den befehlsgemäß zu Exekutierenden überprüft. Während dieser seiner Tätigkeit habe er den Raum des Lagertores nicht verlassen. Als er den Befehl zum Abbruch der Aktion erhalten habe, hätten noch zwei Häftlinge, die er bereits abgefertigt hatte, außerhalb des Lagers vor der Blockführerstube am Tor gestanden. Er habe nun nicht gewußt, ob er sie noch zum Krematorium in Marsch setzen sollte oder ob er die ins Lager zurückschicken mußte. Auch Hempel, mit dem er sich deswegen besprochen habe, habe ihm keinen bestimmten Rat geben können. Er, der Angeklagte Böhm, habe die Häftlinge darum schließlich doch in Richtung zum Krematorium, also zur Erschießung, in Marsch gesetzt, weil er habe verhindern wollen, daß sie, wenn sie ins Lager zurückgekommen wären, Unruhe unter den übrigen Häftlingen verursachten und er deswegen von seinen Vorgesetzten getadelt würde. Diese beiden Häftlinge seien, wie er genau wisse, am Leben geblieben. Bei der Einziehung der Postenkette, die vom Krematorium aus in Richtung zum Lagertor aufgerollt worden sei, seien die beiden Häftlinge wieder mit zum Lagertor gebracht und sodann ins Lager geschickt worden; er selbst habe noch mit ihnen gesprochen. Daran, daß während der Hinrichtungsaktion eine Schießerei im Lagerbereich stattgefunden habe, könne er sich nicht erinnern. Er habe sich insbesondere an dieser Schießerei-

ei nicht selbst beteiligt. Er räume ein, bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter angegeben zu haben, die beiden von ihm nachträglich zum Krematorium in Marsch gesetzten Häftlinge seien dort erschossen worden, also nicht wieder in das Lager zurückgekommen. Diese seine frühere Angabe stimme jedoch mit dem tatsächlichen Sachverhalt nicht überein. Sie sei darauf zurückzuführen, daß der Untersuchungsrichter ihn mehrfach eindringlich nach dem Verbleib dieser Häftlinge befragt habe, daß er, der Angeklagte Böhm, sich zunächst nicht habe besinnen können, was mit den beiden Häftlingen geschehen sei, er also geantwortet habe, er wisse es nicht, und daß er dann schließlich bei einer nochmaligen erregten Frage des Untersuchungsrichters, ob die Häftlinge denn zurückgekommen seien oder nicht, die Fassung verloren und aufgeregt geantwortet habe: "Dann kamen sie halt nicht zurück!" Er, der Angeklagte, habe in der damaligen Aufregung tatsächlich nicht mehr gewußt, was aus diesen beiden Häftlingen geworden sei. Heute aber entsinne er sich genau an ihre Rückkehr in das Lager.

Der Angeklagte Hempel läßt sich wie folgt ein: In der Nacht zum 1. Februar 1945 habe er durch Lautsprecher den Befehl erhalten, sich zu der Kommandanturschreibstube zu begeben. Von hier aus habe er gehört, daß der Lagerkommandant Kaindl in dem nebenan gelegenen Raum den dort versammelten Führern der Lagerleitung bekannt gegeben habe, daß 200 wegen Widerstandsverdachts als besonders gefährlich und wegen ihrer besonders eingehenden Kenntnisse von den Verhältnissen des

als
Lagers mißliebig geltende Häftlinge im Industriebhof durch ein besonderes Kommando erschossen werden sollten. Sein, des Angeklagten, Vorgesetzter, der Rapportführer Böhm, habe auf Befehl von Höhn die ihm unterstellten Blockführer zur Abholung der Häftlinge aus ihren Unterkünften eingeteilt. Ihm, dem Angeklagten Hempel, sei die Aufgabe zugefallen, die Karteikarten der zur Erschießung bestimmten Häftlinge nach einer ihm übergebenen Namensliste aus der Häftlingskartei der Rapportführerschreibstube auszuziehen. Als er 50 Karten gezogen habe, sei er angewiesen worden, eine Liste der in diesen Karten bezeichneten Häftlinge zu schreiben. Als er das erledigt habe, habe Böhm ihn ⁱⁿ die rückwärtige Blockführerstube geholt. Hier habe er die ihm vorgeführten und von Böhm in Empfang genommenen Häftlinge nach Namen und Nummer mit den auf seiner Liste angegebenen Personalien vergleichen müssen. Nachdem das geschehen sei und er sie auf seiner Liste abgehakt habe, habe Böhm die Häftlinge in den Industriebhof zur Exekution geschickt. Er, Hempel, habe dann noch eine zweite, von einem anderen geschriebene Namensliste erhalten, an Hand derer er mit den ihm weiter vorgeführten Häftlingen in gleicher Weise verfahren sei. Als fast alle Häftlinge auch dieser zweiten Liste ihm vorgeführt, auf der Liste abgehakt und von Böhm auf den Weg zum Industriebhof geschickt worden seien, habe er Schüsse fallen hören. Kurze Zeit später sei ein angeschossener SS-Oberscharführer hereingetragen worden; der Lagerarzt Dr. Baumkötter, der alsbald hereingekommen sei, habe den Tod des SS-Unterführers festgestellt. Kurze Zeit darauf sei die Hinrichtungsaktion abgebrochen worden und er, Hempel,

in sein Zimmer gegangen.

Davon, daß der Angeklagte Böhm noch nach der Einstellung der Vernichtungsaktion zwei oder drei am Tor stehende Häftlinge zur Erschießung in den Industriebhof geschickt habe, habe er, Hempel, nichts wahrgenommen; erst später habe er hiervon im Lager gehört und zugleich festgestellt, daß dieses Verhalten unter den SS-Leuten im Lager mißbilligt worden sei. Es treffe daher auch nicht zu, daß Böhm ihn, Hempel, ehe er die Häftlinge noch in den Industriebhof geschickt habe, gefragt hätte, was er mit ihnen machen solle. Böhm habe ihn im allgemeinen nicht nach seiner Meinung gefragt. Daß die von ihm auf der Liste bereits abgehakten, von Böhm noch nachträglich zur Erschießung geschickten Häftlinge wieder in das Lager zurückgekehrt seien, halte er für ausgeschlossen. Da die Liste, in welcher er die zur Erschießung geschickten Häftlinge durch Abhaken als "Abgänge" kenntlich gemacht habe, als Grundlage für die künftige Feststellung der Verpflegungs- und Belegungsstärkemeldungen des Lagers gedient habe, hätte sie, wenn die beiden Häftlinge wieder in das Schutzhaftlager zurückgekehrt, also in der Verpflegungs- und Belegungsstärke des Lagers verblieben wären, entsprechend berichtigt werden müssen. Eine derartige Berichtigung habe sich aber weder als erforderlich erwiesen, noch sei sie geschehen.

Davon, daß vor der Schießerei, welcher der SS-Oberscharführer zum Opfer gefallen sei, eine weitere Schießerei im Lager stattgefunden habe, bei der ein SS-Unterführer an der Hand verwundet worden sei, habe er, Hempel, nichts wahrgenommen.

Bei der in der Nacht zum 1. Februar 1945 durchgeführten Erschießungsaktion seien, wie er an Hand der Listen schätze, die ihm damals vorgelegen hätten, weniger als 100, aber mehr als 80 Häftlinge getötet worden.

Diese Einlassungen der Angeklagten sind, soweit es sich nicht um die Angabe des Angeklagten Böhm handelt, die zwei von ihm nachträglich zur Erschießung geschickten Häftlinge seien später wieder in das Schutzhaftlager zurückgekehrt, glaubhaft. Sie stimmen, soweit sie Vorgänge betreffen, die der Beobachtung aller drei Angeklagten zugänglich waren, inhaltlich miteinander überein und stehen, soweit sie sich auf Vorgänge beziehen, die wegen der unterschiedlichen Aufgaben, welche die Angeklagten während der Erschießungsaktion zu erfüllen hatten, und wegen ihrer hierdurch bedingten, teilweise verschiedenen örtlichen Einsatz- und Beobachtungsstandpunkte nur von einzelnen der Angeklagten wahrgenommen werden konnten, zueinander nicht nur in keinem Widerspruch, sondern in so deutlicher, einander ergänzender Beziehung, daß sie ersichtlich ein teilweise von mehreren Standpunkten aus beobachtetes einheitliches Geschehen klar wiedergeben. Diese Kongruenz der Darstellung deutet aber daraufhin, daß die von den Angeklagten geschilderten Umstände und Vorgänge den tatsächlichen Sachverhalt zuverlässig wiedergeben. Dies gilt umso mehr, als keinerlei Umstände in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hervorgetreten oder sonstwie ersichtlich geworden sind, die geeignet wären, die Annahme zu rechtfertigen, die Angeklagten hätten sich durch ihre so weitgehend übereinstimmenden Angaben selbst

der Wahrheit zuwider der Begehung von Handlungen bezichtigt, die - worüber sich keiner von ihnen im Zweifel ist - ihre strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen mußten.

Die Einlassungen der Angeklagten werden aber auch im wesentlichen bestätigt durch die Bekundungen der vor dem Schwurgericht zu diesem Punkt der Anklage verhörten Zeugen: Der Zeuge Rehn, der der SS angehört hat und am 23. August-1943 als SS-Oberscharführer zum Konzentrationslager Sachsenhausen abkommandiert und dort am 1. Dezember 1943 als Arbeitseinsatzführer bei der Kommandantur eingesetzt worden ist, hat uneidlich bekundet, der Kommandant Kaindl habe Ende Januar 1945 auf einer Führerbesprechung, bei der alle Führer des Lagers und der Nebenlager versammelt gewesen seien, eine Liste von als gefährlich geltenden Häftlingen vorgelegt, die erschossen werden sollten. Als er, der Zeuge, kurz darauf erfahren habe, daß sein Schreiber Rüb auf der Liste gestanden habe, habe er von Kaindl dessen Freigabe erwirkt. Gegen Abend des gleichen Tages habe er das Lager, wie gewöhnlich verlassen und die Nacht in seiner Wohnung in Berlin zugebracht. Als er am nächsten Morgen wieder in das Lager gekommen sei, habe er am Tor den Kommandanten, den Adjutant^{en} Wessel und den 1. Schutzhaftlagerführer Kolb stehen sehen; gleichzeitig habe er gesehen, daß eine SS-Postenkette vom Tor bis zum Industriebauhof gezogen gewesen sei. Er habe sich in sein Dienstzimmer begeben und dort etwa 1 Minute später eine Schießerei unmittelbar vor seiner Baracke gehört; zwei der Schüsse seien^{en} durch sein Dienstzimmer gegangen. Als er, der Zeuge, hinausgelaufen sei, habe

er einen Polen vor der Postbaracke liegen sehen und wahrgenommen, daß ein SS-Oberscharführer in die Blockführerstube gebracht wurde. Der SS-Oberscharführer habe noch gelebt, als er, der Zeuge, ihn gesehen habe, sei jedoch ^{so} dann verstorben. Wenn auch auf Grund der Einlassungen der Angeklagten und der Angaben der übrigen Zeugen mit Sicherheit feststeht, daß der Zeuge Rehn sich bei seiner Aussage insoweit geirrt hat, als er angegeben hat, der von ihm beobachtete Vorgang der Schießerei habe in den Morgenstunden, nämlich zwischen 6.30 und 7 Uhr, stattgefunden, so ist doch im übrigen kein daß die Schilderung des äußeren Tatherganges Anhalt dafür zu erkennen, die der Zeuge in Übereinstimmung mit den Angaben der Angeklagten gemacht hat, nicht den objektiven Sachverhalt richtig wiedergibt. Der Zeuge Wessel hat bekundet, er habe, als die auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zu vernichtenden Häftlinge in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945 an das Lagertor geholt und von dort zu zweit/ zum Krematorium gebracht wurden, wo die Erschießungen stattgefunden hätten, mit dem Kommandanten am Schutzhaftlagertor gestanden und der Aktion zugeschaut. Er schätze, daß in der Nacht etwa 100 Häftlinge erschossen worden seien; Die Erschießung sei durch das Kommando Moll erfolgt, das dem Lager auf Antrag des Kommandanten Kaindl von der Inspektion der Konzentrationslager speziell für diese Aktion zugeteilt worden sei. Daran, daß im Zusammenhang mit den Erschießungen im Lager eine Schießerei stattgefunden habe und daß die Aktion deswegen vorzeitig abgebrochen worden sei, erinnere er sich nicht. Wenn auch diese Aussage des Zeugen Wessel wegen der naheliegenden Möglichkeit, daß der Zeuge sich an den Er-

schießungen aktiv beteiligt hat und deswegen seine eigene strafrechtliche Verfolgung befürchtet, nur mit erheblichen Vorbehalten hingenommen werden kann, so ergibt sich aus ihr doch jedenfalls mit Sicherheit, daß in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1945 auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes etwa 100 Häftlinge in der von dem Zeugen geschilderten Weise zum Krematorium gebracht und dort erschossen worden sind. Der Zeuge Kolb hat ausgesagt, zu der Massenerschießung erst hinzugekommen zu sein, als der SS-Oberscharführer versehentlich erschossen worden sei. Erst später habe er erfahren, daß in jener Nacht eine große Anzahl bei der Kommandantur mißliebiger Häftlinge erschossen worden sei. Er, der Zeuge, habe also mit der Erschießung nichts zu tun gehabt. Er habe auch niemals eine listenmäßige Aufstellung solcher Häftlinge gesehen, die in einem bestimmten Alarmfall liquidiert werden sollten, noch erinnere er sich, daß ein solcher Alarm ausgelöst worden sei. Von dem Abbruch der Aktion und dem Grund des Abbruches wisse er nichts. Er wisse auch nichts davon, was mit den zur Liquidation bereits ausgewählten, aber nicht erschossenen Häftlingen geschehen sei. Daß sich Luxemburger im Lager befunden hätten, sei ihm bekannt, nach seiner Erinnerung seien die Luxemburger aber später irgendwohin weggekommen; davon, daß sie erschossen worden seien, wisse er nichts. Diese Aussage des Zeugen Kolb begegnet nach der Überzeugung des Schwurgerichts deswegen erheblichen Bedenken, weil nach Lage der Sache und nach der eindeutig gegenteiligen Einlassung des Angeklagten Höhn es als ausgeschlossen angesehen werden muß, daß der Zeuge, der als 1. Schutzhaftlagerführer im Schutzhaftlager Sachsenhausen die maßgebliche und führende Position

innehatte, an der Erschießung von nahezu 100 Häftlingen seines Lagers nicht mitgewirkt haben, von ihr vielmehr erst nachträglich erfahren haben soll. Gleichwohl kann aus ihr jedenfalls die Tatsache entnommen werden, daß in der genannten Nacht eine große Anzahl mißliebiger Häftlinge erschossen worden ist und daß hierbei durch ein^{en} Fehlschuß auch ein SS-Oberscharführer den Tod gefunden hat. Der Zeuge Dr. Schmidt, der jetzt 58 Jahre alt und Amtsgerichtsrat in Dinslaken ist und der in der Zeit von Februar 1943 bis Anfang 1945 dem Kommandanturstabe des Konzentrationslagers Sachsenhausen als Gerichts"Offizier" im Range eines Obersturmführers angehört hat, hat bekundet, er sei am Abend des Tages, an welchem die Vernichtungsaktion stattgefunden habe -soweit er sich erinnere im Oktober oder November 1944 - von einer auswärtigen dienstlichen Tätigkeit in das Lager zurückgekommen. Hierbei sei ihm ein^{mit} Häftlingen beladener Lastkraftwagen begegnet, und er habe festgestellt, daß die Wege im Lager mit SS-Postenketten besetzt gewesen seien. Da er, der Zeuge, keinen SS-Führer gesehen habe, habe er sich über den Sinn dieses Vorganges keine Aufklärung verschafft und sich in seiner Unterkunft zu Bett begeben. Kurz nach Mitternacht habe er eine Schießerei gehört; der Adjutant des Kommandanten sei zu ihm gekommen, habe ihn zum Kommandanten geholt, und der habe ihm eröffnet, ein SS-Oberscharführer namens Mackeney sei erschossen worden. Der Kommandant habe ihn, den Zeugen, beauftragt, eine Untersuchung nach dem Täter und den Tatumständen dieses Vorfalles durchzuführen. Mit Erlaubnis der Kompanieführer des Wachbataillons habe er daraufhin sofort

eine größere Anzahl von SS-Posten vernommen und festgestellt, daß etwa 20 von ihnen geschossen hätten, weil angeblich ein Häftling geflüchtet sei. Am nächsten Tage habe er Kaindl Vortrag über das Ergebnis seiner Untersuchungen erstattet und ihn nach dem Anlaß der Schießerei gefragt. Kaindl habe, nachdem er ihn, den Zeugen, zu besonderer Verschwiegenheit verpflichtet hätte, erklärt, es habe sich um eine "Vernichtung lebensunwerten Lebens" gehandelt. Ihm, dem Zeugen, sei klar gewesen, daß man damals unter diesem Begriff die Tötung von Geisteskranken und unheilbar Mißgebildeten verstanden habe und daß solche Personen sich im Lager nicht aufgehalten hätten, daß also die Auskunft Kaindls nicht der Wahrheit habe entsprechen können. Er habe indessen nach dem Grund der Schießerei nicht weiter geforscht. In der Folgezeit habe er, als er im Laufe einer Untersuchung habe eine Anzahl von Häftlingen vernehmen wollen, erfahren, daß diese Häftlinge verstorben seien. Er habe daraufhin das Standesamtsregister eingesehen und festgestellt, daß alle diese Häftlinge als am gleichen Tage verstorben eingetragen gewesen seien. Auch diese Aussage kann mit Rücksicht darauf, daß der Zeuge in der Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen eine einflußreiche Stellung innegehabt hat und nunmehr möglicherweise befürchtet, wegen dieser seiner Tätigkeit zur Verantwortung gezogen zu werden, nicht gänzlich bedenkenfrei hingenommen werden; sicher gibt sie jedoch die Tatsache, daß der Zeuge in der genannten Nacht - mit seiner Zeitangabe: Oktober oder November 1944 unterliegt er offensichtlich einer Täuschung - den Abtransport von Häftlingen, die Aufstellung von Postenketten im Lager und die Schießerei

wahrgenommen hat, sachlich richtig wieder. Der Zeuge Engemann, dessen Person und Glaubwürdigkeit bereits eingehend gewürdigt worden ist, hat zu diesem Anklagepunkt ausgesagt: Anfang Februar 1945 seien viele der Lagerleitung unliebsame Häftlinge vernichtet worden. Am Morgen des 1. Februar 1945 zwischen 2 und 3 Uhr - er sei in der Häftlingsschreibstube noch damit beschäftigt gewesen, den Morgenrapport auszuarbeiten - seien in der Schreibstube zwei Blockführer mit einer Liste erschienen, an die Häftlingskartei gegangen und hätten da die Angaben über die Unterkünfte (Blocks) der auf ihrer Liste enthaltenen Häftlinge herausgesucht. Er, der Zeuge, habe auf Anweisung der Blockführer in dieser Zeit sich nicht an der Kartei zu schaffen machen dürfen. Nachdem die Blockführer seine Schreibstube wieder verlassen hätten, seien nach der Schätzung des Zeugen etwa 150 bis 180 Häftlinge, und zwar, wie er mit Sicherheit annehme, diejenigen, deren Unterkünfte die beiden Blockführer aus der Häftlingskartei festgestellt hätten, von Blockführern und dem Lagerältesten aus ihren Blocks an das Tor geführt und sodann, wie er, der Zeuge, später erfahren habe, im Industriebhof getötet worden. Als bereits die meisten der zur Exekution bestimmten Häftlinge erschossen gewesen seien, sei die Aktion abgebrochen worden. Er, der Zeuge, habe verschiedene Versionen über den Grund Abbruches unter den Häftlingen des Lagers gehört. Der Häftling Zwaart habe ihm berichtet, die Aktion sei wegen eines Fliegeralarms eingestellt worden, andere Häftlinge hätten hingegen erzählt, eine Schießerei habe stattgefunden, und wegen dieser sei die Massenerschießung eingestellt worden.

Er nehme überschlägig an, daß bis zum Abbruch der Vernichtungsaktion etwa 120 Häftlinge exekutiert worden seien, zu einer annähernd zuverlässigen Zahlenangabe sei er indessen nicht in der Lage. Die Aussage dieses Zeugen ist glaubhaft; sie bestätigt die Einlassungen der Angeklagten, soweit sie Vorgänge betreffen, die im Wahrnehmungsbereich des Zeugen lagen, in vollem Umfange. Die Zeugen Lienau, Schöler und Christensen haben glaubhaft bekundet, wahrgenommen zu haben, wie in der in Betracht stehenden Nacht Häftlinge aus den Häftlingsblocks zur Erschießung zum Lagertor geführt worden und nicht mehr in das Lager zurückgekehrt seien; der Zeuge Christensen hat darüber hinaus, ebenso wie der Zeuge Vögtle, bekundet, im Zusammenhang mit der Erschießungsaktion eine Schießerei im Lager gehört zu haben. Die Zeugen Rüb, Harpes und Hoffmann endlich haben bekundet, daß sich unter den in jener Nacht Exekutierten auch die im Lager inhaftiert gewesenen 19 luxemburgischen Staatsangehörigen befunden hätten. Der Zeuge Hoffmann will einer Stärkemeldung, die einen oder mehrere Tage nach dem Abschluß der Vernichtungsaktion an den Arbeitseinsatzführer gelangt sei, mit Sicherheit entnommen haben, daß 125 Häftlinge erschossen worden seien. Auch diese Aussagen sind glaubhaft; allerdings vermochte sich das Schwurgericht von der Richtigkeit der letztgenannten Zahlenangabe um deswillen nicht zweifelsfrei zu überzeugen, weil nicht ausgeschlossen werden kann, daß unter den von dem Zeugen Hoffmann genannten Abgangsvermerken, insbesondere, wenn die Meldung erst mehrere Tage nach der Erschießungsaktion bei dem Arbeitseinsatzführer eingegangen sein sollte, sich auch

diejenigen solcher Häftlinge befanden, die nicht in der Nacht vom 31. zum 1. 2. 1945 erschossen worden, sondern in den folgenden Tagen auf andere Weise zu Tode gekommen sind.

Nach alledem steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945 (mindestens) 82 Häftlinge, die für den Fall einer Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen von den für die Leitung und Verwaltung der Konzentrationslager verantwortlichen SS-Führungsstellen als gefährlich oder mißliebig erachtet wurden, in der eingangs festgestellten Weise und unter der gleichfalls eingangs dargelegten Mitwirkung aller drei Angeklagten getötet worden sind.

Daß hierbei, im Gegensatz zu der jetzigen Darstellung des Angeklagten Böhm, auch diejenigen (wenigstens) zwei Häftlinge, die dieser Angeklagte nach Abbruch der Erschießungsaktion aus eigenem Entschluß noch zum Krematorium zur Erschießung geschickt hat, den Tod gefunden haben, also nicht, wie Böhm behauptet, lebend in das Schutzhaftlager zurückgekehrt sind, ergibt sich zur Überzeugung des Schwurgerichts aus folgenden Umständen: Der Angeklagte Böhm hat, wie er bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung eingeräumt hat, bei seiner Anhörung durch den Untersuchungsrichter erklärt, die beiden genannten Häftlinge seien nicht wieder in das Schutzhaftlager zurückgekehrt. Diese (damalige) Angabe des Angeklagten findet ihre Bestätigung in der Einlassung des Angeklagten Hempel, so habe die Liste auf welcher er den Abgang der beiden Häftlinge vermerkt habe, nach Abbruch der Erschießungsaktion nicht zu

berichtigen brauchen; eine solche Berichtigung wäre aber, wenn die Häftlinge am Leben geblieben wären, deshalb unerläßlich gewesen, weil die Liste die Grundlage für die Erfassung der im Lager Sachsenhausen inhaftierten Häftlinge, insbesondere für die Verpflegungs- und Belegungsstärken abgegeben habe. Auch der Umstand, daß nach der glaubwürdigen Einlassung des Angeklagten Höhn die SS-Postenkette zwischen dem Lagertor und dem Krematoriumsgebäude nicht nach Abbruch der Erschießungsaktion, sondern erst am folgenden Morgen eingezogen worden ist, die beiden Häftlinge also nicht, wie der Angeklagte Böhm jetzt angibt, unmittelbar nach Abbruch der Erschießungsaktion von der aufgerollten Postenkette wieder mit zum Lagertor gebracht werden konnten, rechtfertigt den Schluß, daß die genannten Häftlinge nicht wieder lebendig in das Schutzhaftlager zurück gelangt sind. Schließlich ist aber auch die Begründung, die der Angeklagte Böhm jetzt für seine damalige angebliche Falschaussage vorbringt, durchaus unglaubwürdig: Der Angeklagte hat sich bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter aus eigen er unbeeinflusster Erinnerung und ohne durch Vorhalte und konkrete Fragen geleitet worden zu sein, entsonnen, die (mindestens) zwei Häftlinge nach Abbruch der Erschießungsaktion noch zum Krematorium geschickt zu haben. Mit aller Sicherheit hätte er sich unter diesen Umständen damit auch zugleich an den mit diesem Vorgang im engsten Zusammenhang stehenden Umstand erinnert, daß die beiden Häftlinge dann doch nicht erschossen, sondern wieder zurückgebracht worden seien, wenn dies tatsächlich der Fall gewesen wäre; wäre doch hierdurch gerade diejenige

Situation eingetreten, welche er durch seinen Entschluß, die Häftlinge noch zur Erschießung zu bringen, geflissentlich zu vermeiden bedacht war: Die Häftlinge wären in das Schutzhaftlager zurückgekehrt und in der Lage gewesen, durch ihre Berichte von dem Geschehenen Unruhe unter den Häftlingen zu stiften. Die Tatsache, daß der Angeklagte Böhm bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, wie er jetzt einräumt, sich der Rückkehr der beiden Häftlinge nicht entsonnen hat, läßt daher allein den Schluß zu, daß die Häftlinge auch tatsächlich nicht in das Schutzhaftlager zurück gebracht worden, sondern, dem Willen des Angeklagten gemäß, getötet worden sind.

b) Rechtliche Würdigung.

aa) Die Tötung der (wenigstens) 82 Häftlinge war rechtswidrig. Ihr lagen keine im ordentlichen Verfahren ergangene gerichtliche Urteile zugrunde, und weder den die Tötung sämtlicher Häftlinge anordnenden, namentlich nicht festgestellten SS-Führern des Reichssicherheitshauptamtes noch dem Angeklagten Böhm, auf dessen (weitere) eigenmächtige Veranlassung die (mindestens) zwei Häftlinge noch nach Einstellung der Erschießungsaktion exekutiert wurden, standen bei diesen Anordnungen irgendwelche allgemeinen oder besonderen Rechtfertigungsgründe zur Seite (BGH, Urteil vom 24. 6. 1955, 1 Str 55/55). Insbesondere war hinsichtlich der Tötung derjenigen Häftlinge, die wegen Widerstandsverdachts zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit bei der künftigen Evakuierung des Konzentrations-

lagers Sachsenhausen erschossen wurden, nicht der Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstandes gegeben. Denn das zur Erreichung dieses Zieles aufgeopferte Rechtsgut, das Leben der Häftlinge, überwog in seinem rechtlichen und sittlichen Wert denjenigen der Ordnung und Reibungslosigkeit der Lager-evakuierung, zu deren Gewährleistung es preisgegeben wurde, dermaßen, daß durch die Tötungsanordnungen nicht ein minderwertiges Rechtsgut zur Erhaltung eines höherwertigen, sondern umgekehrt ein höherwertiges zur Sicherung eines minderen aufgegeben wurde. Das aber schließt die Annahme eines übergesetzlichen Notstandes ungeachtet der Frage nach dem Vorliegen seiner weiteren Voraussetzungen ohne weiteres aus (RGSt 61, 242).

bb. Die Erschießung der Häftlinge stellt sich rechtlich als Mord im Sinne des § 211 StGB dar, denn die Häftlinge sind aus niedrigen Beweggründen getötet worden. Die Tötung der Häftlinge ist nicht angeordnet worden, weil ihnen ein strafwürdiges oder auch nur mißbilligenswertes Verhalten zum Vorwurf gemacht worden ist, sondern weil die Häftlinge wegen ihrer allgemeinen Einstellung zum Nationalsozialismus und wegen ihrer besonderen Kenntnisse von den inneren Verhältnissen des Konzentrationslagers, insbesondere von den im Schutzhaftlager Sachsenhausen begangenen Verbrechen, für den Fall einer Evakuierung des Konzentrationslagers und, was die beiden von dem Angeklagten Böhm noch nachträglich zur Erschießung geschickten Häftlinge anlangt, auch für den Fall ihrer Rückkehr in das Schutzhaftlager, als unbequem angesehen wurden und des-

wegen mißliebig waren. Die Gesinnung, die sich in dem Entschluß ausdrückt, ihnen deswegen jeden Menschenwert und jede Menschenwürde abzusprechen und sie unter Versagung selbst derjenigen rechtlichen Sicherungen, die nach der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung aller Kulturvölker selbst dem gebühren, der eine schwere Straftat begangen hat, willkürlich und erbarmungslos der Tötung zuzuführen, ist niedrig im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB. Darüber hinaus qualifiziert sich die Tötung derjenigen der Häftlinge, deren Erschießung angeordnet wurde, um zu verhindern, daß sie ihre im Schutzhaftlager gewonnenen Kenntnisse von den Straftaten der SS-Führer im Falle einer Gefangennahme an die Feindmächte weitergaben, auch deswegen als Mord, weil sie von den Taturhebern angeordnet wurde, um eine andere Straftat zu verdecken. Denn angesichts der zu jener Zeit bereits jedem erkennbar unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruches des deutschen Staatsgefüges kann es nicht zweifelhaft sein, daß die für die Erschießung Verantwortlichen die Tötung der über die Zustände im Konzentrationslager besonders informierten Häftlinge nicht angeordnet haben, um eine Minderung des Ansehens des deutschen Volkes im Ausland zu verhüten, sondern allein, um sich selbst einer bei Offenbarwerden ihrer an den Häftlingen des Konzentrationslagers begangenen Straftaten zu erwartenden und von ihnen auch konkret befürchteten Bestrafung zu entziehen,

cc. Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel haben durch ihre eingangs festgestellte, bis zur Übermittlung des Einstellungsbefehls des Kommandanten Kaindl an den Angeklagten

Böhm • s entfaltete Mitwirkung an der Tötung der (mindestens) 82 Häftlinge -(also soweit nicht die von dem Angeklagten Böhm nachträglich erfolgte, noch gesondert zu würdigende Entsendung der letzten zwei dieser Häftlinge zur Erschießung in Betracht steht)- den Taturhebern, nämlich den für die Erschießung verantwortlichen, namentlich nicht festgestellten Führern des Reichssicherheitshauptamtes, bei dem von diesen an den Häftlingen begangenen Mord durch die Tat Beihilfe geleistet: Sämtliche drei Angeklagten hatten Kenntnis davon, daß die Häftlinge, ohne sich einer konkreten Verfehlung schuldig gemacht zu haben, lediglich zur Verhütung einer möglicherweise durch sie zu erwartenden Störung der Lagerevakuierung und zur Vermeidung des Bekanntwerdens der von der SS-Führung an den Häftlingen im Schutzhaftlager begangenen Verbrechen unter Versagung jeglicher Rechtsgarantien, also widerrechtlich und aus niedrigen Beweggründen getötet werden sollten und würden. Sie haben in dem Willen, den für die Tötung Verantwortlichen bei der Ausführung der Tat Hilfe zu leisten, diejenigen oben im einzelnen bezeichneten Tatbeiträge geliefert, die bestimmt und geeignet waren, die Tötung der mindestens 82 Häftlinge zu fördern, und ohne welche die Erschießungen in der von den Taturhebern, wie die Angeklagten erkannten, gewollten Weise nicht hätten durchgeführt werden können. Daß insoweit die Angeklagten oder einer von ihnen nicht nur als Tatgehilfe, sondern als Mittäter gehandelt hätte, hat sich nicht feststellen lassen: Die Angeklagten haben sich sämtlich mit ihren Handlungen an den Rahmen, der durch^{die} ihnen erteilten Befehle für ihre ^{un-}ordnungsgemäße Mitwirkung gesteckt war, gehalten, und auch sonst sind keine

Umstände hervorgetreten, die erkennen ließen, daß die Angeklagten nicht nur gehandelt hätten, um eine fremde Tat befehlsgemäß zu fördern, sondern daß sie die Tötung der Häftlinge selbst (als Mittäter) in ihren eigenen Willen aufgenommen und ihren Tatbeitrag neben demjenigen der Taturheber zur gemeinschaftlichen Verwirklichung dieses eigenen Tötungswillens geleistet hätten.

Der Angeklagte Böhm hat sich aber dadurch, daß er während der Ausführung dieser seiner Tätigkeit nach Kenntniserlangung von dem Befehl des Kommandanten Kaindl, die Erschießungsaktion abubrechen, aus eigenem Entschluß die (wenigstens) zwei von ihm zur Zeit der Einstellung der Erschießungsaktion bereits "abgefertigten" Häftlinge auf den Weg zur Genickschußanlage im Industriebhof schickte und sie so der Tötung zuführte, hinsichtlich dieser beiden Häftlinge seiner Gehilfenstellung enthoben und zum Mittäter an ihrer Ermordung gemacht. Er wußte, daß der ^{Lager-}Kommandat Kaindl die Einstellung der Erschießungsaktion befohlen hatte, aber er war sich darüber im Zweifel, ob dieser Einstellungsbeehl auch für die von ihm bereits zur Erschießung "abgefertigten" sich bereits außerhalb des Schutzhaftlagerbereiches befindlichen Häftlinge gelte, Er hat diesen Zweifel nicht durch eine - ohne Zeitaufschub und technische Schwierigkeiten mögliche - Rückfrage bei dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb oder dem Lagerkommandanten Kaindl geklärt, sondern die sich für ihn aus seiner Ungewißheit ergebenden Zweifelslage zum Anlaß für eine eigene, von dem Willen der ihm

übergeordneten SS-Führer - soweit dieser ihm zweifelsfrei erkennbar war - nicht mehr gedeckte Entscheidung erhoben und sich damit die Herrschaft über das Schicksal der beiden Häftlinge bewußt und aus freiem Willen eigenmächtig ange- maßt, In Ausübung dieser Tatherrschaft hat er die nach sei- nem Urteil für und gegen eine Tötung der Häftlinge sprechen- den Umstände erwogen, dem Gedanken an eine Vermeidung einer Beunruhigung der übrigen Lagerbelegschaft durch die in das Schutzhaftlager zurückkehrenden beiden Häftlinge den Vorzug gegeben, sich deshalb für die Tötung der zwei Häftlinge entschieden und die Verwirklichung dieses Entschlusses^s da- durch in die Wege geleitet, daß er die beiden Häftlinge zur Erschießung auf den Weg zur Genickschußanlage schickte. Dieses Verhalten hat mit einer bloßen Hilfeleistung zu fremdem Tun nichts mehr gemein; in ihr liegt der Ausdruck einer eigenen, von dem Willen der die Tötungen anordnenden Führungsstellen unabhängigen, auf die Tötung der Häftlinge gerichteten Willensbildung eines Täters.

Indessen hat insoweit der Angeklagte Böhm nicht als Allein- täter behandelt. Die von den für die Erschießungen sämtlicher Häftlinge verantwortlichen SS-Führern im Reichssicherheits- hauptamt mit dem Willen und dem Ziel der Ermordung der Häft- linge in Lauf gesetzte Kausalkette hat nämlich durch die von dem Lagerkommandanten Kaindl befohlene Einstellung der Erschießungen und die Entschließung des Angeklagten Böhm, gleichwohl die beiden Häftlinge der Tötung zuzuführen, keine Unterbrechung erlitten dergestalt, daß die Handlung

dieser Taturheber vor der Erschießung der beiden Häftlinge ihren Abschluß gefunden hätte und daher die Tötung der beiden genannten Häftlinge nicht mehr auf sie zurückgeführt werden könnte. Denn die Situation, in welcher sich die

Häftlinge zur Zeit der Entschlußfassung des Angeklagten Böhm befanden - ihre Herauslösung aus der Gemeinschaft der übrigen Häftlinge und ihre Bereitstellung zum Zwecke der Tötung außerhalb des Schutzhaftlagerbereichs -, war sowohl das von den Taturhebern im Reichssicherheitshauptamt gewollte Ergebnis ihrer Tötungsanordnung als auch die unerläßliche Voraussetzung für den Tötungsentschluß des Angeklagten Böhm: Die durch den Exekutionsbefehl des Reichssicherheitshauptamtes in Gang gesetzte Ursachenkette wirkte mithin in der (selbständigen) Entschließung des Angeklagten Böhm, die Häftlinge zur Hinrichtung zu bringen, ebenso fort wie in der schließlich erfolgten tatsächlichen Tötung der beiden Häftlinge. Der Angeklagte Böhm hat daher, soweit er die Erschießung der zwei Häftlinge veranlaßt hat, als Mittäter mit den für die Tötung sämtlicher Häftlinge verantwortlichen Führern des Reichsicherheitshauptamtes gehandelt, wobei sich sein ursprünglich als Gehilfentat zur Tötung auch dieser Häftlinge gedachter, in der Bestimmung der Blockführer zu ihrer Heranführung und/Überprüfung ihrer Identität bestehender Tatanteil als (rechtlich unselbständige) Teilhandlung der von ihm an den beiden Häftlingen begangenen Tötung herausstellte und daher von dieser konsumiert wurde.

dd. Da zugunsten der Angeklagten mangels gegenteiliger Feststellungen davon ausgegangen werden muß, daß die Anordnung der Tötung sämtlicher Häftlinge auf einem einzigen, einheitlichen Willensakt und einer im natürlichen Sinne einheitlichen Handlung (dem Erlaß des Hinrichtungsbefehls) der für die Tötung der Häftlinge verantwortlichen Führer des Reichssicherheitshauptamtes beruht, haben die Angeklagten, und zwar die Angeklagten Höhn und Hempel mit ihrer Beteiligung an der Tötung sämtlicher (mindestens) 82 Häftlinge, der Angeklagte Böhm mit seiner Mitwirkung an der Tötung von (wenigstens) 80 Häftlingen, zu einer einzigen Mordtat Beihilfe geleistet. Hieran ändert es für die Angeklagten Höhn und Hempel nichts, daß die Tötung der von dem Angeklagten Böhm nach Abbruch der Erschießungsaktion eigenmächtig der Exekution zugeführten Häftlinge in der Person des Angeklagten Böhm zu einer weiteren, selbständigen Mordhandlung erwachsen ist. Denn auch hinsichtlich dieser zwei Häftlinge haben die Angeklagten Höhn und Hempel allein den Taturhebern des Reichssicherheitshauptamtes, die sämtliche Tötungen in einer Handlung verwirklicht haben, wissentlich Beihilfe geleistet, so daß für eine unterschiedliche rechtliche Würdigung ihrer Beteiligung an der Tötung der (mindestens) 80 und der weiteren (wenigstens) 2 Häftlinge kein Raum ist.

Der Angeklagte Böhm dagegen hat über seine Beihilfeleistung zur Ermordung von 80 Häftlingen hinaus durch eine weitere, auf einem einheitlichen Willensentschluß beruhende, und durch einen einzigen Takt tatsächlich bewirkte, mithin auch rechtlich einheitliche Handlung zwei Häftlinge, gemeinschaft-

lich mit anderen handelnd, gemordet.

ee. Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel haben die von ihnen verübte Beihilfe zum Mord in Ausführung eines Befehls in Dienstsachen begangen; ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit wird jedoch hierdurch gemäß § 47 Satz 2 Nr. 2 MilStGB nicht berührt, denn die Angeklagten haben bei Begehung ihrer Handlungen sämtlich gewußt, daß die ihnen erteilten Befehle Handlungen betrafen, die die Begehung eines Verbrechens bezweckten. Wie bereits oben unter cc. dargelegt ist, war allen drei Angeklagten bei der Begehung ihrer Tat bekannt, daß die Häftlinge ohne jeden Schuldvorwurf, ohne gerichtliches Verfahren und richterliche Verurteilung, ja sogar, ohne daß ihnen in einem nichtgerichtlichen Verfahren der Grund der Anordnung ihrer Tötung eröffnet und ihnen Gelegenheit gegeben worden wäre, sich zu diesem zu äußern, zur Exekution gebracht wurden, Daß sie unter diesen Umständen erkannten, daß die Tötung der Häftlinge - wenn auch nach der Interessenlage der SS-Führung zweckmäßig und erwünscht, so doch aber - nicht rechtens war, steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, Die Angeklagten wußtend daher, daß die Tötung der Häftlinge, an welcher sie auf Grund der ihnen erteilten dienstlichen Befehle beteiligten, die rechtswidrige und daher verbrecherische Tötung von Menschen darstellte.

ff. Daß sich keiner der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel bei der Ausführung seiner hier in Betracht stehenden Taten in der Lage des Notstandes (§§ 52, 54 StGB) befunden

hat, ist oben unter C II b) ff), C III b) ff) und C I b) ff) im einzelnen festgestellt und dargelegt; auf diese Ausführungen die auch auf den hier erörterten Fall vollinhaltlich Anwendung finden, wird verwiesen.

gg. Endlich haben zur Zeit der hier erörterten Straftaten bei keinem der Angeklagten die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB vorgelegen. Daß weder der Angeklagte Höhn, noch der Angeklagte Böhm noch der Angeklagte Hempel während ihrer Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen, also auch zur Zeit ihrer Mitwirkung an den hier in Betracht stehenden Morden, an Geistesschwäche oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit gelitten hat, ist für den Angeklagten Höhn unter C II b) gg), für den Angeklagten Böhm unter C III/^{b)}gg) und für den Angeklagten Hempel unter C I b) gg) im einzelnen dargelegt und begründet worden. Auf diese Ausführungen wird Bezug genommen. Da für, daß einer der Angeklagten zur Zeit der hier erörterten Taten an einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, sind keinerlei Anhaltspunkte hervorgetreten. Es steht daher fest, daß die Fähigkeit aller drei Angeklagten, das Unerlaubte ihrer Taten einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, weder ausgeschlossen noch vermindert war.

Nach alledem haben sich durch ihre Mitwirkung an der Erschießung der 82 Häftlinge in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945 schuldig gemacht: Der Angeklagte Höhn der Beihilfe zum Mord (an 82 Häftlingen), der Angeklagte Böhm des Mordes (an 2 Häftlingen) und der Beihilfe zum Mord

(an 80 Häftlingen) sowie der Angeklagte Hempel der Beihilfe zum Mord (an 82 Häftlingen).

VII. Tötung kranker Häftlinge.

Anfang 1945 wurden im Konzentrationslager Sachsenhausen mindestens 2000 kranke und nicht marschfähige Häftlinge, die wegen ihrer Leiden außerstande waren, an dem vom Reichssicherheitshauptamt für den Fall des Näherrückens der Front geplanten Evakuierungs-Fußmarsch teilzunehmen, getötet.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn, an der Tötung der kranken Häftlinge in der Weise mitgewirkt zu haben, daß er selbst im Krankenbau kranke Häftlinge zum Zwecke ihrer Tötung herausgesucht habe, 80 bis 100 Häftlingskarteikarten, die er in der Rapportführerschreibstube durch den Angeklagten Hempel habe heraussuchen lassen, zum Krankenrevier geschickt und veranlaßt habe, daß die in den Karteikarten bezeichneten Häftlinge zum Zwecke der Tötung in den Industriebhof gebracht und mindestens 60 von ihnen getötet wurden, sowie, daß er als Schutzhaftlagerführer den Abtransport weiterer nicht gehfähiger Häftlinge zur Vernichtungsanlage im Industriebhof habe vorbereiten lassen und teilweise auch das Verladen solcher Häftlinge überwacht habe.

Dem Angeklagten Böhm legt die Anklage zur Last, er habe als Rapportführer zumindest teilweise die ihm unterstellten Blockführer, die den Transport der kranken Häftlinge in den Industriebhof zum Zwecke ihrer Tötung durchzuführen hat-

ten, überwacht und einen Vernichtungstransport von 42 kranken russischen Kriegsgefangenen und einen weiteren Transport von kranken Häftlingen, unter denen sich der frühere Reichstagsabgeordnete Bräunig und zwei Litauer befunden hätten, in die Tötungsanlage im Industriebhof des Lagers überwacht.

Der Angeklagte Hempel wird von der Anklage beschuldigt, er habe auf Veranlassung des Angeklagten Höhn 80 bis 100 Karteikarten von Häftlingen, die getötet werden sollten, herausgesucht, selbst aus dem Krankenblock 101 tbc-krankes Häftlinge, die zur Tötung zum Krematoriumsgebäude geführt worden seien, herausgeholt, er habe weiter auf Anweisung des Angeklagten Böhm kranke und zur Vernichtung bestimmte Häftlinge aufgeschrieben und das Verladen von Häftlingen, die zur Tötung in den Industriebhof transportiert wurden, überwacht.

Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel bestreiten, die ihnen von der Anklage zur Last gelegten Handlungen begangen zu haben.

Der Angeklagte Höhn läßt sich im einzelnen wie folgt ein:
Anfang 1945, nämlich zu der Zeit, zu welcher bei der SS-
zur
Führung die/Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen
erforderlichen Maßnahmen erwogen wurden, habe im Lager
eine von dem Inspekteur der Konzentrationslager, SS-Gruppenführer Glücks, einberufene Besprechung stattgefunden,

an welcher außer dem Lagerkommandanten Kaindl unter anderen der 1. Schutzhaftlagerführer Kolb und der Lagerarzt Dr. Baumkötter teilgenommen hätten, und von deren Ergebnis Kolb ihn unterrichtet habe. Das Ergebnis der Besprechung habe in der Anordnung des Gruppenführers Glücks bestanden, alle kranken, nicht heilbaren Häftlinge des Lagers zu beseitigen. Auf Grund dessen hätten die Lagerärzte auf Befehl der Kommandatur eine Liste der unheilbar kranken Häftlinge des Lagers aufgestellt und sie über die Schutzhaftlagerführung dem Lagerkommandanten vorgelegt, Er, Höhn, habe weder dem Vernichtungsbefehl noch der von den Ärzten aufgestellten Liste besondere Aufmerksamkeit zugewandt, da die bis zu dieser Zeit lediglich in Betracht stehende Auswahl der kranken Häftlinge allein die Angelegenheit der Ärzte, nicht aber seine, des Angeklagten, Sache gewesen sei.

Wie er, Höhn, gewußt habe, hätten die auf der Liste bezeichneten Häftlinge getötet werden sollen. Offen sei zunächst die Frage geblieben, wer die Vernichtung durchführte. Dieses Thema sei Gegenstand einer Besprechung gewesen, die in dem Zimmer des Schutzhaftlagerführers zwischen ihm, dem Angeklagten Höhn, dem Lagerarzt Dr. Gaberle und dem Apotheker Siggelkow stattgefunden habe und bei der er, Höhn, eindeutig zum Ausdruck gebracht habe, daß die Schutzhaftlagerführung sich an der Vernichtungsaktion nicht beteiligen werde. Dr. Gaberle habe daraufhin gemeint, es werde sich schon ein Büttel finden, der das mache.

Die Vernichtung der kranken Häftlinge sei sodann schließlich

durch die Kommandantur unter Mitwirkung des Erschießungs-kommandos Moll durchgeführt worden. Die Kommandatur selbst habe Lastkraftwagen zum Krankenbau geschickt, von deren Erscheinen im Schutzhaftlager-bereich der jeweilige Schutzhaft-lagerführer vom Dienst lediglich in Kenntnis gesetzt worden sei, die jeweils zu vernichtenden kranken Häftlinge seien sodann ohne Mitwirkung des Schutzhaftlager-Personals aufgeladen worden, die Lastkraftwagen seien zum Lagertor gefahren, dort seien die Häftlinge gezählt worden, sodann hätten die Lastkraftwagen der Kommandatur mit den Häftlingen das Schutzhaftlager verlassen; die Häftlinge seien nicht mehr in das Lager zurückgekehrt.

Er, der Angeklagte H hn, habe bei diesen Vorgängen nicht mitgewirkt und habe auch keine Möglichkeit gehabt, auf die Vernichtung der kranken Häftlinge in irgendeiner Weise einzuwirken. Da die zur Vernichtung gebrachten kranken Häftlinge am Lagertor nur zahlenmäßig notiert worden seien, er, H hn, aber, um die Übersicht über den Häftlingsbestand des Lagers zu behalten und seine Häftlingskartei in Ordnung zu halten, genau habe wissen müssen, welche Häftlinge im einzelnen aus dem Lager gebracht worden seien, habe er den Rapporteschreiber Hempel, möglicherweise ^{gelegentlich} auch einmal den Rapportführer Böhm, zum Krankenbau geschickt mit dem Auftrag, namentlich Listen über die aus dem Lager bereits abegangenen kranken Häftlinge aufzustellen. Seine Tätigkeit aus Anlaß der Krankenvernichtung habe sich also darauf beschränkt, die vernichteten Häftlinge nachträglich für seine

verwaltungsinternen Aufgaben zu registrieren. Er habe weder mit der Auswahl der zu vernichtenden Häftlinge, noch mit ihrem Abtransport, noch mit ihrer Vernichtung, die durch das Sonderkommando Moll geschehen sei, etwas zu tun gehabt. Todesbescheinigungen für die getöteten Häftlinge habe er nicht bekommen.

Schon vor der vorstehend geschilderten Krankenvernichtung seien auf Veranlassung der Lagerkommandatur ohne Mitwirkung der Schutzhaftlagerführung bei Tage und bei Nacht mehrfach Häftlinge aus dem Lager geholt worden; einmal seien es etwa 200 russische Kriegsgefangene gewesen, die, ohne daß ⁱⁿ er/ihre Abholung eingeschaltet worden sei, aus dem Lager transportiert worden seien. Er habe von diesen Abtransporten nur dadurch erfahren, daß die jeweiligen Blockführer ihn angerufen und ihm die Abholung der Häftlinge mitgeteilt hätten. Der Adjutant des Lagerkommandanten, Wessel, bei dem er daraufhin fernmündlich Rückfrage gehalten habe, habe ihm nur gesagt, die Häftlinge seien auf Veranlassung der Kommandatur "auf Transport gegangen". Ob ein Befehl höherer SS-Führungsstellen bezüglich dieser Transporte vorgelegen habe, wisse er, Höhn, nicht; er sei aber sicher, daß diese aus dem Schutzhaftlager geholten Häftlinge getötet worden seien.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er entsinne sich, daß im Frühjahr 1945 kranke Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen vernichtet worden seien. An dem Heraussuchen

der abzutransportierenden kranken Häftlinge habe er sich nicht beteiligt; er wisse auch nicht, wer die Auswahl der zu vernichtenden Häftlinge getroffen habe.

Daran, daß er bei dem Abtransport kranker Häftlinge zum Zwecke ihrer Vernichtung mitgewirkt habe, könne er sich nicht erinnern. Er entsinne sich lediglich, einmal den Auftrag erhalten zu haben, einen namentlich benannten Häftling aus dem Krankenbau zu holen und in ein vorgefahrenes Kraftfahrzeug zu verladen. Er habe sich in Ausführung dieses Befehls von dem "Spieß" des Krankenbaues, Fabisch, den Mann aus dem Revier herausschicken lassen und ihn zum Fahrzeug gebracht. Das Fahrzeug sei dann mit ihm aus dem Lager gefahren. Wer der Häftling gewesen sei, wisse er nicht, er habe damals auch nicht gewußt, was mit ihm habe geschehen sollen; erst später habe er erfahren, daß der Häftling im Krematorium getötet worden sei.

Der Angeklagte Hempel läßt sich wie folgt ein: An der Massenvernichtung kranker Häftlinge habe er sich nicht, jedenfalls nicht bewußt beteiligt.

Eines Tages habe er von dem Angeklagten Höhn einen Stoß Karteikarten bekommen mit dem Befehl, sie im Krankenbau abzuliefern. Er habe die Karten bei dem "Spieß" des Krankenbaues abgegeben, ohne zu wissen, zu welchem Zweck er sie hingebracht habe und was mit den Häftlingen, welche die Karteikarten betrafen, habe geschehen sollen. Mitte Februar 1945 habe Höhn ihn noch einmal Häftlings-Karteikarten

zum Krankenbau bringen lassen. Auch zu dieser Zeit habe er nicht gewußt, zu welchem Zweck die Karten an den Krankenbau ausgeliefert wurden. Auch jetzt könne er nicht sagen, ob die Überstellung der Karteikarten an den Krankenbau mit der Aktion zur Vernichtung kranker Häftlinge im Zusammenhang gestanden habe oder aus irgendeinem anderen Grunde erfolgt sei.

Im Frühjahr 1945 habe er eines Tages von dem Angeklagten Höhn erfahren, daß vier Lastkraftwagentransporte von kranken Häftlingen auf Veranlassung der Lagerkommandantur aus dem Lager gegangen seien. Höhn habe ihm den Befehl erteilt, zum Krankenbau zu gehen und die Namen der abgegangenen Häftlinge festzustellen. Zu jener Zeit sei nämlich eine ordnungsgemäße Karteiführung in der Schreibstube des Rapportführers dadurch erheblich erschwert und teilweise unmöglich gemacht worden, daß immer wieder Häftlinge ohne Mitwirkung der Schutzhaftlagerführung aus dem Lager gebracht worden seien, ohne daß die Namen der abtransportierten Häftlinge und ihre Häftlingsnummern an die Schreibstube gemeldet worden seien. Er, Hempel, habe sich, dem Befehl von Höhn folgend, zum Krankenbau begeben und dort die von dem Angeklagten Höhn verlangte Liste aufgestellt, Wohin die abtransportierten Kranken gegangen seien, habe er damals nicht gewußt. Erst später habe er die Anweisung erhalten, etwa 200 kranke Häftlinge - es könne sich mithin um diejenigen gehandelt haben, die mit den vier Lastkraftwagen aus dem Krankenbau abtransportiert worden waren - von der

Verpflegungsstärke abzusetzen. In der Folgezeit habe^{er} den von Krankenbau bei ihm eingehenden Stärkemeldungen und den darauf enthaltenen Abgangsvermerken entnommen, daß von Zeit zu Zeit kranke Häftlinge vernichtet worden seien; die Todesursache sei auf den Abgangsmeldungen nicht angegeben gewesen.

Die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat nicht mit Sicherheit ergeben, daß sich die Angeklagten, wie ihnen die Anklage zur Last legt, an der Vernichtung der auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes getöteten kranken Häftlinge beteiligt hätten. Zwar hat der Zeuge Scheil bekundet, die Aussonderung der auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zu vernichtenden Kranken sei entweder durch den Lagerarzt oder durch Reviersanitäter erfolgt; von diesen seien die Personalien der zu vernichtenden Kranken in Listen zusammengestellt worden, die zur politischen^{Abteilung} der Kommandatur gegangen seien; von dort seien die Listen zurückgekommen mit der Anweisung, die Kranken zum Transport bereitzuhalten. Er, der Zeuge, habe gesehen, daß an der Aufstellung der Listen im Krankenrevier auch die Angeklagten Böhm und Hempel mitgewirkt hätten. Da man, als man im Krankenbau festgestellt habe, daß die ersten abtransportierten Kranken vernichtet worden seien, gewußt habe, was es mit den unter Mitwirkung von Hempel und Böhm aufgestellten Namenslisten auf sich gehabt habe, hätten die Krankenpfleger, wenn sie Böhm oder Hempel im Revier sahen, die Kranken schnell in andere Baracken oder in Toiletten versteckt, um sie vor der Vernichtung zu bewahren. Der Zeuge Lienau hat

ausgesagt, kranke und nicht marschfähige Häftlinge seien zur Vernichtung von den Angeklagten Böhm und Hempel im Revier aufgeschrieben worden. Die beiden Angeklagten seien mit ihren Mappen durch den Krankenbau gegangen und hätten sich die Nummern der Häftlinge, die liquidiert werden sollten, notiert; sie hätten daher im Lager nur noch den Namen "die Todesengel" getragen. Die von Böhm und Hempel aufgeschriebenen Häftlinge seien ins Revier bestellt und dort abgespritzt, d. h. durch Giftinjektionen getötet, oder im Industriehof vergast worden. Auch der Zeuge Schöler hat bekundet, er habe in der Zeit vor der Evakuierung des Lagers, als eine große Anzahl Kranker aus dem Revierbau getötet worden seien, den Angeklagten Hempel mit Listen durch das Revier laufen und die zu tötenden Kranken aufschreiben sehen. Die Sanitäter hätten die Kranken vor Hempel versteckt, um ihr Leben zu retten.

Das Schwurgericht hat sich ungeachtet der persönlichen Glaubwürdigkeit der genannten Zeugen nicht von der sachlichen Richtigkeit ihrer vorstehend wiedergegebenen Bekundungen zu überzeugen vermocht. Wohl ist den Aussagen dieser Zeugen darin zu folgen, daß die Angeklagten Hempel und Böhm im Zusammenhang mit der Vernichtung der kranken Häftlinge im Krankenbau Namenslisten von Häftlingen aufgestellt haben; nicht bewiesen ist durch die ^{genannten} Aussagen hingegen, daß die Angeklagten in diesen Listen erst noch zum Abtransport und zur Tötung bestimmte, nicht also, wie die Angeklagten Böhm und Hempel übereinstimmend angeben, bereits aus

dem Krankenbau abtransportierte Häftlinge erfaßt haben. Aufgrund der vom Schwurgericht insoweit als glaubwürdig und zuverlässig erachteten Bekundungen des als Zeugen gehörten früheren Lagerarztes Dr. Baumkötter, des im Krankenbau zunächst als Schreiber und schließlich als Blockältester eingesetzten Zeugen Geißler und des jetzt 72 Jahre alten Zeugen Wieber, der im Jahre 1940 in Belgien, wohin er nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigriert war, verhaftet, Anfang 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und dort Anfang 1944 als Lagerältester des Krankenbaues eingesetzt worden war, steht nämlich fest, daß der Krankenbau im Oktober oder November 1944 innerhalb des Konzentrationslagers Sachsenhausen autonom, nämlich verwaltungsmäßig aus dem Schutzhaftlager als solchem herausgenommen und der Lagerkommandantur unmittelbar unterstellt wurde, und daß infolgedessen seit diesem Zeitpunkt die Schutzhaftlagerführung keinerlei Möglichkeit mehr zur Einflußnahme auf das Schicksal der im Krankenbau liegenden Häftlinge hatte, Demgemäß haben die drei letztgenannten Zeugen übereinstimmend bekundet, es sei schlechthin ausgeschlossen, daß Angehörige der Schutzhaftlagerführung - also auch die drei Angeklagten - Häftlinge des Krankenbaues zur Vernichtung ausgesucht und notiert hätten. Diesen Bekundungen entsprechen auch die Aussagen der Zeugen Claasen, Fabisch und Schleicher, die glaubhaft und in Übereinstimmung mit dem Zeugen Wieber bekundet haben, die zu tötenden Häftlinge des Krankenreviers seien durch die ^{besonderer} SS-Ärzte des Krankenbaues, zum Teil nach vorgängiger/Untersuchung, ausgewählt und der Kommandantur zur Tötung gemeldet

worden. Hiernach kann jedenfalls nicht mit der zu einer Verurteilung der Angeklagten erforderlichen Sicherheit festgestellt werden, daß die Angeklagten sich an der Auswahl der nach dem Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zu vernichtenden kranken Häftlinge im Krankenbau in irgend einer Weise beteiligt hätten.

Auch daß die Angeklagten Höhn und Hempel durch die Auswahl und die Überstellung von Karteikarten zu der Vernichtung kranker Häftlinge beigetragen hätten, steht nicht mit Sicherheit fest. Denn wenn auch eine gewisse Vermutung dafür besteht, daß die Karteikarten, die der Angeklagte Hempel nach seiner Einlassung auf Geheiß des Angeklagten Höhn von der Schreibstube der Schutzhaftlagerführung zum Krankenbau gebracht hat, mit der in Betracht stehenden Vernichtungsaktion im Zusammenhang stehen, so ist doch ein sicherer, das Schwurgericht hiervon zu überzeugen geeigneter Anhaltspunkt hierfür nicht ersichtlich geworden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß die Übersendung der Karteikarten einen die Häftlingstötungen nicht berührenden innerdienstlichen Verwaltungsvorgang betraf, in ihr also keine Mitwirkung an der Vernichtungsaktion zu erkennen ist.

Schließlich kann auch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Angeklagten sich am Transport kranker Häftlinge zur Vernichtungsanlage in den Industriebauhof beteiligt haben. Zwar haben die Zeugen Scheil, Ballhorn und Johannes Zwart bekundet, gesehen zu haben, daß die Angeklagten Böhm

und Hempel sich an Abtransport kranker Häftlinge beteiligten. Diese Angaben, ihre Richtigkeit unterstellt, genügen jedoch nicht zum Beweise dafür, daß die genannten Angeklagten an der Tötung von kranken Häftlingen mitgewirkt haben. Die Zeugen Wieber, Engemann und Scheil haben nämlich übereinstimmend bekundet, daß nicht alle der aus dem Krankenbau abtransportierten Häftlinge zur Vernichtung in den Insustriehof gelangten, sondern daß auch einige Krankentransporte zu anderen Konzentrationslagern, insbesondere zu dem Konzentrationslager Bergen-Belsen abgegangen sind und die Häftlinge dort zumindest zum Teil das Kriegsende überlebt haben. Diese Bekundungen der drei letztgenannten Zeugen sind glaubhaft, insbesondere deswegen, weil der Zeuge Scheil selbst am 7. Februar 1945 mit einem Krankentransport den die Lagerleitung zusammengestellt hatte, in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt worden ist. Unter diesen Umständen aber kann nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden, daß die Kranken, an deren Transport die Angeklagten Böhm und Hempel nach den Aussagen der Zeugen Scheil, Ballhorn und Johannes Zwart mitgewirkt haben sollen, der Tötung zugeführt, nicht aber in andere Lager verlegt worden sind. Daraus folgt, daß auch insoweit eine Mitwirkung der Angeklagten an der Tötung kranker Häftlinge nicht mit der zu ihrer Verurteilung erforderlichen Bestimmtheit erwiesen ist.

Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel waren daher von diesem Punkte der Anklage mangels ausreichenden Schuld nachweises freizusprechen.

VIII Tötung von Häftlingen aus dem Nebenlager Lieberose.

a). Tatsächliche Feststellungen.

Zu dem Konzentrationslager Sachsenhausen gehörten mehrere Nebenlager, darunter auch das Nebenlager Lieberose, das bei Cottbus auf dem Truppenübungsplatz "Nordmark" lag, dienstlich der Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen, arbeitsmäßig der Bauleitung "Reich Nord" unterstand und vorwiegend mit jüdischen Häftlingen ungarischer und polnischer Nationalität belegt war, welche aus dem Konzentrationslager Theresienstadt zur Arbeit in der im Lager Lieberose untergebrachten Raketenversuchsanlage ausgesondert worden waren.

Die Häftlingsbelegschaft des Lagers Lieberose, die bis Juni/Juli 1944 nur 200 Häftlinge betragen hatte, wuchs im Juli 1944 durch Zugänge aus anderen Konzentrationslagern auf etwa 800 Häftlinge an. Die Höchstzahl der im Nebenlager Lieberose inhaftierten Häftlinge hat sich nicht ermitteln lassen. Der Zeuge Lys, der im März 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen als politischer Häftling eingewiesen und von dort im Juli 1944 in das Nebenlager Lieberose verlegt worden war, wo er als Revierschreiber die Buchführung in der Ambulanz, die Unterbringung der Häftlinge in den Krankenblocks und die Monatsstatistiken zu erledigen hatte, hat angegeben, die höchste Belegungszahl habe das Lager Lieberose mit 1400 bis 2000 Häftlingen erreicht, Der Zeuge Peter, der als Angehöriger der Waffen-SS

mit dem Dienstgrad eines Unterscharführers ab Sommer 1944 als Blockführer in dem Nebenlager Lieberose eingesetzt war, hat angegeben, das Lager sei mit etwa 2 bis 3000 Häftlingen belegt gewesen. Der Zeuge Seipel hat ausgesagt, die ständige Lagerstärke habe 4000 Mann betragen. Der Zeuge Simon, der am 17. Juli 1942 wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Jugendorganisation in Hamburg von der Gestapo verhaftet, am 8. August 1942 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und im Oktober 1944 in das Nebenlager Lieberose überstellt worden ist und ^{in der} dortigen Lagerschreibstube den Arbeitseinsatz bearbeitet hat, hat bekundet, die höchste Häftlingsbelegung habe das Lager Lieberose im November / Dezember 1944 mit 4350 Mann erreicht. Der Zeuge Kriesche schließlich hat als ehemaliger Lagerältester des Nebenlagers Lieberose dessen höchste Belegungsstärke mit 6400 Häftlingen angegehen. Irgendwelche Umstände, die geeignet wären, einen zuverlässigen Hinweis darauf zu geben, welche dieser unterschiedlichen Angaben der tatsächlichen Belegungsstärke des Lagers entsprechend oder ihr am nächsten komme, sind nicht erkennbar hervorgetreten, so daß eine auch nur annähernd genaue Feststellung der tatsächlichen Belegungsstärke des Nebenlagers Lieberose sich nicht hat treffen lassen.

Wegen des Näherrückens der Ostfront mußte das Lager Lieberose im Februar 1945 evakuiert werden. Die Evakuierung ging in der Weise vor sich, daß zunächst eine gewisse Anzahl von Häftlingen - der Zeuge Lys beziffert sie auf 200 bis 300 -, die aus gesundheitlichen Gründen marschunfähig waren, im Eisenbahntransport in das Konzentrationslager Sachsenhausen

verlegt wurden. Sodann wurde der Rest der Lagerbelegschaft - bis auf eine Anzahl weiterer marschunfähiger Häftlinge, die von dem Zeugen Lys mit 230 bis 250, von dem Zeugen Dachan mit etwa 600, von dem Zeugen Kriesche mit 600 bis 800 und vor dem Zeugen Simon mit 1200 angegeben worden ist und welche, ohne daß sich ihr weiteres Schicksal hätte feststellen lassen, im Lager Lieberose zurückgeblieben sind - in einem etwa zweiwöchigen Fußmarsch in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. Im Schutzhaftlager Sachsenhausen sind die Häftlinge des Nebenlagers Lieberose zum Teil in Isolierbaracken eingewiesen, zum Teil in die übrige Lagerbelegschaft eingegliedert und zu einem weiteren Teil auf die Außenkommandos des Konzentrationslagers Sachsenhausen verteilt worden.

1. Tötung von etwa 50 jüdischen Häftlingen.

Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Höhn und Böhm, aus den Marschblocks der aus dem Nebenlager Lieberose in dem Schutzhaftlager Sachsenhausen eingetroffenen und auf dem dortigen Appellplatz aufmarschierten Häftlinge wenigstens 50 völlig erschöpfte, nicht mehr arbeitsfähige Juden ausgesondert und ihre Verladung auf Lkws veranlaßt und überwacht zu haben; die Juden seien sodann auf den Lkws zum Industriebhof gefahren und in der dortigen Genickschußanlage getötet worden.

Die Angeklagten Höhn und Böhm bestreiten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte

Höhn läßt sich wie folgt ein: Nach dem Einmarsch der aus dem Nebenlager Lieberose eingetroffenen Häftlinge und ihrer Aufstellung auf dem Appellplatz im Lager Sachsenhausen seien die Häftlinge auf die Baracken des Lagers verteilt worden; die Aufteilung sei durch die Häftlingsselbstverwaltung, möglicherweise im Zusammenwirken mit dem diensthabenden Rapportführer, vorgenommen worden; er, Höhn, habe damit nichts zu tun gehabt. Er sei mit den Häftlingen aus Lieberose nur insoweit dienstlich in Berührung gekommen, als er, da er zur Zeit ihres Eintreffens gerade damit beschäftigt gewesen sei, eine neue Gruppe von Häftlingsfreiwilligen für die Division Dirlwanger zusammenzustellen, die unter den aus Lieberose eingetroffenen Häftlingen befindlichen Deutschen auf sein Zimmer bestellt und befragt habe, ob sie sich freiwillig zu der Einheit Dirlwanger melden wollten. Davon, daß aus den soeben eingetroffenen Häftlingen des Nebenlagers Lieberose 50 erschöpfte Juden ausgesondert und alsbald vernichtet worden seien, wisse er nichts; er halte dies für zweifelhaft, meine vielmehr, daß, wenn tatsächlich 50 gänzlich erschöpfte Häftlinge aus den Marschblocks der Häftlinge aus Lieberose ausgesondert worden seien, diese nicht vernichtet, sondern in das Notlazarett des Außenlagers "Heinkel-Werke" verlegt worden seien. Zu jener Zeit sei nämlich der Krankenbau des Lagers insbesondere dadurch, daß fast täglich neue Transportzüge aus Außen- und Nebenlagern eingetroffen seien und Kranke mitgebracht hätten, dermaßen überbelegt gewesen, daß in einer Halle des Außenlagers "Heinkel-Werke" ein Notlazarett eingerichtet

und mit lagerfremden Häftlingen belegt worden sei.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er habe das Eintreffen der Häftlinge aus Lieberose nur noch schwach in Erinnerung. Mit den Häftlingen aus Lieberose habe er sich nicht befaßt, habe insbesondere keine Häftlinge zur Tötung ausgesondert und sie auch nicht auf die Baracken verteilt; letzteres sei Sache der Häftlingsselbstverwaltung gewesen.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann nicht mit der zur Verurteilung der Angeklagten erforderlichen Gewißheit festgestellt werden, daß die Angeklagten Höhn und Böhm nach dem Eintreffen der Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose etwa 50 jüdische Häftlinge zur alsbaldigen Tötung ausgesondert hätten. Zwar hat der Zeuge Lys glaubhaft bekundet, die aus Lieberose eingetroffenen Häftlinge seien nach ihrem Einmarsch in das Lager Sachsenhausen auf dem Appellplatz nach ihrer Rassenzugehörigkeit gesondert worden; die jüdischen Häftlinge hätten aus den Marschblocks heraustreten müssen und seien in einer besonderen Gruppe aufgestellt worden, während aus den in den Marschblocks zurückbleibenden nichtjüdischen Häftlingen Arbeitskommandos gebildet worden seien. Daran, daß aus der Gruppe der jüdischen Häftlinge weitere 50 besonders hinfällige Häftlinge ausgesondert und der Exekution zugeführt worden seien, könne er sich nicht erinnern. Der Zeuge Dachan, der als ehemaliger polnischer Fähnrich im Jahre 1943 verhaftet, in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und am 11. April 1944 in das Nebenlager Lieberose

überstellt worden war, hat ausgesagt, die aus Lieberose eingetroffenen Häftlinge seien nach ihrem Einmarsch in das Lager Sachsenhausen auf dem Appelplatz aufgestellt und von SS-Führern nach ihrem Kräftezustand sortiert worden. Er, der Zeuge, sei mit etwa 300 weiteren Häftlingen in das Arbeitskommando "Klinkerwerk" eingeteilt worden, andere Häftlinge seien im Hauptlager zurückgeblieben. Später habe er erfahren, daß die arischen Häftlinge des Lagers Lieberose von Sachsenhausen nach Bergen-Belsen abtransportiert, die Juden aber zum größten Teil getötet worden seien. Davon, daß aus den Marschblocks unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Schutzhaftlager Sachsenhausen 50 jüdische Häftlinge zur Vernichtung ausgesondert worden seien, wisse er nichts.

Der Zeuge Simon hat ausgesagt, die Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose seien bei ihrem Einmarsch in das Lager Sachsenhausen auf dem Appelplatz von SS-Leuten unter dem Kommando des Angeklagten Höhn empfangen worden. Nachdem sie aufmarschiert seien, habe Höhn zunächst aus dem Marschblock die Juden links heraustreten lassen; sie hätten dann in die Isolierung abrücken müssen. Den auf dem Appelplatz stehengebliebenen nichtjüdischen Häftlingen habe Höhn befohlen, je einen Schritt auseinander zu treten. Sodann sei Höhn, die rechte Hand in den Ausschnitt seines Waffenrocks geschoben, wie Napoleon die Reihen durchgegangen und habe die Häftlinge gemustert. Als er bei ihm, dem Zeugen, angekommen sei, habe er mit dem Zeigefinger auf ihn gedeutet und gemeint: "Dich kenne ich auch, ich weiß nur nicht mehr, woher." Dann sei er gravitatisch weitergeschritten. Bei

dieser Musterung seien auch der Arbeitseinsatzführer Rehn und der Angeklagte Hempel zugegen gewesen; Hempel habe sich jedoch an der Musterung selbst nicht beteiligt. Nach dieser Musterung sei ein Teil der deutschen Häftlinge, darunter auch er, der Zeuge, in das Klinkerwerk geschickt worden, ein anderer, größerer Teil sei, wie er von Kameraden erfahren habe, nach Bergen-Belsen auf Transport gegangen. Der Zeuge Dr. Adametz schließlich hat ausgesagt: Als die Häftlinge aus Lieberose im Lager Sachsenhausen einmarschiert seien, habe er mit anderen Häftlingen auf dem Appellplatz gestanden. Auch Höhn und Böhm habe er auf dem Appellplatz gesehen. Nach dem Einmarsch der Lieberoser Häftlinge seien aus ihrer Marschgruppe unter Beteiligung des Angeklagten Höhn und des Arbeitseinsatzführers Rehn die besonders hilfälligen Häftlinge sofort ausgesondert und in eine Isolierbaracke gebracht worden.

Auf Grund der beiden letztgenannten Bekundungen, von denen besonders diejenige des Zeugen Simon, der bei seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht das Verhalten und die Haltung des Angeklagten Höhn überaus plastisch, treffend und überzeugend demonstriert hat, keinen Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit duldet, steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß der Angeklagte Höhn entgegen seiner Einlassung nach dem Eintreffen der Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers Sachsenhausen aus den Marschblocks der Lieberoser Häftlinge eine bestimmte Häftlingsgruppe - Juden oder besonders hilfällige Häftlinge - ausgesondert und ihre Verbringung in die Isolier-

blocks des Schutzhaftlagers veranlaßt hat. Dagegen hat das Ergebnis der Beweisaufnahme nichts Hinlängliches dafür erbracht, daß die von dem Angeklagten Höhn ausgesonderten und auf seine Veranlassung in die Isolierblocks verlegten Häftlinge getötet worden seien. Der Zeuge Seipel hat zwar bekundet, nach dem Eintreffen der Belegschaft des evakuierten Nebenlagers Lieberose sei ein Teil der Häftlinge, nämlich die Kranken, sofort ins Revier gekommen und dort abgespritzt, d. h. durch Giftinjektionen getötet worden. Diese Bekundung ist jedenfalls insoweit sachlich unrichtig, als der Zeuge angegeben hat, die kranken Häftlinge des Lagers Lieberose seien ins Revier gekommen; ihr stehen nicht nur die eben wiedergegebenen und gewürdigten glaubhaften Aussagen der Zeugen Simon und Dr. Adametz entgegen, sondern der Zeuge Ballhorn, der seit Sommer 1942 ständig im Krankenbau des Schutzhaftlagers Sachsenhausen, und zwar zunächst als Pfleger und dann als Blockführer eingesetzt war und in dieser seiner Tätigkeit zuverlässigen Einblick in die Vorgänge im Krankenbau gewonnen hat, hat bei seiner Aussage ausdrücklich und glaubhaft hervorgehoben, daß keiner der aus Lieberose gekommenen Häftlinge in den Krankenbau des Schutzhaftlagers gelangt ist. Die Bekundung des Zeugen Seipel im übrigen aber besitzt keinen Beweiswert, denn der Zeuge hat trotz Befragung nicht anzugeben vermocht, woher er seine nicht auf eigener Beobachtung beruhende Kenntnis, die kranken Häftlinge seien durch Giftinjektionen getötet worden, bezogen hat. Diese seine Angabe läßt sich überdies auch mit den Bekundungen der übrigen in diesem

Verfahren gehörten Zeugen nicht vereinbaren, da keiner der in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht gehörten Zeugen hat bekunden können, daß in der für dieses Strafverfahren in Betracht stehenden Zeit irgendein Häftling im Konzentrationslager Sachsenhausen durch Injizierung von Gift getötet worden ist. Der Zeuge Ballhorn hat ausgesagt, beobachtet zu haben, daß Trupps von Häftlingen, die aus Lieberose gekommen waren, in der Folgezeit zur Vernichtung in den Industriebhof geführt worden seien. Dafür, daß diese Häftlinge mit denjenigen, die der Angeklagte Höhn bei ihrem Eintreffen in das Schutzhaftlager aus den Marschkolonnen ^{ausgesondert} hat, identisch gewesen sei, ^{en} hat sich jedoch auch nach der Bekundung dieses Zeugen kein Anhalt ergeben. Der Zeuge Dr. Adametz hat nach seiner Bekundung geraume Zeit nach dem Eintreffen der Häftlinge aus Lieberose gehört, daß die von Höhn ausgesonderten Häftlinge alshald vernichtet worden seien. Er hat aber weder die Person seiner Gewährsleute anzugeben vermocht, noch Umstände vorgebracht, die geeignet wären, die Zuverlässigkeit dieser Mitteilung zu beurteilen und zu bejahen. Gleiches gilt für die Angabe des Zeugen Dachan, er habe später, nämlich während er im Klinkerwerk des Lagers Sachsenhausen gearbeitet habe erfahren, daß die jüdischen Häftlinge aus Lieberose zum größten Teil getötet worden seien. Auch hier fehlt es an der Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der ungenannten und nicht feststellbaren Gewährsleute des Zeugen zu überprüfen, so daß diese Angabe keinen Beweiswert beanspruchen kann. Endlich hat der Zeuge Simon ausgesagt, er sei überzeugt, daß von den von dem Angeklagten

Höhn aus den Marschblocks ausgesonderten jüdischen Häftlingen "heute keiner mehr lebe". Er hat hierbei indessen eindeutig hervorgehoben, daß diese seine Bemerkung lediglich eine Vermutung wiedergebe, für die er konkrete Unterlagen nicht anzugeben vermöge.

Nach alledem kann nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn dadurch, daß er aus dem Marschblock der aus Lieberose eingetroffenen Häftlinge eine nicht näher feststellbare Anzahl von jüdischen oder kranken Häftlingen aussonderte und ihre Übernahme in die Isolierblocks veranlaßte, zur Tötung dieser Häftlinge beigetragen hat. Dafür, daß der Angeklagte Böhm an der Aussonderung oder gar der Tötung solcher Häftlinge mitgewirkt habe, hat die Beweisaufnahme keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Die Angeklagten Höhn und Böhm waren daher von diesem Punkt der Anklage mangels ausreichenden Beweises freizusprechen.

2. Tötung von 150 Häftlingen aus Lieberose.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Böhm, sich der Beihilfe zum Mord an wenigstens 400 jüdischen Häftlingen aus dem Nebenlager Lieberose und des (gemeinschaftlichen) Mordes an einem Zigeuner schuldig gemacht zu haben. Innerhalb eines Zeitraumes von 4 bis 6 Wochen sei die überwiegende Zahl der jüdischen Häftlinge, die aus dem Nebenlager Lieberose gekommen und in der Isolierung untergebracht worden seien,

und auch ein Teil der jüdischen Häftlinge des Lagers Sachsenhausen getötet worden. Sie seien in Gruppen zu je 50 Mann unter der Leitung des Angeklagten Böhm aus ihren Unterkünften herausgeholt, zum Industriehof gefahren und dort erschossen worden. Bei einem dieser Transporte habe der von der Lagerleitung bestimmten Personenzahl noch ein Häftling gefehlt. Der Angeklagte Böhm habe darauf aus eigener EntschlieÙung durch den Zeugen Mogens Christensen einen Häftling, der Zigeuner gewesen sei, holen lassen und ihn zu den 49 am Lagertor bereits wartenden Häftlingen gestellt. Der Zigeuner sei darauf zusammen mit den übrigen 49 Häftlingen zum Industriehof abgefahren und dort ebenfalls getötet worden. Bei der Vernichtungsaktion der jüdischen Häftlinge seien insgesamt mindestens 400 Häftlinge getötet worden.

Die Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht hat insoweit folgenden Sachverhalt ergeben: Am Tage nach dem Eintreffen der Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose im Schutzhaftlager Sachsenhausen fuhren vor einer der Isolierbaracken, in welchen/^{ein} Teil der Lieberoser jüdischen Häftlinge - auf wessen Veranlassung, hat sich nicht feststellen lassen - untergebracht waren und gerade von dem Angeklagten Hempel listenmäßig erfaßt wurden, drei Lastkraftwagen der Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen vor. Etwa gleichzeitig erschien in der Baracke der Angeklagte Böhm und wählte, einer Anweisung eines ihm vorgesetzten SS-Führers folgend, aus den von dem Angeklagten Hempel bereits notierten Häftlingen zwei Gruppen von jeweils 50 Mann und eine Gruppe von 49 Häftlingen aus, die, wie er wußte, auf Befehl

der Lagerkommandantur in den Industriebhof transportiert und dort nichtsahnend durch Genickschuß getötet werden sollten. Ein weiterer jüdischer Häftling, den er mit den in der Isolierbaracke ausgesuchten 149 Häftlingen gemäß dem ihm erteilten Befehl zur Tötung in den Industriebhof zu schicken hatte, war nicht in der Isolierbaracke untergebracht. Böhm sandte daher den Häftling Mogens Christensen, der als Läufer in der Häftlingsschreibstube eingesetzt war, mit einem Zettel, auf welchem die Häftlingsnummer dieses Mannes stand, aus, den Häftling herbeizuholen, Christensen ließ sich in der Häftlingsschreibstube die Baracke anweisen, in welcher der fehlende Häftling untergebracht war, begab sich zu dieser, ließ sich den Häftling - einen schwarzhaarigen und braunhäutigen Mann - übergeben und brachte ihn dem Angeklagten Böhm. Dieser veranlaßte die von ihm in der Isolierbaracke ausgewählten zwei mal 50 und einmal 49 Häftlinge sowie den durch den Zeugen Christensen herbeigeholten Häftling, die bereitstehenden Lastkraftwagen zu besteigen. Dabei versuchte einer der Häftlinge durch wiederholte Beteuerungen, er sei kein Jude, sondern Arier, vergeblich, seine Freistellung von dem Abtransport zu erwirken. Der Angeklagte Böhm ging hierauf nicht ein; er teilte jedem der Lastkraftwagen einen Blockführer zur Begleitung und Bewachung der Häftlinge zu und ließ die Fahrzeuge zum Industriebhof abfahren. Hier wurden die Häftlinge in der Erschießungsanlage unter dem Vorwand, sie würden einer Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand und ihre Arbeitsfähigkeit unterzogen, bewogen, sich nach der Durchführung einer Scheinuntersuchung

in dem "Untersuchungsraum" des Krematoriumsgebäudes arglos vor die Meßeinrichtung in dem - von ihnen als solchen nicht erkannten - Erschießungsraum zu stellen und, sobald die Durchbohrung in der Kopfplattenhalterung ihr Genick dem Schuß des - für sie unsichtbar - im nebenan gelagerten Schießraum wartenden SS-Schützen preisgab, von diesem hinterrücks durch Genickschuß getötet.

Der Angeklagte Böhm läßt sich wie folgt ein: Am Tage nach dem Eintreffen der Häftlinge aus Lieberose habe er von der Kommandantur den Befehl erhalten, dreimal 50 Häftlinge auf drei ihm von der Kommandantur zu den Isolierblöcken geschickte Lastkraftwagen zu verladen und ihren Abtransport zu überwachen. Diesen Befehl habe er ausgeführt. Daß er dabei einen Zigeuner oder einen wie ein Zigeuner aussehenden Häftling erst aus einem anderen Teil des Schutzhaftlagers habe heranholen lassen, entsinne er sich nicht mehr. Bei der Auswahl, dem Verladen und dem Abtransport der Häftlinge sei er der Auffassung gewesen, die Häftlinge würden in ein anderes Konzentrationslager transportiert. Dies habe man ihm bei der Erteilung des Befehls auf der Kommandantur mitgeteilt, und hieran habe er geglaubt, zumal er sich erinnert habe, daß schon in früherer Zeit einmal ein großer Häftlingstransport zusammengestellt worden sei, der, wie man ihm damals glaubhaft versichert hätte, zu einem Erholungslager gegangen sei.

Soweit der von dem Angeklagten Böhm geschilderte äußere Tathergang in Betracht steht, ist das Geständnis des

Angeklagten Böhm glaubhaft. Es wird insoweit bestätigt durch die Angaben des Angeklagten Hempel und die Bekundungen der Zeugen Christensen und Schöler. Der Angeklagte Hempel hat angegeben, da er von der Kommandantur keine zur Ausstellung von Karteikarten ausreichende Aufstellung über die aus Lieberose neu zugegangenen Häftlinge erhalten habe, habe er sich am Tage nach dem Eintreffen der Häftlinge in die Isolierbaracke begeben, um sich dort selbst eine Liste der Häftlinge aufzustellen. Noch während er dabei gewesen sei, die Namen und Nummern der Häftlinge aufzuschreiben, sei der Angeklagte Böhm in der Baracke erschienen; gleichzeitig seien vor der Baracke drei Lastkraftwagen vorgefahren. Böhm habe aus den von ihm, Hempel, bereits notierten Häftlingen dreimal 50 Häftlinge ausgewählt, jede der drei Häftlingsgruppen auf einen der drei Lastkraftwagen verteilt und ihnen je einen Blockführer zur Begleitung und Bewachung zugeteilt. Die Lastkraftwagen seien sodann mit den Häftlingen zum Krematoriumsgebäude gefahren, wo die Häftlinge, wie er, Hempel, erfahren habe, in der Genickschußanlage erschossen worden seien. Davon, daß Böhm an Stelle eines an einer dieser Gruppen fehlenden Lieberoser Häftlings einen anderen Häftling, insbesondere einen Zigeuner, eigenmächtig zum Abtransport miteingeteilt hätte, wisse er, Hempel, nichts; er habe etwas derartiges nicht wahrgenommen.

Der Zeuge Christensen hat bekundet: Er erinnere sich, daß Ende 1944 oder Anfang 1945 eine Anzahl jüdischer Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose in den Industriebhof transportiert und dort getötet worden sei. Er habe den Abtransport aus

den Isolierblocks selbst gesehen. Die Häftlinge seien aus der Isolierung geholt, auf Lkws verladen und durch das Lager-
tor in den Industriehof gefahren worden, wo sie, wie der Zeu-
ge erfahren habe, getötet worden seien. Die Transporte hätten
mehrere Tage angedauert; sie seien von SS-Leuten überwacht
und begleitet worden. An einem Tage habe auf einem der Kraft-
wagen an der vorgesehenen Häftlingszahl ein Mann gefehlt.
Der Angeklagte Böhm habe darauf ihn, den Zeugen, in die Schreib-
stube geschickt, damit er dort den fehlenden Häftling hole.
Er habe ihm, dem Zeugen, einen Zettel mitgegeben, auf dem
die Häftlingsnummer des fehlenden Mannes gestanden habe, der
Zeuge habe sich auf der Schreibstube den Block dieses Häft-
lings anweisen lassen, sich dorthin begeben und sich von
dem Blockältesten den Häftling übergeben lassen. Den habe er
dann bei Böhm an der Isolierung abgeliefert. Was mit dem
Häftling weiter geschehen sei, wisse er nicht. Der von ihm
herangeholte Häftling sei schwarzhaarig und braunhäutig ge-
wesen; solche Leute würden in Dänemark "Zigeuner" genannt,
auch wenn sie ihrer rassischen Zugehörigkeit nach in Wirk-
lichkeit keine Zigeuner seien. Der Zeuge Schöler schließlich
hat bekundet, er habe Anfang 1945 gesehen, daß der Angeklagte
Böhm bei der Beladung von Lastkraftwagen mit jüdischen Häft-
lingen, die, soviel der Zeuge wisse, aus dem Nebenlager
Lieberose gekommen seien, Häftlinge mit der Reitpeitsche
auf die Fahrzeuge geprügelt habe, Einer der Häftlinge, die
verladen wurden, habe verzweifelt geschrien: "Ich bin Arier!
Ich bin kein Jude!" Das habe ihm jedoch nichts geholfen,
Böhm habe seine Beteuerungen übergangen und ihn mitverladen
lassen. Wie er, der Zeuge, von Mithäftlingen zuverlässig

erfahren habe, seien die Häftlinge in der Genickschußanlage des Krematoriumsgebäudes erschossen worden

Hiernach steht auf Grund der glaubwürdigen Angabe des Angeklagten Hempel und der nicht minder glaubhaften Bekundung der Zeugen Christensen und Schöler fest, daß der Angeklagte Böhm, wie er auch selbst eingesteht, sich an dem Transport von 150 Lieberoser Häftlingen in die Genickschußanlage des Industriehofes in der eingangs festgestellten Weise beteiligt hat. Doch hat demgegenüber die Beweisaufnahme nichts dafür ergeben, ^{daß Böhm} wie ihm von der Anklage zum Vorwurf gemacht wird, an der Tötung von weiteren mindestens 250 Häftlingen aus Lieberose mitgewirkt habe und daß er als Ersatz für einen an der ihm aufgegebenen Anzahl der zur Tötung abzutransportierenden Häftlinge fehlenden Mann eigenmächtig einen nicht zu diesen Häftlingen gehörenden Zigeuner zum Abtransport bestimmt und der Tötung zugeführt habe; insoweit ergibt sich aus der Aussage des Zeugen Christensen vielmehr, daß der Häftling, den der Angeklagte Böhm durch den genannten Zeugen zum Abtransport hat heranholen lassen, zu denjenigen Häftlingen gehörte, die der Angeklagte auf Grund des ihm von der Lagerkommandantur erteilten Befehls in den I_ndustriehof zu transportieren hatte.

Widerlegt ist aber auch durch das Ergebnis der Beweisaufnahme auch die Einlassung des Angeklagten Böhm, er habe nicht gewußt, daß die von ihm verladenen Häftlinge zur Tötung in den Industriehof gefahren werden sollten, sondern angenommen, sie gingen auf Transport in ein anderes Konzentrationslager.

Die Überzeugung des Schwurgerichts, daß es sich bei dieser Einlassung um eine wahrheitswidrige Schutzbehauptung des Angeklagten handelt, gründet sich zunächst auf die Tatsache, daß es, wie der Angeklagte Hempel glaubhaft angegeben hat, im Konzentrationslager Sachsenhausen außer den aus Lieberose eingetroffenen Häftlingen fast keine Juden gegeben hat, und daß sich unter den Transporten, die zu jener Zeit aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen in andere Konzentrationslager abgingen, niemals jüdische Häftlinge befunden haben, der Angeklagte Böhm schon daher auf Grund dessen erkennen mußte, daß auch die von ihm verladene n jüdischen Häftlinge nicht anderen Konzentrationslagern zugeführt, sondern getötet werden sollten. Insbesondere aber deutete auf die bevorstehende Tötung der Häftlinge der Umstand hin, daß die in andere Lager verlegten Häftlinge, wie der Angeklagte Böhm wußte, für den Transport immer mit Marschgepäck (Decken und Kochgeschirren) und Marschverpflegung ausgerüstet wurden, die von ihm verladene n Häftlinge aber, wie er erkannte, bei ihrer Verladung weder Gepäck noch Verpflegung mit sich führten. Daneben kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Angeklagte Böhm, der die von ihm zur Begleitung der Häftlinge eingeteilten Blockführer über ihre Aufgaben zu instruieren hatte, genau über das Ziel und den Zweck des Transportes informiert war; andernfalls wäre er außerstande gewesen, den Blockführern die erforderlichen Anweisungen für den Transport zu erteilen. Endlich aber ergibt sich die Kenntnis des Angeklagten Böhm von dem Ziel und Zweck des unter seiner Leitung zusammengestellten und in Marsch gesetzten Häftlingstransportes zur vollen Überzeugung des Schwurgerichts aus der Tatsache, daß er den

Häftling, der sich, wie er hörte, mit der Beteuerung, er sei kein Jude, sondern Arier, dem Abtransport zu entziehen suchte, nicht mit der Erklärung beruhigte, er werde ja nur in ein anderes Lager verlegt, sondern stillschweigend über seine Einwendungen hinwegging. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte, hätte er wirklich die Möglichkeit einer Verlegung der Häftlinge in ein anderes Konzentrationslager auch nur in Betracht gezogen, von dieser Möglichkeit, den Häftling zu beschwichtigen und dadurch auch eine Beunruhigung der übrigen/^{abtransportierten} Häftlinge zu vermeiden, Gebrauch gemacht hätte.

Hiernach steht fest, daß der Angeklagte Böhm die Verladung und den Abtransport von 150 jüdischen Häftlingen aus dem Nebenlager Lieberose, die, wie er wußte, zum Industriebhof gefahren und in der dortigen Genickschußanlage getötet werden sollten, überwacht und beaufsichtigt hat. Dagegen ist nicht erwiesen, daß er an der Tötung von weiteren 250 Häftlingen mitgewirkt hat. Da die Anklage und, mit ihr übereinstimmend, der Eröffnungsbeschluß die Mitwirkung des Angeklagten an der Tötung aller dieser Häftlinge als eine einzige Handlung gewürdigt hat, bedarf es insoweit eines Freispruches nicht. Nicht erwiesen ist auch, daß er eigenmächtig einen nicht zu den von ihm befehlsgemäß abzutransportierenden Häftlingen gehörenden weiteren Häftling (Zigeuner) mit hat verladen und zur Tötung abtransportieren lassen; von dem ihm insoweit durch die Anklage gemachten Vorwurf des Mordes an diesem Häftling war der Angeklagte Böhm daher freizusprechen.

3. Erschießung von 30 jüdischen Häftlingen aus Lieberose.

Im Frühjahr 1945 erhielt der Angeklagte Böhm von einem der Schutzhaftlagerführer den Befehl, eine Gruppe von 30 Häftlingen aus Lieberose zum Krematorium zu bringen und sie in der dortigen GEnickschußanlage zu exekutieren. Der Angeklagte Böhm teilte daraufhin Blockführer ein, die die Häftlinge aus den Isolierblocks zum Krematorium führten, und ging selbst mit dem 2. Rapportführer, dem SS-Unterscharführer Becker, hinter den Häftlingen her zum Krematorium. Als er am Krematoriumsgebäude eintraf, waren die Häftlinge bereits dabei, sich dem Befehle der von dem Angeklagten Böhm hierzu angewiesenen Blockführer gemäß im Umkleideraum ihrer Kleider zu entledigen. Unter den Häftlingen herrschte große Unruhe, da die zur Bewachung eingeteilten Blockführer die Häftlinge aus Judenhaß mißhandelt hatten. Der Angeklagte Böhm wies die Blockführer zurecht und schickte sie aus dem Krematoriumsgebäude. Er zog sich einen weißen Arztkittel über und täuschte bei den Häftlingen, die er sich durch Becker einzeln in den "Untersuchungsraum" vorführen ließ und die der Meinung waren, sie sollten auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht werden, eine Körperuntersuchung vor: Er schaute ihnen in den Mund, ließ sie die Arme heben und sich von ihnen die Handflächen/zeigen. Im Anschluß hieran schickte der Angeklagte Böhm die Häftlinge einzeln in den Erschießungsraum, wo sie von ihm und dem ^{SS-}Unterscharführer Becker, mit dem er sich abredgemäß in die Erschießungen geteilt hatte, erschossen wurden, während Böhm auf dem Plattenspieler Marschmusik spielen ließ. In diesen Fällen,

in denen Böhm die Erschießung eigenhändig durchführte, folgte er dem soeben von ihm "untersuchten" Häftling auf den Durchgangsflur und begab sich, während der Häftling den Erschießungsraum betrat, in den nebenan gelegenen Schießraum. Dort wartete er schußbereit, bis der Häftling von dem im Erschießungsraum diensttuenden Angehörigen des Krematoriumskommandos veranlaßt wurde, sich arglos vor die Meßeinrichtung zu stellen, und gab sodann auf ihn den tödlichen Genickschuß ab. Der SS-Unterscharführer Becker verfuhr, wenn er zu schießen hatte, in gleicher Weise wie der Angeklagte Böhm.

Nach Durchführung der Erschießungen erschien auf Veranlassung von Böhm ein SS-Arzt im Krematorium und stellte den ^{der erschossenen Häftlinge} Tod/fest. Die Leichen wurden anschließend in den Krematoriumsöfen verbrannt.

Der Angeklagte Böhm läßt sich wie folgt ein: Im Frühjahr 1945, und zwar zu einer Zeit, zu welcher das Erschießungskommando Moll bereits aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen wieder abgerückt gewesen sei, habe er von einem Schutzhaftlagerführer - ^{von} ob/Kolb oder Höhn, wisse er nicht mehr - den Befehl erhalten, eine Gruppe von 30 jüdischen Häftlingen aus Lieberose zum Krematorium zu bringen und sie dort zu exekutieren. Er habe die Häftlinge durch Blockführer zum Krematorium führen lassen und sei mit dem SS-Unterscharführer Becker hinterhergegangen. Als er bei dem Krematorium angekommen sei, habe unter den sich bereits entkleidenden Häftlingen eine große Unruhe geherrscht, da die

Blockführer sie mißhandelt hätten. Er, Böhm, habe daraufhin die Blockführer aus dem Gebäude entfernt; die Häftlinge seien ihm für sein Eingreifen sehr dankbar gewesen, sie hätten allerdings nicht gewußt, daß sie unmittelbar darauf erschossen werden würden; vielmehr seien sie der Meinung gewesen, sie würden in den Krematoriumsgebäude, das ihnen als solches nicht bekannt gewesen sei, einer ärztlichen Untersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit unterzogen. Er, Böhm, habe sich, nachdem er die Blockführer davongeschickt habe, einen weißen Arztkittel übergezogen und bei den ihm von Becker einzeln im

Untersuchungsraum vorgeführten Häftlingen eine Scheinuntersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit vorgenommen. Im Anschluß hieran habe er sie einzeln in den Erschießungsraum geschickt, wo sie, während er, Böhm, auf dem Plattenspieler Marschnusik habe spielen lassen, von dem 2. Rapportführer Becker, vor der Meßeinrichtung stehend, aus dem Nebenraum hinterrücks erschossen worden seien. Als nur noch zwei oder drei Häftlinge übrig gewesen seien, habe Becker einen Fehlschuß getan. Der nicht tödlich getroffene Häftling habe schreiend vor der Meßeinrichtung am Boden gelegen, auch der Krematoriumshäftling Gärtner, der die Delinquenten vor die Meßeinrichtung zu stellen hatte, habe geschrien; er, Böhm, sei daraufhin in den Erschießungsraum gestürzt, habe seine Pistole gezogen und dem verwundeten Häftling "den Gnaden-schuß" gegeben. Nach der Erschießung der Häftlinge habe ein Arzt ihren Tod festgestellt.

Diese Einlassung des Angeklagten ist, soweit sie seine Beteiligung an der Durchführung der Erschießungen betrifft,

nicht glaubwürdig und zur Überzeugung des Schwurgerichts widerlegt. Der Angeklagte Böhm hat, wie er in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht ausdrücklich zugegeben hat, bei seiner am 4. Mai 1957 vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Düsseldorf durchgeführten Vernehmung (Band VII Blatt 104) wie folgt ausgesagt: ".....ich weiß nur, daß ich Befehl bekommen habe, eine Gruppe von Häftlingen, bei denen es sich um aus Lieberose gekommene Juden handelte, zu liquidieren.....Ich habe in Erinnerung, daß ich diese Gruppe von jüdischen Häftlingen, ich meine, es waren etwa 40 Mann, durch Blockführer zum Krematorium habe bringen lassen. Ich selbst bin mit dem 2. Rapportführer hinterhergegangen. Dieser hieß Becker, stammte aus Potsdam und war damals etwa 35 Jahre alt.Als wir in den Warteraum kamen, herrschte dort ziemliche Unruhe. Die Blockführer hatten Befehl gegeben, daß die Häftlinge sich entkleideten. Die Häftlinge schrien, da sie teilweise von den Blockführern mißhandelt wurden. Die Häftlinge wurden geschlagen, weil sie Juden waren. Ich selbst konnte es nicht leiden, wenn Häftlinge mißhandelt wurden. Ich verschaffte mir also Gehör und schickte die Blockführer heraus. Ich zog mir mir dann einen weißen Kittel an und ging in den nebenan liegenden Raum. Ich tat das, um zu markieren. Die Häftlinge sollten glauben, ich sei Arzt. Ich habe dann auch in dem Nebenraum den Häftlingen mit einem Spachtel den Mund geöffnet und hineingesehen. Ich habe sie die Arme heben lassen und eben so getan, als würden sie ärztlich untersucht. Ich bemerke, daß in den Warte- beziehungsweise Unkleideraum ein

Plattenspieler in Betrieb war. Das war üblich, wenn Häftlinge im Krematoriumsgelände liquidiert wurden. Ich habe die Häftlinge in dem Nebenraum jeweils einzeln "untersucht". Dann habe ich sie in den nebenan liegenden Erschießungsraum geschickt.....Nachdem ich jeweils einen Häftling in den Erschießungsraum geschickt hatte, ging ich in den nebenan liegenden Raum und schoß durch den Schießschlitz. Ich benutzte hierzu eine Olympia-Kleinkaliber-Pistole. Diese Art Pistole wurde allgemein benutzt, weil der Knall nicht sehr laut war und weil im allgemeinen nur der Einschuß später zu sehen war. Der getroffene Häftling sackte nach dem Schuß sofort zusammen und wurde von dem Angehörigen des Krematoriumskommandos aus dem Erschießungsraum in die nebenan gelegene Krematoriumshalle geschleppt.

Meiner Erinnerung nach habe ich bei dieser Gelegenheit nicht allein geschossen, sondern es hat sich auch der 2. Rapportführer Becker am Schießen beteiligt.

.....Ich erinnere mich auch noch, daß zum Abschluß der Aktion ein SS-Arzt erwchien und sich überzeugte, daß alle Häftlinge tot waren....."

Bei seiner weiteren Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Düsseldorf hat der Angeklagte Böhm am 9. August 1957 (Band VIII Blatt 140 ff), wie er in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, ausgesagt: "Was die Liquidierung von jüdischen Häftlingen angeht, die aus Lieberose stammten, so habe ich mir dieses Geschehen noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich möchte nunmehr meinen, es waren weniger als 40 Häftlinge, die bei dieser Aktion durch Becker und mich erschossen worden sind. Ich möchte meinen, wenn ich die Zahl 30 angebe, wird diese Zahl eher mit dem tatsächlichen Geschehen übereinstimmen...."

Das Schwurgericht ist davon überzeugt, daß jene Angaben des Angeklagten Böhm vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Düsseldorf der Wahrheit entsprachen, seine zu

diesen inhaltlich im Widerspruch stehende Einlassung in der Hauptverhandlung mithin eine wahrheitswidrige Schutzbehauptung darstellt. Denn es ist kein Anhaltspunkt dafür zu erkennen, daß der Angeklagte, der, wie oben unter C VI (angebliche Rückkehr der zwei Häftlinge in das Schutzhaftlager) und C VIII 2 (angebliche Unkenntnis von der Tötungsabsicht) dargelegt ist, wiederholt versucht hat, sich durch wahrheitswidrige Angaben von den gegen ihn erhobenen Schuldvorwürfen zu befreien, bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter sich zu Unrecht der aktiven Mitwirkung an der Durchführung der Erschießung der 30 jüdischen Häftlinge bezichtigt hätte. Der Angeklagte Böhm hat dies zwar in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht behauptet und mit der Angabe motiviert, die Schuld, die er bei seiner Tätigkeit im Konzentrationslager auf sich geladen habe, habe ihn danach so schwer bedrückt, daß er in seiner Wahrheitsliebe und in dem Bestreben, nichts von dem, was er wirklich getan habe, abzuleugnen, mehr Verfehlungen zugegeben habe, als er tatsächlich begangen habe. Das ist jedoch offensichtlich unwahr. Die Tatsache, daß er bei seiner zweiten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter die Zahl der von ihm im Verein mit Becker erschossenen Häftlinge von 40 auf 30 reduziert hat und daß er, wie er gleichfalls auf Vorhalt vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, nicht nur schon vor dem Untersuchungsrichter seine Mitwirkung an der Vergasung von 8 Zivilarbeitern (C IV 1) - möglicherweise der Wahrheit gemäß - in Abrede gestellt, die ihm vorgeworfene eigenmächtige Entsendung eines Häftlings (Zigeuners) zur Erschießung (C VIII 2)

auch schon bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bestritten und den Vorwurf, Häftlinge im Schutzhaftlager Sachsenhausen mißhandelt zu haben, wie feststeht der Wahrheit zuwider, von sich gewiesen hat, beweist, daß der Angeklagte

zu keinem Zeitpunkt, also auch nicht bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, aus bloßem Sühnebedürfnis Straftaten zugegeben hat, die er nicht begangen hat, sondern daß er vielmehr zu jeder Zeit bestrebt war, das Maß der von ihm eingestandenen Schuld so gering wie nur möglich zu halten. Da auch die Annahme, der Angeklagte Böhm habe bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter den 2. Rapportführer Becker - der Wahrheit zuwider - entlasten wollen, um deswillen ausscheidet, weil der Angeklagte auch schon damals die Mitwirkung des Becker an der Erschießung der Häftlinge angegeben hat, und da schließlich, wie die völlige Übereinstimmung der damaligen und der jetzigen Schilderung des Angeklagten von der Erschießung der Häftlinge - mit Ausnahme der Beteiligung des Angeklagten an den eigenhändigen Erschießungen - beweist, der Angeklagte zu jener Zeit auch keinem Irrtum und keiner Erinnerungstrübung zum Opfer gefallen ist, bleibt für den inhaltlichen Widerstreit der unterschiedlichen Angaben des Angeklagten nur die Erklärung, daß der Angeklagte vor dem Untersuchungsrichter sich wahrheitsgemäß eingelassen und in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht, möglicherweise in der Erkenntnis, daß Zeugen, die ihn zu überführen geeignet wären, nicht haben ermittelt werden können, seine aktive Mitwirkung an der Durchführung der Erschießungen als solchen der Wahrheit zuwider in dem

Bestreben, sich einer Bestrafung wegen dieser seiner Handlungen zu entziehen, abgestritten hat. Es steht daher zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß der Angeklagte Böhm die 30 jüdischen Häftlinge nicht nur hat zum Krematoriumsgebäude bringen lassen, sie zum Scheine untersucht und zur Erschießung durch den 2. Rapportführer Becker in den Erschießungsraum geschickt und einem angeschossenen Häftling den Gnadenschuß gegeben hat, sondern daß er im gewollten Zusammenwirken mit Becker, sich hierbei mit diesen abwechselnd, an der Erschießung der 30 Häftlinge eigenhändig beteiligt hat.

b). Rechtliche Würdigung.

aa. Die Tötung der 150 von dem Angeklagten Böhm zur Hinrichtung zusammengestellten und transportierten Häftlinge wie auch diejenige der von dem Angeklagten Böhm gemeinschaftlich mit dem SS-Unterscharführer Becker eigenhändig erschossenen 30 jüdischen Häftlinge war rechtswidrig. Wenn auch nicht im einzelnen hat festgestellt werden können, auf Grund welchen Befehls die Häftlinge getötet wurden, so steht doch jedenfalls mit Sicherheit fest, daß die Anordnung ihrer Tötung nicht auf gerichtlichen, in geordneten Verfahren ergangenen Urteilen beruhte. Die oben unter C II b) aa) angestellten Erwägungen gelten daher für die hier erörterten Fälle der Häftlingstötungen im gleichen Maße; auf sie wird Bezug genommen.

bb. Die Anordnung der Tötung der jüdischen Häftlinge beruhte auf niedrigen Beweggründen, und die Tötungen sind Heimtückisch durchgeführt worden: Sie wurden aus einer Gesinnung angeordnet, die den keiner Straftat schuldigen, lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum rassistisch mißachteten Häftlingen überhaupt jeden Menschenwert und jede Menschenwürde absprach und ihnen deshalb erbarmungslos diejenigen rechtlichen Sicherungen versagte, die nach der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung aller Kulturvölker selbst dem gebühren, der eine schwere strafbare Handlung begangen hat (BGH, Urteil vom 24. 6. 1955 -1 StR 55/55). Und die Häftlinge, die, selbst wenn sie bei ihrem Abtransport aus den Isolierbaracken gegewöhnt haben sollten, der Tötung zugeführt zu werden, doch jedenfalls zum Zeitpunkt ihrer Tötung wegen der ihnen eine ärztliche Untersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit geflissentlich vortäuschenden Umstände nicht (mehr) damit rechneten, alsbald getötet zu werden, wurden unter Ausnutzung ihrer Arg- und Wehrlosigkeit erschossen. Insoweit wird auf die unter C IV b) bb gemachten Ausführung, die auf die vorliegenden Tötungsfälle in gleicher Weise Anwendung finden, verwiesen. Die Tötung der 150 und der weiteren 30 Häftlinge qualifiziert sich daher als Mord im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB.

cc. Der Angeklagte Böhm hat durch seine Mitwirkung an der auf Anordnung namentlich nicht festgestellter höherer SS-Führer durchgeführten Tötung der 150 Häftlinge, deren Verladung und Abtransport er in der eingangs festgestellten

Weise geleitet und überwacht hat, den Taturhebern Beihilfe zum Mord geleistet: Er hat, wie festgestellt ist, gewußt, daß und auf welche Weise die Häftlinge in der im Industriebauhof gelegenen Genickschußanlage getötet werden sollten und würden, und er hat den Tätern mit dem Willen, ihre Tat durch seinen Tatbeitrag zu fördern, dadurch tätliche Hilfe geleistet, daß er die in der Isolierbaracke untergebrachten Häftlinge und den weiteren, durch den Zeugen Christensen herangebrachten Häftling aus der Gemeinschaft ihrer Mithäftlinge herauslöste, sie auf die bereitstehenden Lastkraftwagen verladete und veranlaßte, daß sie unter von ihm eingesetzter Bewachung zur Tötung in den Industriebauhof gebracht wurden. Dafür, daß der Angeklagte hier bei nicht nur als Tatgehilfe, sondern als Mittäter ^{vor dem Schwurgericht} gehandelt haben sich in der Beweisaufnahme/hinlängliche Anhaltspunkte nicht ergeben. Der Angeklagte hat weder durch den ihm erteilten Befehl gesteckten Rahmen seiner Mitwirkung an der Tötung dieser Häftlinge überschritten, noch hat er selbst eine maßgebliche, den Erfolg, den Zeitpunkt und die Art der Durchführung der Tat beeinflussende Tatherrschaft ausgeübt, noch hat er auf andere Weise erkennen lassen, daß er mit seinem Tatbeitrag nicht nur fremdes Tun fördern, sondern den Taterfolg durch gemeinschaftliches Zusammenwirken mit den Taturhebern selbst habe herbeiführen wollen.

Demgegenüber hat der Angeklagte Böhm bei der Erschießung der 30 jüdischen Häftlinge als Mittäter gehandelt: Er war, wie der Angeklagte Höhn und der Zeuge Kolb hervorgehoben haben,

auf Grund der für derartige Hinrichtungen bestehenden, auch dem Angeklagten Böhm bekannten allgemeinen Dienstvorschriften, ebenso, wie bei der Erschießung der zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Häftlinge (C IV 4), auch bei der Hinrichtung der 30 jüdischen Häftlinge lediglich verpflichtet, die Vorführung der Häftlinge zur Hinrichtungsstätte zu veranlassen und die Erschießungen unter der Leitung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers durchzuführen. Zur eigentlichen Erschießung der Häftlinge indessen konnte er sich der ihm zur Unterstützung beigegebenen Blockführer bedienen, und er war nicht verpflichtet, die Häftlinge selbst eigenhändig zu erschießen. Er hat diesen ihm durch allgemeine Dienstanweisungen übertragenen, auch durch Sonderbefehle der Lagerführung nicht abgeänderten Auftrag bei der Erschießung der 30 Lieberoser Häftlinge weit überschritten und sich hierbei eine Tatherrschaft eigenmächtig angemaßt, die ihm nach den ihm erteilten allgemeinen und besonderen Befehlen nicht zustand: Er hat nicht nur von der dienstweisungsgemäß erforderlichen Zuziehung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers abgesehen, sondern auch die Scheinuntersuchung der Häftlinge, die von einem SS-Arzt hätte durchgeführt werden müssen und mit welcher er als diensthabender Rapportführer nichts zu tun hatte, selbst ausgeführt. Darüber hinaus hat er sich nicht damit begnügt, die Erschießungen durch die ihm zugewiesenen Blockführer durchführen zu lassen und selbst sich auf die ein aktives Eingreifen nicht erfordern- de Beaufsichtigung der Erschießungen zu beschränken, sondern er hat aus eigener freier Entschliesung die zur Mitwirkung an der Hinrichtung eingeteilten

Blockführer weggeschickt und an deren Stelle, sich hierbei verabredungsgemäß mit dem 2. Rapportführer Becker abwechselnd, die Häftlinge selbst eigenhändig durch Genickschuß getötet. In diesem seinem Verhalten konkretisiert sich die von ihm, wie oben unter C IV b) cc) im einzelnen dargelegt ist, bei der Behandlung der Häftlinge im Schutzhaftlager Sachsenhausen allgemein an den Tag gelegte, die Anordnungen und Maßnahmen der Lagerführung generell bejahende Geistes- und Willenshaltung zu dem eindeutigen Kennzeichen des Willens, an den ihm aufgetragenen Erschießungen nicht nur als Helfer zu fremdem Tun mitzuwirken, sondern zu der Tötung der Häftlinge in der Weise beizutragen, daß sich sein Beitrag mit demjenigen der Taturheber zu einer auf die gemeinschaftliche Herbeiführung eines gemeinsam angestrebten Erfolges, nämlich der Tötung der Häftlinge, gerichteten einheitlichen Handlung vereinigte. Diese in dem tätigen Verhalten des Angeklagten zum Ausdruck gebrachte Willensrichtung aber kennzeichnet den Angeklagten Böhm als Mittäter (§47 StGB) an der Erschießung der Lieberoser Häftlinge. Dabei beschränkt sich seine Mittäterschaft nicht auf die - zahlenmäßig nicht mehr feststellbaren - Fälle, in denen er die Häftlinge selbst eigenhändig erschossen hat, sondern sie erstreckt sich auch auf diejenigen Erschießungen, die ihm verabredungsgemäß Wechsel der Schußabgabe von dem 2. Rapportführer, SS-Unterscharführer Becker, mit dem Willen und im Einverständnis des Angeklagten Böhm durchgeführt worden sind. Denn der seine Mittäterschaft begründende Täterwille des Angeklagten Böhm war nicht darauf gerichtet, eine bestimmte Anzahl der 30 zur Tötung bestimmten Häftlinge selbst zu töten,

sondern darauf, sämtliche 30 Häftlinge im gewollten gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit dem 2. Rapportführer Becker in der dargelegten heimtückischen Weise zu Tode zu bringen. Der Angeklagte Böhm hat daher an der Erschießung sämtlicher 30 Lieberoser Häftlinge als Mittäter mitgewirkt.

dd. Soweit hierbei der Angeklagte Böhm in Erfüllung eines Befehls in Dienstsachen gehandelt hat, bleibt er gemäß § 47 Satz 2 Ziff. 2 MilStGB gleichwohl strafrechtlich verantwortlich, denn er wußte zur Zeit der Tat, daß der ihm erteilte Befehl eine Handlung bezweckte, welche die Begehung eines Verbrechens betraf. Der Angeklagte kannte sämtliche Tatumstände der unter seiner Mitwirkung erfolgten Häftlingerschießungen, und er war sich zweifellos darüber klar, die befehlsgemäße Durchführung der Tötungen, bei welcher die Häftlinge geflissentlich in Unkenntnis über die ihnen bevorstehende Tötung gehalten und sodann arglos meuchlings erschossen wurden, nicht rechtens war, ihre Erschießung mithin die widerrechtliche Tötung von Menschen, also ein Verbrechen darstellte.

ee. Der Angeklagte, der, wie oben schon mehrfach dargelegt ist, sich bei seinem Verhalten im Schutzhaftlager, insbesondere auch bei seiner Mitwirkung an Häftlingstötungen, als williger, eifriger und den ihm erteilten Befehlen aus freien Stücken gehorchender Untergebener erwiesen hat, hat sich auch bei seiner Mitwirkung an den hier erörterten Erschießungen der Lieberoser Häftlinge nicht in einer Notstandslage (§§ 52, 54 StGB) befunden. Er hat sich, wie

insbesondere seine eigenmächtige Überschreitung des ihm durch die ihm erteilten Befehle gesteckten Handlungsrahmens bei der Erschießung der 30 jüdischen Häftlinge beweist, seinen Gehorsam nicht durch die für den Fall einer Befehlsverweigerung generell verhängten Strafdrohungen abnötigen lassen, sondern er ist den ihm erteilten Weisungen, unbeeinflusst von diesen Strafdrohungen, freiwillig und übereifrig nachgekommen. Für die Annahme einer Notstandslage ist daher kein Raum.

ff. Der Angeklagte Böhm wird von dem ihn treffenden Schuldvorwurf endlich auch nicht aus dem Gesichtspunkt des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB wegen mangelnder oder verminderter Schuldfähigkeit entlastet. Daß bei ihm weder Geistesschwäche noch Geisteskrankheit vorgelegen haben, ist oben unter C III b) gg) eingehend dargelegt und begründet worden; auf diese Ausführungen wird verwiesen. Dafür aber, daß der Angeklagte zur Zeit der hier erörterten Erschießungen Lieberoser Häftlinge an einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, ist keinerlei Anhalt hervorgetreten. Es ist daher festzustellen, daß die Fähigkeit des Angeklagten Böhm, das Un-erlaubte seines Handelns einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, zur Zeit der hier in Betracht stehenden Taten weder ausgeschlossen noch vermindert war.

Der Angeklagte Böhm hat sich daher der Beihilfe zum (von den Taturhebern , wie mangels entgegenstehender Feststellungen angenommen werden muß, durch einen einzigen Willens- und Handlungsakt angeordneten, also durch eine im natürlichen Sinne einheitliche Handlung begangenen) Mord

- an 150 Häftlingen - sowie des (hierzu im Verhältnis der Tatmehrheit stehenden) Mordes in 30 Fällen schuldig gemacht.

IX. Erschießung von Häftlingen auf dem Evakuierungsmarsch.

Wegen des Näherrückens der sowjetischen Streitkräfte wurde das Konzentrationslager Sachsenhausen am Abend des 21. April 1945 auf Befehl des Lagerkommandanten Kaindl evakuiert. Die Häftlinge, soweit sie nicht wegen Krankheit marschunfähig im Krankenblock zurückgelassen wurden oder sich verborgen hielten, um sich der Teilnahme an der Evakuierung zu entziehen, wurden in Gruppen zu je 500 Häftlingen eingeteilt, denen SS-Unterführer zur Führung und SS-Mannschaften sowie in SS-Uniform eingekleidete, bewaffnete Häftlinge, die sich freiwillig hierzu gemeldet hatten, zur Bewachung zugeteilt waren. Je drei dieser Marschblöcke wurden einem SS-Führer des Schutzhaftlagers oder des Wachbataillons unterstellt. Die dergestalt organisierten Marschgruppen wurden im Fußmarsch nacheinander in Richtung nach Lübeck in Marsch gesetzt.

Während des Evakuierungsmarsches, der wegen des Heranrückens russischer und amerikanischer Truppen in einem Wald bei Below endete, wurden zahlreiche Häftlinge, die nicht mehr marschfähig waren, fliehen wollten oder die Marschkolonnen verlassen hatten, um sich Lebensmittel zu beschaffen, von Bewachungsmannschaften erschossen und im Strassengraben liegen gelassen.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn, die Erschießung von zwei Häftlingen angeordnet und drei weitere Häftlinge eigenhändig erschossen zu haben.

1. Als der Marschblock, in dem sich der Zeuge Geißler befunden habe, in einer Ortschaft in Mecklenburg gelagert habe, habe ein junger französischer Häftling von einem Wagen, der vor einem Haus gestanden habe, eine Handvoll Kartoffeln weggenommen. Der Häftling sei dem Angeklagten Höhn vorgeführt und später auf dessen Veranlassung von zwei SS-Leuten erschossen worden.

2. Von dem Marschblock, in dem sich der Zeuge Schitt befunden habe, habe sich zwischen Marienburg und Wittstock ein Häftling entfernt und sei auf ein Haus zugelaufen. Als der Angeklagte Höhn, der sich in der Nähe befunden habe, dieses bemerkt habe, habe er einem Bewachungsposten namens Gustav Freytag zugerufen: "Was ist denn das, wo will denn der hin?" Freytag habe seiner Unmut darüber geäußert, daß gerade er dem Angeklagten Höhn aufgefallen sei. Zwei Häftlinge hätten den Häftling, der sich entfernt hatte, zurückgeholt, und Freytag habe ihn mit seiner Pistole erschossen, während der Angeklagte Höhn wenige Schritte entfernt gestanden habe.

3. Als der letzte Marschblock, der lediglich aus 28 Häftlingen bestanden habe, vor der Ortschaft Reinsberg einen vor ihm marschierenden Block eingeholt hatte, sei ihm der Befehl zum Überholen erteilt worden. Da das Überholen nach Meinung des Angeklagten Höhn nicht schnell genug

vonstatten gegangen sei, habe Höhn mit zwei Schüssen einen der Häftlinge des eingeholten Marschblocks und kurz darauf einen anderen Häftling erschossen und die Leiche des letzteren mit dem Fuße in den Straßengraben gestoßen. Nachdem die 28 Häftlinge den Marschblock überholt hatten, habe der Angeklagte Höhn noch einen anderen Häftling an den Straßenrand geschleift und ihn durch zwei Pistolenschüsse dort getötet.

Der Angeklagte Höhn bestreitet diese Vorwürfe. Er läßt sich im einzelnen wie folgt ein: Am Abend des 21. April 1945, als er bereits im Bett gelegen habe, sei er fernmündlich zum Kommandanten befohlen worden; als er sich bei diesem gemeldet habe, habe dieser ihm den Befehl zur Evakuierung des Lagers eröffnet.

Die Evakuierung des Lagers sei bis in alle Einzelheiten vorbereitet gewesen: Die Lagerbelegschaft sei in Gruppen zu je 500 Häftlingen eingeteilt gewesen, denen SS-Unterführer zur Bewachung zugeteilt worden seien. Je drei dieser Marschblocks hätten einem SS-Führer der Schutzhaftlagerführung oder des Wachbataillons unterstanden. Auch im übrigen seien Vorbereitungen für den Evakuierungsmarsch getroffen worden; die Ausgabe der Verpflegung sei organisiert gewesen, und er selbst habe angeordnet, daß jeder Häftling eine Decke und seine persönliche Habe mitnehme. Lediglich zum Marsch geeignetes Lederschuhzeug habe den Häftlingen nicht mehr zur Verfügung gestanden, da die Verwaltung den Lagerbestand an Lederschuhen und das Häftlingseigentum bereits

abtransportiert gehabt habe.

Kaindl

Nachdem er, Höhn, von dem Kommandanten/den Evakuierungsbe-
fehl und die Anweisung erhalten hab e, die Lagerbelegschaft
mit dem Ziel Wittstock in Marsch zu setzen, habe er sich ins
Lager begeben und den Lagerältesten alarmiert. In kaum 20
Minuten hätten die ersten drei Marschblocks in Stärke von
insgesamt 1500 Häftlingen am Tor marschbereit gestanden und
seien dort gepflegt worden. Vor dem Abmarsch habe er, der
Angeklagte Höhn, die Häftlinge über ihr Verhalten während des
Marsches nicht belehrt; insbesondere sei ein Befehl, Zurück-
bleibende zu erschießen, weder ihm erteilt noch von ihm be-
kannt gegeben worden. Die Häftlinge hätten aber ohnedies
aus Erfahrung gewußt, wie sie sich auf dem Marsch in Eskorte
zu verhalten hatten und daß auf Häftlinge, die die Marsch-
kolonne verließen, ohne Anruf scharf geschossen werde. Er,
Höhn, entsinne sich allerdings, daß der Kommandant Kaindl
und sein Adjutant Wessel die einzelnen Einheitsführer vor
dem Abmarsch noch belehrt hätten; er selbst aber sei weder
bei diesen Belehrungen zugegen gewesen, noch habe er selbst
Anweisungen ausgegeben.

Der Abmarsch der Häftlinge habe sich reibungslos während
der ganzen Nacht vollzogen. Er, Höhn, habe bis gegen Mit-
tag des 22. April 1945 am Lagertor gestanden und den Aus-
marsch überwacht. Gegen Mittag sei das Brot, das den Häft-
lingen auf dem Marsch mitgegeben worden sei, ausgegangen.
Kaindl habe daraufhin den Befehl gegeben, die Evaku-ierung

abzustoppen, bis neues Brot gebacken sei. Er, Höhn, habe sich in seine Unterkunft begeben und sich schlafen gelegt. Abends sei die Nachricht durchgedrungen, die Russen seien bis in die Nähe von Oranienburg vorgestoßen. Daraufhin habe Kaindl befohlen, die Evakuierung des Lagers unverzüglich fortzusetzen und die restlichen Häftlinge ohne Verpflegung abmarschieren zu lassen. Ihm, dem Angeklagten Höhn, habe Kaindl einen zweisitzigen Personenkraftwagen des Typs Fiat-Simka mit dem Fahrer Stracke zugeteilt und angeordnet, daß er sich nach der Räumung des Lagers in Marsch zu setzen und am nächsten Tage in Ravensbrück bei ihm zu melden habe. Nach dem Ausmarsch der letzten Marschkolonne - etwa 2500 bis 3000 Häftlinge, zumeist Kranke und Häftlingsärzte, seien im Lager zurückgeblieben - habe er mit seinem Fahrer Stracke als letzter das Lager verlassen, das Lagertor abgeschlossen und sei nach Ravensbrück gefahren, wo er am Vormittag des 23. April 1945 eingetroffen sei.

Gegen Mittag habe der Lagerkommandant Kaindl ihn zu sich befohlen und ihm in Gegenwart des Lagerarztes Dr. Baumkötter berichtet, Angehörige des Internationalen Roten Kreuzes seien mit den Marschkolonnen auf dem Marsch in Berührung gekommen und hätten festgestellt, daß Häftlinge während des Marsches erschossen worden seien. Hieraus hätten sich zwischen den Führern der Marschblöcke und den Angehörigen des Roten Kreuzes Differenzen ergeben. Er, Kaindl, habe ihm den Befehl erteilt, den Marschkolonnen entgegen zu fahren und die Einheitsführer anzuweisen, die

Tötung von nicht marschfähigen Häftlingen zu verbieten und zu veranlassen, daß die nicht mehr marschfähigen Häftlinge den örtlichen Polizeibehörden übergeben würden.

In Ausführung dieses Befehls sei er, Höhn, in Begleitung seines Fahrers Stracke zunächst nach Wittstock, dem Ziel des ersten großen Teilabschnittes des Evakuierungsmarsches, und von dort aus auf der vorgesehenen Marschstraße den Marschkolonnen in Richtung nach Neuruppin entgegengefahren und habe den Führern der ihm entgegenkommenden Marschblocks den Befehl des Lagerkommandanten Kaindl übermittelt.

Während des Evakuierungsmarsches habe er keinen Häftling erschossen und auch nicht befohlen, einen Häftling zu töten. Auf der ihm von Kaindl befohlenen Fahrt habe er jedoch viele erschossene Häftlinge an der Straße liegen sehen. Den ersten getö^eteten Häftling habe er in der Nähe von Krahnsee gesehen; er habe an seinem Aussehen feststellen können, daß der Häftling schon mindestens einen halben Tag tot gewesen sei. Als er, Höhn, sich in der Nähe dieses getöteten Häftlings aufgehalten habe, sei ein Wagen des Internationalen Roten Kreuzes herangekommen. Er habe bei ihm angehalten, und sein Insasse, ein Dr. Nägele, habe ihm wegen der Tötung des Häftlings Vorhaltungen gemacht. Er, Höhn, habe ihn darauf hingewiesen, daß er den Mann nicht erschossen habe und der Häftling schon mindestens einen halben Tag tot sei; Dr. Nägele habe sich von der Richtigkeit dieser Angaben überzeugt und Höhn darauf hingewiesen, daß diejenigen, die für

die Tötung von Häftlingen verantwortlich seien, verfolgt werden würden. Auf seine Aufforderung hin habe er, Höhn, ihm den Marschweg der Kolonnen genannt, die er, wie er ihm erklärt habe, mit Rotkreuz-Paketen zu verpflegen gedacht habe. Nachdem er, Höhn, ihm auch seine Personalien angegeben habe, habe er sich verabschiedet und sei weiter zu dem Lagerkommandanten Kaindl gefahren.

Das erste Marschziel des Evakuierungsmarsches sei der Wald von Below gewesen. In diesem Wald, der von Wachposten umstellt worden sei, seien die Häftlinge einfach ohne jede Verpflegung und Unterkunft hineingetrieben worden. Als er, Höhn, das gesehen und erkannt habe, daß ein solches Verfahren für die Häftlinge unerträglich gewesen sei, habe er den Führern der nachkommenden Marschkolonnen geraten, nicht nach Below zu marschieren, sondern sich anderweitig Unterkunft zu suchen.

Am nächsten Morgen habe ihm Kaindl den Auftrag erteilt, mit einem Pkw und einem Lastzug nach Heinrichsdorf zu fahren, um das dort auf dem Evakuierungsmarsch befindliche Frauenlager Hennigsdorf zu verpflegen und nach-zuziehen. Diese einzige Fahrt habe er ohne seinen Fahrer Stracke und in Begleitung des Krematoriumshäftlings Gärtner gemacht. Bei dieser Fahrt seien sie mit Marschkolonnen des Konzentrationslagers Sachsenhausen nicht in Berührung gekommen.

Als er, der Angeklagte Höhn, nach Erledigung des ihm erteilten Auftrages am 27. April 1945 nach Below zurückgekommen

sei, sei das Waldlager bis auf wenige Nachzügler schon geräumt gewesen, und Kaindl habe ihm den Befehl hinterlassen, sich bei ihm in Parchim zu melden. Als er, Höhn, dort eingetroffen sei, sei Kaindl nicht mehr da gewesen.

Am 1. Mai 1945 sei er dann in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten.

Diese Einlassung des Angeklagten ist durch das Ergebnis der Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht nicht widerlegt worden. Denn wenn auf Grund der Aussagen der Zeugen Strache, Metzler, Wieber, Paul und Wilhelm Bonnemann, Abel, Ballhorn, Rüb, Fabisch, Dachan und Simon feststeht, daß, wie auch der Angeklagte Höhn einräumt, während des Evakuierungsmarsches eine große Anzahl von marschunfähigen Häftlingen durch die Bewachungsposten erschossen würden, so hat die Beweisaufnahme doch nichts Hinlängliches dafür ergeben, daß der Angeklagte Höhn sich an diesen Häftlingstötungen durch Befehlserteilung oder eigenhändige Erschießungen beteiligt habe.

1. Der Zeuge Geißler hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht zwar folgendes bekundet: Am vierten oder fünften Marschtag habe der Marschblock, zu welchem der Zeuge gehört habe, gerade auf dem Hofe eines Bauerngehöftes neben der Straße gelagert, es seien gerade Kartoffeln unter die Häftlinge verteilt worden, als die Marschkolonne plötzlich den Befehl erhalten habe, aufzubrechen und weiterzumarschieren. Einige der Häftlinge hätten sich noch um den Wagen gedrängt, auf welchem^{sich} die Kartoffeln

befanden, um auch noch einige der Kartoffeln für sich zu bekommen. Die SS-Posten hätten, um auch diese Häftlinge zum Weitermarsch anzutreiben, auf sie eingeschlagen und mit ihren Gewehren in die Luft geschossen; hierbei sei einer der Häftlinge, ein junger Franzose, - ob durch einen gezielten Schuß oder aus Verschen, wisse er, der Zeuge, nicht - erschossen worden. Der Angeklagte Höhn habe an dem Kartoffelwagen gestanden und nichts unternommen, um die Schießerei, deren Gefährlichkeit er hätte erkennen müssen, zu verhindern. Er, der Zeuge Geißler, sei daher der Auffassung, daß Höhn an der Erschießung des französischen Häftlings schuldig sei.

Die Frage, ob der Angeklagte Höhn unter diesen Umständen an der von dem Zeugen geschilderten Erschießung des Häftlings mitschuldig geworden sei, bedarf indessen keiner näheren Prüfung. Denn das Schwurgericht hat sich nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die Darstellung des Zeugen den tatsächlichen Geschehensablauf zuverlässig wiedergibt. Der Zeuge Geißler hat nämlich, wie er vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter eine in wesentlichen Punkten von seiner jetzigen Aussage abweichende Darstellung von dem geschilderten Vorfall gegeben. Er hat bei jener Vernehmung am 13. Mai 1958 (Band XII Blatt 15a (18)) folgendes bekundet: Er habe während des Evakuierungsmarsches Höhn einigemal gesehen. Er habe im Zusammenhang mit ihm

noch folgendes Geschehen in bestimmter Erinnerung. Mit seinem Marschblock habe er am Ausgang eines kleinen mecklenburgischen Dorfes gelagert. Vor einem Bauernhaus habe ein Wagen gestanden, der mit Kartoffeln beladen gewesen sei. Einem jungen französischen Häftling sei es geglückt, sich ein paar von diesen Kartoffeln zu nehmen. Er habe sie in der Hand gehabt, als das von den SS-Leuten des Begleitkommandos bemerkt worden sei. Höhn sei zufällig kurz vorher gekommen und habe mit dem SS-Transportführer dieser Marschkolonnie gesprochen. Der junge Franzose sei zu ihm hingebracht und Höhn sei der Vorfall offensichtlich gemeldet worden. Kurz darauf seien zwei SS-Angehörige mit dem jungen Häftling ein Stück beiseite auf einen Acker gegangen, wo er niedergeschossen und liegen gelassen worden sei. Diese Erschießung müsse, so wie sich die Dinge abgespielt hätten, auf Befehl von Höhn erfolgt sein. Er, der Zeuge, habe es selbst gesehen, daß der junge Franzose erschossen worden sei.

Diese nicht nur in der Darstellung der allgemeinen Tat-
umstände, sondern insbesondere auch in der Frage der Tat-
des Angeklagten Höhn entscheidend
urheberschaft und aktiven Tatbeteiligung/voneinander ab-
weichenden Aussagen des Zeugen Geißler gestatten keine
zuverlässige Feststellung des Tatherganges mehr. Weder
kann festgestellt werden, daß die Angaben, die der Zeuge
vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat, dem Tatsachen-
verlauf mit Sicherheit entsprochen hätten, denn der Zeuge
hätte, wenn der Angeklagte Höhn wirklich die Erschießung

des Häftlings angeordnet und dieser Vorgang zuverlässig in die Erinnerung des Zeugen eingeprägt hätte, in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht jedenfalls auf Vorhalt seiner früheren Aussage sich jener Tatsachen mit Sicherheit wieder besonnen. Das hat er indessen nach seiner Bekundung nicht getan. Ebenso wenig kann aber auch seiner Aussage in der Hauptverhandlung mit einer jeden vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicherheit gefolgt werden; denn der Zeuge hat, nachdem ihm seine frühere Aussage zur Stützung seiner Erinnerung vorgehalten worden ist, eingeräumt, keine sichere Erinnerung mehr an den geschilderten Vorfall zu haben. Damit aber gestattet das Ergebnis der Beweisaufnahme nicht die Feststellung, der Angeklagte Höhn habe, seiner Einlassung zuwider, auf dem Evakuierungsmarsch an der Erschießung eines französischen Häftlings mitgewirkt. Der Angeklagte war daher von diesem Punkt der Anklage mangels Beweises freizusprechen.

2. Der Zeuge Schitt hat bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts am 18. September 1957 (Band IX Blatt 62) bekundet, er habe bei dem Evakuierungsmarsch schon unmittelbar nach Verlassen des Lagers die erste Schießerei gehört. Er habe dann auch gesehen, daß Häftlinge, die nicht schnell genug marschierten, erschossen worden seien. Auch habe er immer wieder tote oder sterbende Häftlinge am Straßenrand oder auf der Straße liegen gesehen.

Speziell könne er sich noch an folgenden Fall erinnern:
Er und die Häftlinge seines Marschblocks seien eines Vormittags zwischen Ma-ienburg und Wittstock marschiert.

Führer ihres Begleitkommandos sei ein SS-Oberscharführer Gustav Freytag gewesen. Dieser möge damals 50 Jahre alt gewesen sein. Er möge aus dem Rheinland oder der Pfalz zu Hause gewesen sein. Er sei seines, des Zeugen, Wissens früher nicht in Sachsenhausen gewesen. Nach seinen Erzählungen müsse er in irgendeinem östlichen Lager gewesen sein. Was aus ihm geworden sei, wisse er, der Zeuge, nicht. //

Plötzlich habe der Zeuge die Stimme Höhns gehört, der rief: "Was ist denn da los, wo will denn der hin?" Er, der Zeuge, habe Höhn hinter ihm auf der Straße stehen sehen, und er habe weiter gesehen, daß ein Häftling, der zu dem Marschblock gehört habe, sich von der Kolonne entfernt hatte und zur Seite hin auf Häuser zugelaufen sei. Freytag habe das auch gesehen und habe noch eine Bemerkung etwa des Inhalts gemacht, daß er ausgerechnet bei Höhn auffallen müsse. Zwei andere Häftlinge hätten den Häftling zurückgeholt, der sich entfernt gehabt habe, wie dieser Häftling geheißen habe, könne er nicht sagen. Er wisse nur, daß er aus Mannheim oder der Gegend von Mannheim her gestammt habe. Freytag habe dann diesen Häftling aus Mannheim mit seiner Pistole durch einen Kopfschuß erledigt. Er, der Zeuge, erinnere sich noch, daß er zunächst eine Ladehemmung gehabt habe, als er dem Häftling die Pistole an die Stirn setzte. Der Häftling sei dann liegen gelassen worden und der Marsch sei weitergegangen. Er, der Zeuge, sei überzeugt, daß der Häftling tot gewesen sei und daß Höhn diese Szene beobachtet habe, denn er sei ja nur wenige Schritte entfernt gewesen. //

Auch hier bedarf die Frage, ob die von dem Zeugen bekundete Anwesenheit des Angeklagten Höhn bei der Erschießung des Häftlings als Mitwirkung an seiner Tötung zu beurteilen sei, keiner Erörterung. Denn das Schwurgericht hat sich von der Richtigkeit der Schilderung des Zeugen nicht ^{zu}überzeugen vermocht. Der Zeuge Schitt ist vor der Hauptverhandlung verstorben; das Schwurgericht war daher außerstande, ^{seine} Glaubwürdigkeit auf Grund eines eigenen persönlichen ^{Eindruck} zu beurteilen. Der einzige vor dem Schwurgericht vernommene Zeuge, der zu diesem Vorfall Bekundungen hat machen können, der Zeuge Metzler, der, ebenso wie der Zeuge Schitt nach dessen Aussage, sich bei derjenigen Marschkolonne befunden hat, die als letzte das Konzentrationslager Sachsenhausen verlassen hat und am Ende der Häftlingskolonnen marschiert ist, hat von dem Vorfall die folgende, von derjenigen des Zeugen Schitt in wesentlichen Punkten abweichende Darstellung gegeben: Während des Evakuierungsmarsches habe er beobachtet, daß ein SS-Mann einen Häftling, der bei einem Friedhof ausgetreten und bereits wieder zur Marschkolonne zurückgekehrt gewesen sei, erschossen habe. Als der Häftling bereits tot gewesen sei, sei Höhn vorbeigekommen. Der SS-Mann habe die Erschießung gemeldet, Höhn habe aber abgewinkt und beiläufig geäußert, es sei schon gut.

Die beiden, offensichtlich den gleichen Vorgang wiedergebenden Bekundungen der Zeugen, sind mithin sachlich nicht miteinander zu vereinbaren. Das Schwurgericht war nicht in der Lage, dem Zeugen Schitt die Angaben des Zeugen Metzler

zur Stützung seines Gedächtnisses und zur möglicherweise erforderlichen Korrektur seiner Aussage entgegenzuhalten. Der Zeuge Eschricht, der nach seiner Bekundung in der gleichen Marschkolonne wie der Zeuge Metzler und damit auch wie der Zeuge Schitt marschiert ist, hat von diesem Vorgang überhaupt nichts wahrgenommen. Und schließlich ist die Einlassung des Angeklagten, er sei auf Befehl von Kaindl den Marschkolonnen entgegengefahren, um weitere Erschießungen zu verhindern, durch die Bekundung der Zeugen Kolb und Wessel bestätigt worden; seine Einlassung, er habe diesen Befehl auch ausgeführt, stimmt mit der Angabe des Zeugen Dr Adametz, er sei mit einem schwerkranken Häftling von dem Führer seiner Marschkolonne zurückgelassen und dem Bürgermeister des Dorfes Siggelkow zur Unterbringung übergeben worden, überein, und auch seine Einlassung, er habe die nachfolgenden Marschkolonnen gewarnt, in den Wald von Below zu marschieren, entspricht inhaltlich der Aussage des Zeugen Schleich, seine Marschkolonne habe auf Grund einer Warnung den Wald von Below gemieden. Angesichts all dieser Umstände vermochte das Schwurgericht nicht die zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderliche Gewißheit davon zu erlangen, daß der Angeklagte bei der Erschießung des Häftlings zugegen gewesen sei oder sich sogar an ihr beteiligt habe. Der Angeklagte war daher von diesem Punkt der Anklage ^{auch} mangels Beweises freizusprechen.

3. Der Zeuge Eschricht hat endlich bekundet, gesehen zu haben, daß der Angeklagte Höhn auf dem Evakuierungsmarsch

drei Häftlinge eigenhändig erschossen habe. Am 7. oder 8. Marschtage habe die Kolonne, zu der er, der Zeuge, wie auch der Zeuge Metzler gehört habe, auf einer glatten Teerchaussee, neben welcher beiderseits Sommerwege verliefen, kurz hinter Reinsberg Halt gemacht. Seine aus etwa 26 bis 28 Häftlingen bestehende Marschgruppe habe mit dem von ihr mitgeführten Handwagen etwa 50 m vor der ca. 500 Häftlinge zählenden Hauptmarschkolonne angehalten, und er, der Zeuge, habe, wie auch die übrigen Häftlinge, auf der Straße gesessen. Plötzlich habe er hinter sich einen Schuß fallen hören, und er habe gesehen, daß Höhn einen Häftling, der sich seitlich der Straße auf den Sommerweg hingewetzt hatte, erschossen habe. Höhn habe, als er ihn erblickt habe, noch die Pistole in der Hand gehalten. Kurz darauf habe Höhn noch einen zweiten Häftling erschossen, der sich gerade über den Straßengraben gebeugt und mit den Händen Wasser aus dem Graben geschöpft habe. Nur wenig später habe Höhn mit zwei Pistolenschüssen schließlich noch einen dritten Häftling erschossen, der sich gleichfalls angeschickt habe, aus dem Straßengraben Wasser zu trinken. Die Leiche dieses (dritten) Häftlings habe Höhn sodann mit dem Fuße von der befestigten Straße auf den Sommerweg gestoßen.

Kurze Zeit nach der Erschießung der drei Häftlinge sei in einem Kraftwagen ein Angehöriger des Internationalen Roten Kreuzes vorgefahren, habe Höhn wegen der Erschießungen Vorhaltungen gemacht und ihm gedroht, er werde das

noch verantworten müssen. Als der Angehörige des Internationalen Roten Kreuzes weitergefahren sei, habe Höhn die Führer des Marschblocks zusammengerufen und sie angewiesen, in Zukunft keine Häftlinge mehr zu erschießen.

Bei dem geschilderten Vorfall habe sich Höhn in Begleitung des Krematoriumshäftlings Gärtner befunden. Unmittelbar neben ihm, dem Zeugen, habe der Zeuge Metzler gestanden; er müsse den Vorfall beobachtet haben.

Auch diese Bekundung ist nicht geeignet, das Schwurgericht von ihrer inhaltlichen Richtigkeit zu überzeugen. Der Zeuge hat nämlich bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter am 14. März 1957 (Band VI Blatt 61 ff) den vorgeschilderten Vorfall, wie er in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, in wesentlichen Punkten abweichend von seiner jetzigen Schilderung, und zwar im einzelnen wie folgt dargestellt: Er habe am 21. April 1945 Sachsenhausen verlassen, und zwar abends gegen 10 Uhr. Er habe zu den letzten Häftlingen gehört, welche das Lager verlassen hätten. Es habe sich um eine Gruppe von etwa 28 Häftlingen gehandelt, die in der Küche, auf der Schreibstube und auf der KVA tätig gewesen seien. Bei dieser Gruppe hätten sich ca. 6 SS-Angehörige befunden. Höhn habe das Lager zum gleichen Zeitpunkt verlassen, und zwar mit einem Pkw. Er habe einen SS-Angehörigen als Fahrer bei sich gehabt und außerdem den Krematoriumshäftling Gärtner. Zu den SS-Angehörigen, die mit dieser Häftlingsgruppe marschiert seien, hätten nach der Erinnerung des Zeugen der

Rapportführer Böhm und Hempel gehört.

Von Berlin aus gesehen hinter Reinsberg habe er, der Zeuge, den Angeklagten Höhn noch einmal getroffen. Er, der Zeuge, und die mit ihm marschierenden Häftlinge hätten zu diesem Zeitpunkt bereits Anschluß an den Haupttreck gefunden. Höhn sei ihm entgegengekommen und habe mit seinem Wagen auf dem Sommerweg angehalten. Der Treck sei zum Stehen gekommen, und Höhn sei zu Fuß zu der Stelle gekommen, wo der Zeuge und die übrigen Häftlinge gestanden hätten, und habe mit dem Rapportführer Böhm gesprochen. Unmittelbar danach hätten der Zeuge und die in seiner Marschgruppe befindlichen Häftlinge den Befehl erhalten, den unmittelbar vor ihnen befindlichen Marschblock zu überholen. Sie hätten gerade mit dem Überholen angefangen - sie hätten einen zweirädrigen Handwagen bei sich gehabt, den sie selbst gezogen hätten - als der Zeuge einen Schuß gehört habe. Er habe sich umgedreht und gesehen, daß der Lagerführer Höhn eine Pistole in der Hand gehabt habe. Vor ihm habe ein Häftling gelegen. Höhn habe noch ein zweites Mal auf den dort liegenden Häftling geschossen. Höhn habe sich, in Marschrichtung gesehen, auf der linken Straßenseite befunden, und zwar auf dem Sommerweg.

Nach dem zweiten Schuß sei der Zeuge mit seiner Marschgruppe einige Meter weitergegangen, als er erneut einen Schuß gehört habe. Er habe gesehen, daß Höhn die Pistole noch in der Hand gehabt habe und daß wieder ein Häftling am Boden gelegen habe. Die Füße des Häftlings hätten noch auf dem

Sommerweg gelegen, ebenso der übrige Körper, von unten gesehen, etwa bis Brusthöhe. Höhn habe den Körper mit seinen Füßen gestoßen, so daß er in den Chausseeegraben gefallen sei. Das Auto des Höhn habe zu diesem Zeitpunkt zum Wenden angesetzt, und es wäre wohl sonst über den Häftling hinweggefahren. Böhm habe sich unmittelbar neben Höhn befunden.

Als der Zeuge und seine Marschgruppe sich dann an die Spitze des Marschblocks gesetzt hätten, habe er, der Zeuge, gesehen, daß Höhn einen Häftling, der zusammengebrochen gewesen sei und sich unmittelbar hinter der Marschgruppe des Zeugen befunden habe, am Kragen ergriffen und ihn an den Chausseerand geschleift habe. Dort habe Höhn ihn durch zwei Pistolenschüsse erledigt. Bei diesem Häftling habe es sich um einen Asozialen gehandelt, denn er, der Zeuge, habe den braunen Winkel gesehen. Diesen Häftling habe Böhm am Straßenrand liegen lassen. Böhm habe sich während dieses Vorfalles mehr auf der Mitte der Straße befunden.

Unmittelbar nach diesen Erschießungen sei ein Fahrzeug des Internationalen Roten Kreuzes aus Richtung Berlin herangekommen; einer der Insassen habe den Angeklagten Höhn wegen der Erschießungen zur Rede gestellt und ihm Bestrafung angedroht. Nach etwa 10 Minuten sei ein mit einem Roten Kreuz gekennzeichneter Lastkraftwagen mit Anhänger gekommen, und die Häftlinge des Marschblocks seien aus diesem mit Care-Paketen verpflegt worden.

Auf den Vorhalt dieser seiner früheren, von seiner vor

dem Schwurgericht abgegebenen Darstellung in wesentlichen Punkten abweichenden Aussage hat der Zeuge erklärt, wegen der seit seinen Erlebnissen auf dem Evakuierungsmarsch verstrichenen langen Zeit sei seine Erinnerung nicht mehr in allen Einzelheiten zuverlässig; er sei jedoch davon überzeugt, daß seine Aussage vor dem Schwurgericht den Sachverhalt richtig wiedergebe.

Das Schwurgericht hat indessen diese Gewißheit nicht zu erlangen vermocht. Es muß schon als unwahrscheinlich gelten, daß der Angeklagte Höhn, der, wie durch die Aussagen der Zeugen Kolb und Wessel erwiesen ist, /den Marschblocks entgegengefahren ist/ um weitere Häftlingserschießungen zu verhindern, auf dieser Fahrt dem ihm erteilten und von ihm an die Führer der Marschblocks weitergegebenen Befehl des Lagerkommandanten zuwider ohne sichtbaren besonderen Anlaß eigenhändig Häftlinge erschossen hätte. Die sich bereits hieraus ergebenden Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung des Zeugen Eschricht werden bestärkt durch die aufgezeigten erheblichen Abweichungen, die in den beiden Aussagen dieses Zeugen zutage getreten sind und auf eine nur unzuverlässige Erinnerung des Zeugen an die geschilderten Vorfälle schließen lassen, sowie durch die insoweit glaubhaften Einlassungen der Angeklagten Böhm und Hempel, die übereinstimmend ausgesagt haben, während des Evakuierungsmarsches bis zum Eintreffen im Waldlager Below nicht mit dem Angeklagten Höhn in Berührung gekommen zu sein. Diese Zweifel verdichten sich weiter durch die Aussage des Zeugen Metzler. Dieser Zeuge hat,

obwohl er nach seiner insoweit mit der des Zeugen Eschricht übereinstimmenden Aussage zu der nur 28 Häftlinge umfassenden Marschgruppe gehört hat, in deren unmittelbarer Nähe sich der von dem Zeugen Eschricht geschilderte Vorfall ereignet haben soll, und obwohl er sich nach der Aussage des Zeugen Eschricht während des Vorfalles in nächster Nähe dieses Zeugen aufgehalten haben soll, nach seiner glaubwürdigen Aussage nichts davon wahrgenommen, daß der Angeklagte Höhn drei Häftlinge eigenhändig erschossen hätte. Der Zeuge Metzler hat lediglich bekundet, der Angeklagte Höhn sei insgesamt zweimal bei ihm vorbeigefahren. Einmal sei er bei seinem Marschblock kurz vor Neuruppin mit Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes zusammengetroffen; kurz zuvor seien in der Nähe Häftlinge erschossen worden, und Höhn sei von den Vertretern des Roten Kreuzes darauf hingewiesen worden. Daß er beobachtet oder sonstwie festgestellt hätte, daß der Angeklagte Höhn auf dem Evakuierungsmarsch selbst Häftlinge erschossen habe, hat der Zeuge ausdrücklich verneint. Endlich hat der Zeuge Stracke glaubhaft ausgesagt, er habe sich bei der gesamten Fahrt an den Marschkolonnen entlang als Fahrer des Angeklagten Höhn ständig in dessen Nähe befunden; bei dieser Fahrt habe Höhn keinen Häftling erschossen und auch keine Erschießung angeordnet oder zugelassen; auch sei Höhn auf dieser Fahrt niemals von dem Krematoriumshäftling Gärtner begleitet worden.

Auf Grund dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme hat das Schwurgericht nicht die Überzeugung davon zu gewinnen

vermocht, daß der Angeklagte Höhn auf dem Evakuierungsmarsch drei Häftlinge eigenhändig erschossen habe; der Angeklagte Höhn war daher auch von diesem Punkte der Anklage mangels Beweises freizusprechen.

D.

Strafbarkeit der Angeklagten.

I. Nach alledem haben sich die Angeklagten wie folgt schuldig gemacht:

der Angeklagte Höhn des Mordes in 8 Fällen (C IV 4), der Beihilfe zum Mord in 5 Fällen (C II 1, C III, C IV 1, C IV 4 und C VI) sowie der Beihilfe zum Totschlag in 2 Fällen (C II 2 und 3);

der Angeklagte Böhm des Mordes in 41 Fällen (C IV 4, C VI und C VIII 3) sowie der Beihilfe zum Mord in 5 Fällen (C III, C IV 2, C IV 4, C VI und C VIII 2);

der Angeklagte Hempel der Beihilfe zum Mord in 3 Fällen (C I, C IV 4 und C VI).

Sie waren unter Freisprechung von der Anklage im übrigen demgemäß zu bestrafen.

II. Kein Verbrauch der Strafklage.

Einer Verurteilung der Angeklagten Höhn und Hempel durch das Schwurgericht steht aus proze^{recht}ßlichen Gründen nicht entgegen, daß die beiden Angeklagten bereits durch das Urteil des Militärtribunals der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 1. November 1947 für ihre Tötungshandlungen im Konzentrationslager Sachsenhausen, insbesondere für ihre Teilnahme an den Russenerschießungen, mit lebenslänglicher Haft mit Zwangsarbeit bestraft worden sind. Durch dieses Urteil ist die Strafklage nicht verbraucht. Denn bei dem sowjetischen Militärtribunal hat es sich nicht um ein deutsches Gericht gehandelt. Wenn auch das Militärtribunal innerhalb des deutschen Staatsgebietes Recht sprach und wenn auch im Jahre 1947 die faktische Regierungsgewalt in Deutschland bei den vier Besatzungsmächten lag, so waren doch insoweit die Besatzungsmächte nicht Träger der deutschen Staatsgewalt, und das Militärtribunal leitete seine Jurisdiktionsbefugnis deshalb nicht aus der deutschen Hoheitsgewalt, sondern aus derjenigen der das deutsche Staatsgebiet besetz haltenden Nationen ab. Daher war das Militärtribunal ein ausländisches Gericht im Sinne des deutschen Strafrechts (BGH St 6, 176 mit weiteren Hinweisen). Die Tatsache, daß die Bundesrepublik im ersten Teil Artikel 7 des Vertrages zur Regelung der aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen - "Überleitungsvertrag" - (in der/^{gemäß}Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik

Deutschland geänderten Fassung) den ehemaligen westlichen Besatzungsmächten in gewissem Rahmen die Beachtung der Urteile der Besatzungsgerichte zugesichert hat, berührt die hier zu treffende Entscheidung nicht, da derartige vertragliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR nicht bestehen. Im übrigen aber würde das Urteil des sowjetischen Militärtribunals eine neue Verurteilung der Angeklagten Höhn und Hempel durch ein deutsches Gericht auch dann nicht hindern, wenn - zur Gewährleistung der Rechtsgleichheit - zugunsten der Angeklagten die Bestimmungen des Überleitungsvertrages (sinngemäß) anzuwenden wären. Die Angeklagten sind nämlich von dem sowjetischen Militärtribunal wegen der Begehung von Kriegsverbrechen verurteilt worden. Verurteilungen der Besatzungsgerichte wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit werden aber gemäß Artikel 6 Abs. 11 des Überleitungsvertrages durch die deutsche Staatsgewalt nicht anerkannt, wenn nicht die Strafe des Verurteilten bereits verbüßt ist oder in einer alliierten Strafanstalt verbüßt wird (BGH St 12, 36). Diese Voraussetzung ist aber bei den Angeklagten Höhn und Hempel nicht erfüllt; beide Angeklagten sind nach Verbüßung lediglich eines Teiles der gegen sie erkannten Strafe (und ohne daß ihnen der Strafreis erlassen worden wäre) in das Gebiet der Bundesrepublik entlassen worden.

Schließlich geschieht den Angeklagten Höhn und Hempel mit der hiernach zulässigen erneuten Verurteilung durch das Schwurgericht auch kein Unrecht, da die Vorschrift des § 7 StGBsinngemäß auch für durch die Besatzungsgerichte

Verurteilte gilt (BGH St 6, 179), die von den Angeklagten bereits in der sowjetischen Haft verbüßte Strafe also auf eine in diesem Verfahren gegen die Angeklagten zu verhängende ^{zeitliche} Freiheitstrafe anzurechnen ist.

III. Strafzumessung.

1. Das Maß der hiernach gegen die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel zu verhängenden Strafe mußte einerseits dem Grade der Sühne entsprechen, den ihre Straftaten erheischen: Die Gefangenen und Häftlinge, die im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert waren, waren, wie die Angeklagten wußten, zumindest zum überwiegenden Teil ohne jede nach den strafrechtlichen Grundsätzen der abendländischen Kultur nationen meßbare Schuld allein, weil sie in den Streitkräften ihrer Völker der deutschen Kriegführung mißliebige Funktionen bekleidet hatten, einer nach der nationalsozialistischen Weltanschauung verachtenswerte Rasse zugehörten, der Ideologie und den Maßnahmen der nationalsozialistischen Gewalthaber nicht zustimmten oder weil sie aus anderen opportunistischen Gründen als unbequem angesehen wurden, durch jede Rechtlichkeit bare, rein willkürlichen Gewaltakte ihrer Freiheit beraubt worden. Sie hatten in ihrer Haft eine ihre Menschenwürde gänzlich mißachtende, von Willkür und Grausamkeit bestimmte Behandlung erlitten und wurden schließlich, zum überwiegenden Teil wiederum, ohne sich im rechtsethischen Sinne schuldig gemacht zu haben, und unter Versagung aller derjenigen Rechtsgarantien, welche die Rechtsordnungen aller

Kulturnationen selbst dem Schwerverbrecher gewähren, aus bloßen von dem nationalsozialistischen Denken geleiteten Zweckmäßigkeitserwägungen erbarmungslos dem Tode zugeführt. Die Angeklagten haben sich der Mitwirkung an diesen Straftaten nicht entzogen, obwohl dies möglich gewesen wäre. Zwar verkennt das Schwurgericht nicht, daß eine offene Befehlsverweigerung ebenso wie die ausdrückliche Bekundung des Willens, von der Tätigkeit im Konzentrationslager entbunden zu werden, nicht geeignet gewesen wäre, eine anderweitige Verwendung der Angeklagten herbeizuführen. Indessen haben sowohl der Angeklagte Böhm als auch die Zeugen Kolb und Wessel eindeutig und glaubhaft hervorgehoben, daß zum Dienst im Konzentrationslager ungeeignete SS-Angehörige alsbald aus dem Konzentrationslager wieder wegversetzt worden seien, und der Angeklagte Höhn hat ausdrücklich dargelegt, der eine Zeitlang als 2. Rapportführer eingesetzt gewesene SS-Unterscharführer Palmier sei, da er zur Mitwirkung an den Häftlingstötungen außerstande gewesen sei, versetzt und einer anderen Tätigkeit zugeführt worden. Daraus folgt, daß solche SS-Angehörige, die wegen unüberwindlicher innerer Widerstände nicht in der Lage waren, sich an den im Konzentrationslager/begangenen Straftaten zu beteiligen, von ihrer Verpflichtung zur Mitwirkung befreit und anderweitig eingesetzt worden sind. Die Angeklagten indessen haben sich durch ihr im Schutzhaftlager Sachsenhausen an den Tag gelegtes Verhalten als zur Mitwirkung an der dort geübten Häftlingsbehandlung geeignet erwiesen, und sie haben sich in Kenntnis der Unmenschlichkeit, welcher die Häftlinge im

Konzentrationslager ausgesetzt waren, willig, ohne menschliches Mitleid und ohne moralische Hemmungen an der Tötung einer Vielzahl solcher Häftlinge beteiligt, Das läßt aber eine derart verwerfliche Sinnesrichtung und ein so hohes Maß von Schuld erkennen, daß dem durch diese Taten ausgelösten Sühnebedürfnis der Allgemeinheit nur durch eine harte Bestrafung der Angeklagten Rechnung getragen werden kann.

Andererseits aber mußte gebührend berücksichtigt werden, daß die Angeklagten sämtlich nach ihrem bürgerlichen Vorleben und dem persönlichen Eindruck, den sie in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hinterlassen haben, offensichtlich nach ihrer natürlichen Veranlagung nicht zum Verbrechen, insbesondere nicht zur Tötung von Menschen tendieren, daß sie vielmehr, wäre ihnen ihre Zugehörigkeit zur SS - die mit Sicherheit keiner der Angeklagten mit dem Ziele, solche Straftaten zu begehen, gesucht hat - und ihre Tätigkeit im Konzentrationslager erpart geblieben, aller Wahrscheinlichkeit nach ein straf- und beanstandungsfreies, menschlich unauffälliges bürgerliches Leben geführt hätten und nur durch die äußeren Umstände, die während ihrer Zugehörigkeit zur SS und während ihrer Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen auf sie einwirkten, zur Begehung der hier abgeurteilten Straftaten verleitet, jedenfalls aber maßgeblich bestimmt worden sind. Das gilt nicht nur für die Angeklagten Höhm und Hempel, die, wie eingangs unter A II und III eingehend dargelegt ist, in einer bürgerlich ehrbaren Umgebung und in geordneten Familienverhältnissen aufgewachsen sind, achtbare Berufe erlernt und

ausgeübt, Familien gegründet und ein straffreies Leben geführt, sich hierbei auch nicht durch politischen Fanatismus oder eine den später von der SS-Führung in den Konzentrationslagern durchgeführten Maßnahmen entsprechende oder auch nur verwandte Geisteshaltung hervorgetan haben. Auch der Angeklagte Höhn ist kein geborener brutaler, gewissenloser Verbrecher. Er hat nicht nur, ebenso wie die Angeklagten Böhm und Hempel, vor seiner Einziehung zur SS-Totenkopftruppe ein straffreies, geordnetes und ehrbares Leben geführt, sondern er hat sich, als er innerhalb der Deutschen Turnerschaft ehrenamtlich Führungsstellen übernahm, sich der evangelischen Inneren Mission angeschlossen und die Stelle eines Erziehers im Erziehungsheim Bennighof übernahm, durch eine besonders selbstlose, aufopfernde und idealistische Gesinnung ausgezeichnet und im Erziehungsheim Bennighof eine geradezu vorbildliche menschliche Charakterhaltung an den Tag gelegt..Der jetzt 48 Jahre alte Zeuge Grünig, der als Gastwirt in Mimmehausen/Kreis Überlingen lebt und sich für dieses Strafverfahren aus eigenem Antrieb als Zeuge zur Verfügung gestellt hat, hat bekundet, er sei im Jahre 1927 als schwer erziehbarer Jugendlicher in die Erziehungsanstalt Bennighof eingeliefert worden. Die erste Zeit, die er dort erlebt habe, sei außerordentlich niederdrückend und traurig gewesen; zu seinen Erziehern, die durchweg streng und wenig persönlich gewesen seien, habe er keinen Kontakt gefunden, und er sei mehrmals aus der Anstalt entwichen. Dann sei der Angeklagte Höhn als Erzieher, Lehrer und Schneider in die Erziehungsanstalt gekommen; er habe einen Sportverein für die Zöglinge gegründet und auch bei ihm, dem Zeugen,

um seinen Eintritt geworben. Nach anfänglichem Zögern sei er dem Verein schließlich beigetreten. Er, der Zeuge, sei in der Folgezeit etwa 3 Jahre mit Höhn zusammen gewesen. Höhn habe sich DABEI : als hervorragend anständiger, menschlich verständnisvoller und gütiger Erzieher erwiesen, und es sei ihm gelungen, die Zöglinge zu einer festen Familie zusammenzuschweißen. Während die anderen Erzieher mit Knüppeln die Disziplin unter den Zöglingen aufrecht erhielten, habe Höhn ihnen mit Güte und Liebe geholfen, er habe sie vor Strafe bewahrt, seine dienstfreie Zeit mit ihnen verbracht und mit ihnen Wanderungen unternommen. Er sei bei allen Zöglingen wie ein Vater beliebt gewesen und habe es erreicht, daß keiner der Zöglinge mehr - auch der Zeuge nicht, der zunächst als unverbesserlich gegolten habe - aus der Anstalt entwichen sei. Höhn sei mit Abstand der beste Erzieher des Heimes gewesen, und daß aus ihm, dem Zeugen, noch "etwas geworden" sei, habe er ausschließlich dem Angeklagten Höhn zu verdanken.

Diese offenherzigen, aufrichtigen und offensichtlich wahrheitsgetreuen Angaben dieses Zeugen werden bestätigt durch die Aussage der Zeugin Steinel, die den Angeklagten Höhn im Jahre 1932 in Bennighof, wo auch sie berufstätig war, kennengelernt und ihn als einen sympⁿatischen, gütigen und besonders guten Erzieher geschätzt hat.

Aber auch während seiner Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsen-hausen hat der Angeklagte Höhn positive Charakterzüge durchblicken lassen: Der Zeuge Kriesche hat bekundet,

er sei überzeugt, daß Höhn ihn dadurch vor dem Tode gerettet habe, daß er, als der Zeuge als Lagerältester von Lieberose von einem BV-er wegen angeblichen Schwarzhörens denunziert und daraufhin vor einer Sonderkommission durch einen Obersturmführer vernommen worden sei, sich für ihn verwandt und dem Obersturmführer erklärt habe, er traue ihm, dem Zeugen, eine solche Verfehlung nicht zu und sei davon überzeugt, daß in den gegen ihn erhobenen Vorwürfen nur verleumderische Anwürfe zu erblicken seien. Der Zeuge Harz hat glaubhaft bekundet, im Lager sei zwischen den Häftlingen heftig intrigiert worden. Sein Bruder, der gleich ihm in Sachsenhausen inhaftiert gewesen sei, sei von anderen Häftlingen, angeblich, weil er sich an einer Plünderung beteiligt habe, bei der Lagerleitung denunziert worden. Der Angeklagte Höhn habe dafür gesorgt, daß die Sache niedergeschlagen wurde und sein, des Zeugen, Bruder am Leben geblieben sei. Der Zeuge Hirsch hat dem Angeklagten Höhn bescheinigt, er habe, als er noch im Klinkerwerk von Sachsenhausen eingesetzt gewesen sei, offensichtlich wiederholt "ein Auge zugedrückt" und geflissentlich übersehen, wenn der Zeuge beim Verpflegungsempfang den Häftlingen mehr Brot habe zukommen lassen, als ihnen zugestanden habe. Der Zeuge Lankisch von Hoernitz hat ausgesagt, der Angeklagte habe, als in seinem, des Zeugen, Block bei einer Durchsuchung Waffen und Munition gefunden worden seien, diese Feststellungen gegenüber der Lagerkommandantur offenbar unterdrückt, so daß der Fund keine nachteiligen Folgen für die Häftlinge gehabt habe. Endlich haben die Zeugen Flegel und Rüb übereinstimmend bekundet, der Angeklagte Höhn habe sich nach einem Fliegerangriff auf

das Außenlager "Auer-Werke" um die Rettung der dort eingesetzten weiblichen Häftlinge persönlich bemüht und unter Einsatz seines eigenen Lebens geholfen, die Frauen aus eingestürzten Stollen und brennenden Baracken herauszuholen. Dies hätten die Frauen, die nach dem Fliegerangriff in das Hauptlager Sachsenhausen gekommen seien, den beiden Zeugen selbst erzählt. Höhn habe auch veranlaßt, daß die Frauen nach dem Fliegerangriff mit Kaffee und Zigaretten versorgt worden seien.

Auch auf dem Evakuierungsmarsch hat der Angeklagte Höhn, der als einziger der SS-Führer sich nicht vorzeitig "abgesetzt" hat, sondern bis zuletzt bei den Häftlingen verblieben ist, menschliche Regungen gezeigt: Der Zeuge Lübke hat glaubhaft bekundet, auf dem Evakuierungsmarsch habe ihn Höhn einmal unterwegs auf der Straße stehen sehen und ihn gefragt, woher es komme, daß er, der Zeuge, so schlecht aussähe. Auf seine Antwort, er habe seit Beginn des Marsches keine Verpflegung mehr erhalten, habe Höhn ihn mit einem Krankentransport nach Neuruppin geschickt, damit er dort Verpflegung empfangen könne. Der Zeuge Strache hat bekundet, während des Evakuierungsmarsches hätten an einer Raststätte jüdische Kinder den Angeklagten Höhn bestürmt, sie hätten Hunger und Durst. Höhn habe sofort Kaffee für sie kochen lassen, er habe ihnen auch aus eigener Care-Paketen Schokolade geschenkt.

Schließlich hat der Angeklagte Höhn sich jederzeit und auch in dem vorliegenden Strafverfahren, in welchem er zur Aufklärung des Sachverhaltes aus freien Stücken wesentlich beigetragen hat, offen und einsichtig zu seinen Taten bekannt und

sich während seiner Strafhaft in dem sowjetischen Zwangsarbeitslager Workuta als selbstloser und aufopfernder Kamerad erwiesen. Der Zeuge Bedynek hat glaubhaft bekundet, er sei im Juli 1944 als Infanterist in russische Kriegsgefangenschaft geraten und 1948 von einem sowjetischen Gericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Seine Strafe habe er im Lager Workuta teilverbüßt. Dort habe er pro Tag 12 Stunden arbeiten müssen, dazu seien noch je 2 Stunden An- und Abmarschzeit gekommen; nur zweimal am Tage seien die dort Inhaftierten gepflegt worden. Im September 1948 sei er, der Zeuge, völlig entkräftet und arbeitsunfähig gewesen. Er sei zunächst in stationäre Lazarettbehandlung gekommen, dann sei er während der Zeit seiner Rekonvaleszenz in der Schneiderwerkstatt beschäftigt worden. In der Schneiderwerkstatt sei auch der Angeklagte Höhn tätig gewesen. Er sei von allen der beste Schneider gewesen und habe deshalb oft Arbeiten für Offiziere und Soldaten der russischen Bewachungsmannschaften ausführen müssen. Als Gegenleistung habe er von den Russen Brot und andere Lebensmittel erhalten. Diese Lebensmittel habe Höhn restlos an kranke und entkräftete Gefangene, gleichgültig, welcher Nation und Rasse, und ohne Rücksicht darauf, ob er die Gefangenen persönlich gekannt habe oder nicht, abgegeben; sogar von seiner eigenen, gänzlich unzureichenden Lagerverpflegung habe er anderen Gefangenen mitgegeben. So entsinne er, der Zeuge, sich, einmal gesehen zu haben, ^{daß Höhn} als er gerade im Speiseraum im Begriff gewesen sei, ein Stück Brot in den Mund zu schieben, und dabei sein Blick auf einen anderen, halb verhungerten Mitgefangenen gefallen sei, das Brot wieder

vom Munde genommen und es diesem Gefangenen gegeben habe. Er, der Zeuge, habe vor Höhn und der von ihm im Lager Workuta gezeigten Charakterhaltung die größte Hochachtung; die meisten seiner Mitgefangenen seien nur auf ihre eigenen Interessen bedacht gewesen, nur sehr wenige von ihnen hätten sich in selbstloser Weise auch um das Wohl ihrer Mitgefangenen bemüht. Zu diesen letzteren habe Höhn in erster Linie gehört. Er, der Zeuge, habe auch oft bemerkt, daß Höhn mit den russischen Bewachungsmannschaften gestritten habe, um zu erreichen, daß in seiner Werkstatt eingesetzten Gefangenen, die nach seiner Meinung noch nicht wieder voll arbeitsfähig gewesen seien, der Genuß der Wärme und der leichteren Arbeitsbedingungen in der Schneiderwerkstatt erhalten blieb. Er, der Zeuge, sei überzeugt, daß er der selbstlosen Kameradschaftlichkeit von Höhn sein Leben verdanke; außer ihm habe Höhn mindestens 100 anderen Gefangenen ebenso geholfen, darunter auch Ungarn, Rumänen, Polen und Russen. Diese Bekundung, an deren Richtigkeit zu zweifeln das Schwurgericht keinen Anlaß sieht, ist in ihren wesentlichen Zügen bestätigt worden durch die Aussage des Zeuge Pappert, der gleichfalls in Workuta inhaftiert war und den Angeklagten Höhn nach seiner glaubhaften Aussage dort als hochanständigen, selbstlosen, überall beliebten Kameraden besonders geschätzt hat.

Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel, die hiernach ihrer persönlichen Veranlagung nach nicht zu der Begehung von Verbrechen geneigt haben, waren während ihrer Tätigkeit im

Konzentrationslager, gleich den übrigen Angehörigen der SS-Totenkopfverbände, einer durch laufende und intensive Unterrichte, bekanntgemachte Befehle und Ansprachen ausgeübt, von der oberen der SS-Führung planmäßig gelenkten Beeinflussung ausgesetzt, jeden Befehl des "Führers" und der unmittelbaren Vorgesetzten als dem Wohle des deutschen Volkes bestimmte und dienende Anordnung kritiklos hinzunehmen und, insbesondere, soweit sie sich gegen die Häftlinge der Konzentrationslager richteten, ungeachtet der Forderungen des eigenen Gewissensblindlings zu befolgen. Diese absolute Gehorsampflicht hat der "Reichsführer SS", Himmler, selbst wie folgt formuliert: "Die vierte Richtlinie und Tugend, die für uns gilt, ist die des Gehorsams; des Gehorsams, der bedingungslos aus höchster Freiwilligkeit kommt, aus dem Dienst an unserer Weltanschauung, der bereit ist, jedes, aber auch jedes Opfer an Stolz, an äußeren Ehren und an all dem, was uns persönlich lieb und wert ist, zu bringen; des Gehorsams, der nicht ein einziges Mal zaudert, sondern bedingungslos jedem Befehl folgt, der vom Führer kommt oder rechtmäßig von den Vorgesetzten gegeben wird; des Gehorsams, der ebenso in der Zeit des politischen Kampfes, wenn der Freiheitswille glaubt sich empören zu müssen, stillschweigt, der bei wachsten Sinnen und gespannter Aufmerksamkeit gegen den Gegner, wenn es verboten ist, nicht den Finger rührt, der ebenso bedingungslos gehorcht und zum Angriff geht, auch wenn er einmal glauben sollte, es in seinem Herzen nicht überwinden zu können."

In einer Rede während eines nationalsozialistischen Lehrganges der Wehrmacht im Januar 1937 hat Himmler weiter u. a. folgendes ausgeführt:

"Darüber hinaus wäre es für jeden einzelnen...unerhört instruktiv, so ein Konzentrationslager einmal anzusehen. Wenn Sie das gesehen haben, sind Sie davon überzeugt: Von denen sitzt keiner zu Unrecht; es ist der Abhub von Verbrechertum, von Mißbräuten. Es gibt keine lebendigere Demonstration für die Erb- und Rassegesetze....als so ein Konzentrationslager. Da sind Leute mit Wasserköpfen, Schielende, Verwachsene, Halbjuden, eine Unmenge rassisch minderwertigen Zeugs. Das ist da alles beisammen..... Die Erziehung geschieht im ganzen nur durch Ordnung, niemals durch irgendwelche weltanschaulichen Unterricht, denn die Häftlinge sind ja in den meisten Fällen Sklavenseelen; nur wenige Leute mit wirlichem Charakter sind darunter... Ich gehe jetzt....dazu über, Berufsverbrecher in viel größerem Umfang als bisher.... einzusperren und nicht mehr loszulassen. Das kann man anders gar nicht verantworten, besonders wir mit unserer Humanitätsduselei und bei diesen unzulänglichen Gesetzen, diese Leute auf die Menschheit wieder loszulassen....."

Und Göring hat den Ausspruch geprägt: "Die Insassen der Konzentrationslager sind nur der Inhalt eines Müllkastens der Nation, die nichts weiter verdient haben, als verbrannt zu werden." Wenn auch nicht feststeht, daß den Angeklagten diese Reden und Aussprüche wörtlich zur Kenntnis gebracht worden sind, so besteht doch kein Zweifel daran, daß die Unterrichtung, Anleitung und Beeinflussung der Angeklagten in dem aus diesen Zitaten erkennbaren Geist erfolgt ist und

daß die Angeklagten systematisch darauf hin erzogen wurden, auch in denjenigen der ihnen erteilten Befehle, die offensichtlich und auch für die Angeklagten nicht verkennbar auf die Begehung von unmenschlichen Unrecht abzielten, zwar nicht rechtmäßige, so aber doch zum Wohle der "anständigen" Glieder des deutschen Volkes erforderliche und daher ohne Rücksicht auf rechtliche oder humanitäre Bedenken kritiklos durchzuführende Anordnungen zu erblicken und sie in unbedingtem Gehorsam auszuführen. Die Wirkung dieser Erziehung wurde dadurch intensiviert, daß die ihr Ausgesetzten, also auch die Angeklagten, erkannten, daß die Maßnahmen der SS-Führung, an welchen sie befehlsgemäß mitzuwirken hatten, nicht nur von den für die Leitung der Konzentrationslager verantwortlichen Angehörigen der SS, gleich welchen Dienstgrads, bewußt und zielstrebig gefördert wurden, sondern daß ihnen auch ihrer Natur nach unpolitische Führungsstellen, nämlich - im Falle der Erschießungen der russischen Kriegsgefangenen - das Oberkommando der Wehrmacht und die Justizbehörden nicht entgegentraten, sondern sie zumindest stillschweigend billigten.

- Ob darüber hinaus, wie von der Verteidigung unter Beweis gestellt ist, die damaligen Feindmächte nicht alles in ihrer Macht liegende taten, um für die inhaftierten Juden die Freiheit zurück zu gewinnen, ist indessen in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung; keiner der Angeklagten hat behauptet, von solchen Vorgängen schon zu der hier in Betracht stehenden Zeit erfahren zu haben, so daß das Verhalten jener Mächte, gleichviel auf welchen Motiven es beruht und zu welchen Ergebnissen es geführt haben mag, den Angeklagten nicht

zur Richtschnur für ihre eigene Willensbildung gedient haben kann. -

Wenn auch diese erzieherische Beeinflussung der Angeklagten nicht dazu geführt hat, das in ihnen natürlich entwickelte Rechtsempfinden gänzlich abzutöten und den Angeklagten die Fähigkeit zur rechtlichen Beurteilung der ihnen angesonnenen Straftaten zu nehmen, so hatten sie doch jedenfalls zur Folge, daß die Angeklagten sich daran gewöhnten, in ihren Taten eine faktische, von den für das Schicksal des deutschen Volkes verantwortlichen höchsten Führungsstellen zumindest gebilligte Förderung des Wohles der in bedrohlicher Kriegslage sich befindlichen deutschen Nation zu erblicken und sie deswegen ohne eigene innere Stellungnahme zu den ihnen erteilten Befehlen auszuführen.

Das aber mindert ihre Schuld.

4. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände hat das Schwurgericht gegen die Angeklagten auf folgende Strafen erkannt:

a). Soweit der Angeklagte H ö h n des Mordes schuldig ist (Fall C IV 4), ist das Gericht durch zwingende gesetzliche Vorschriften gehindert, die vorstehend geschilderten, zugunsten des Angeklagten sprechenden und die Notwendigkeit seiner definitiven Ausscheidung aus der menschlichen Lebensgemeinschaft zumindest in Frage stellenden Umstände bei der Strafzumessung zu berücksichtigen. Der Angeklagte mußte daher gemäß § 211 StGB wegen jeden Falles des Mordes zu lebenslangem

Zuchthaus verurteilt werden.

Wegen der Beihilfe zum Mord an dem Häftling Noack (C II 1), der Beihilfe zum Mord an 27 Häftlingen (C III), der Beihilfe zum Mord an 8 Ostarbeitern (C IV 1) und der Beihilfe zum Mord an 20 Häftlingen (C IV 4) hat das Schwurgericht gemäß § 211, 49 StGB unter Berücksichtigung der oben unter 3.) dargelegten Strafschärfungs- und -milderungsgründe und unter Gebrauchmachung von der sich aus den §§ 49 Abs. 2, 44 Abs. 2 StGB ergebenden Strafmilderungsmöglichkeit, deren Anwendung trotz der maßgeblichen Stellung, die der Angeklagte im Schutzhaftlager Sachsenhausen bekleidet und der wesentlichen Funktion, die er kraft ihrer auch bei den Häftlingstötungen wahrgenommen hat, und schließlich auch trotz seiner durch seine überdurchschnittliche Intelligenz bedingten besonders klaren Erkenntnis der Verwerflichkeit der Tötungen wegen der oben aufgezeigten vielfältigen, zu seinen Gunsten sprechenden Umstände als geboten und gerechtfertigt erscheint, auf Zuchthausstrafen von jeweils 3 Jahren erkannt. Es hat dabei berücksichtigt, daß dem Mord an dem Häftling Noack nur ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, und daß zwar bei der Ermordung^{en} der 27 Häftlinge, der 8 Ostarbeiter und der 20 Delinquenten wohl zahlreiche Menschenleben vernichtet worden sind, der Angeklagte Höhn aber zu ihnen nur in tatsächlicher Hinsicht verhältnismäßig geringe, nicht den Aufwand besonderer verbrecherischer Energie erfordende Tatbeiträge geliefert hat.

Wegen der Beihilfe zum Mord an 82 Häftlingen (C VI) hat das Schwurgericht unter Anwendung der vorstehenden/^{allgemeinen}Erwägungen und unter Berücksichtigung der besonders hohen Zahl der Häftlinge, die dieser Straftat des Angeklagten zum Opfer gefallen sind, gemäß §§ 211, 49 44 Abs. 2 StGB eine Strafe von 4 Jahren Zuchthaus verhängt.

Soweit der Angeklagte Höhn der Beihilfe zum Totschlag an dem namentlich nicht sicher festgestellten Häftling (C II 2) und der Beihilfe zum Totschlag an dem Häftling Oelerich und dessen Mitdelinquenten (C II 3) schuldig ist, hat das Schwurgericht gegen ihn gemäß §§ 212, 49, 44, Abs. 3 StGB auf Gefängnisstrafen von jeweils 2 Jahren erkannt. Es hat bei der Bemessung dieser Strafen neben den oben erörterten allgemeinen Umständen insbesondere die Tatsache in Betracht gezogen, daß die Schuld des Angeklagten in diesen Fällen auch deswegen nicht als besonders schwer beurteilt werden kann, weil nicht auszuschließen ist, daß der Angeklagte bei seiner Mitwirkung an diesen Tötungen davon ausgegangen ist, daß die Häftlinge einer zwar nicht auf gesetzlichem Wege gegen sie verhängten, nach ihrer Schuld aber verdienten Strafe zugeführt wurden.

Die hiernach gegen den Angeklagten Höhn verhängten zeitigen Freiheitsstrafen hat das Schwurgericht gemäß § 74 StGB unter Verschärfung der schwersten gegen den Angeklagten verhängten Strafe (4 Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord im Fall C VI) und unter der Vorschrift des § 21 StGB gemäß erfolgter Umwandlung der beiden zweijährigen Gefängnisstrafen in Zuchthausstrafen von je 1 Jahr und 4 Monaten auf eine

Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus zurückgeführt. Es hat hierbei sowohl die Zahl der diesen Straftaten des Angeklagten zum Opfergefallenen Häftlinge, die besonders verwerfliche Motivierung und Durchführung der Tötungen, aber auch die oben im einzelnen zugunsten des Angeklagten festgestellten Umstände berücksichtigt, welche letzteren eine deutliche Unterschreitung der gesetzlichen oberen Strafgrenze als geboten erscheinen lassen, und erachtet die gegen den Angeklagten erkannte Gesamtstrafe als eine den Folgen und dem Unrechtsgehalt seiner Taten wie auch seiner Persönlichkeit und Schuld angemessene und ausreichende Sühne.

b). Gegen den Angeklagten B ö h m hat das Schwurgericht für jeden Fall des von ihm begangenen Mordes gemäß § 211 StGB auf lebenslanges Zuchthaus erkannt.

Wegen der Beihilfe zum Mord an 27 Häftlingen (C III) und wegen der Beihilfe zum Mord an 27 Ostarbeiterinnen (C IV 2) hat das Schwurgericht gegen ihn Zuchthausstrafen von je 3 Jahren, wegen der Beihilfe zum Mord an 40 Häftlingen (C IV 4) hat es eine solche von 5 Jahren und wegen der Beihilfe zum Mord an 80 Häftlingen (C VI) sowie wegen der Beihilfe zum Mord an 150 jüdischen Häftlingen (C VIII) hat es gegen ihn Zuchthausstrafen von je 4 Jahren verhängt. Es hat hierbei einerseits die oben unter 2. näher erörterte Tatsache, daß der Angeklagte Böhm nicht von Natur aus zum Verbrecher veranlagt, sondern durch die Umstände, in welche er durch seine Einziehung zu der Bewachungsmannschaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen ohne eigenes Verschulden geraten ist,

zur Begehung seiner Straftaten bestimmt worden ist, sowie seine primitive geistige Kapazität und Beweglichkeit berücksichtigt, die es mit Sicherheit verhindert hat, daß ihm das Unrechte und Verwerfliche seines Handelns so klar vor Augen getreten ist wie dem Angeklagten Böhm und die deshalb seiner Fähigkeit, seine nach seinen Beobachtungen den Zielen und Maßnahmen der ihm übergeordneten SS-Führung entsprechenden Handlungen nach ethischen und humanitären Gesichtspunkten zu beurteilen, verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt hat; andererseits hat das Gericht aber auch die Zahl der durch die Mitwirkung des Angeklagten Böhm zu Tode gekommenen Häftlinge, die Verwerflichkeit ihrer Tötung und die erbarmungslose Brutalität und mitleidslose Gleichgültigkeit in Betracht gezogen, mit welcher der Angeklagte Böhm sich an der Ermordung der zahlreichen Häftlinge willig und eifrig beteiligt hat.

Es hat die Beihilfehandlungen zur Ermordung der 27 Häftlinge (C III) und der 27 Ostarbeiterinnen (C IV 2) wegen der in ihnen liegenden verhältnismäßig unbedeutenden Tatbeiträge des Angeklagten mit der gesetzlichen Mindeststrafe geahndet, die Beihilfe zum Mord an 80 Häftlingen (C VI) und die Beihilfe zum Mord an 150 jüdischen Häftlingen (C VIII 2) wegen der in ihnen sich stärker manifestierenden verbrecherischen Intensität des Angeklagten mit die gesetzliche Mindeststrafe um jeweils 1 Jahr übersteigenden Zuchthausstrafen geahndet und die Beihilfe zum Mord an 40 Häftlingen (C IV 4), bei welcher der Angeklagte eine besondere Brutalität an den Tag gelegt hat, mit einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren belegt.

Aus den gegen den Angeklagten Böhm erkannten zeitigen Zuchthausstrafen hat das Schwurgericht unter Verschärfung der schwersten der verwirkten Einzelstrafen (5 Jahre Zuchthaus) gemäß § 74 StGB eine Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus gebildet. Die Bemessung dieser Strafe beruht auf der Überzeugung des Gerichts, daß den Angeklagten wegen seiner geistigen Primitivität und weil er nicht aus eigener verbrecherischer Veranlagung, sondern durch widrige Umstände zur Begehung seiner Straftaten verführt worden ist, zwar nicht die gesetzliche Höchststrafe treffen soll, daß der Angeklagte aber gleichwohl wegen seiner zur Schau getragenen und bei seiner Mitwirkung an den Tötungen bewiesenen stupid-eifrigen Willenseinstellung eine harte, die Tragweite seiner Schuld voll zum Ausdruck bringende Strafe verdient, die in der Höhe von 12 Jahren Zuchthaus nach Auffassung des Schwurgerichts/der Persönlichkeit und Schuld des Angeklagten ebenso wie dem durch die Folgen und den Unrechtsgehalt der Taten ausgelösten Sühnebedürfnis gerecht wird.

c). Gegen den Angeklagten H e m p e l hat das Schwurgericht wegen der Beihilfe zum Mord an 200 Russen(C I) auf eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren, und wegen der Beihilfe zum Mord an 9 Häftlingen (C IV 4) sowie wegen der Beihilfe zum Mord an 82 Häftlingen (C VI) auf Zuchthausstrafen von je 3 Jahren erkannt. Bei der Bemessung dieser Einzelstrafen hat das Schwurgericht darauf Bedacht genommen, daß auch dieser Angeklagte aus einem geordneten und rechtmäßigen Leben durch seine Einberufung zu den SS-Bewachungsmannschaften des Konzentrationslagers Sachsenhausen ohne

seinen Willen in den Einflußbereich äußerer, von seiner Initiative nicht abhängender Umstände geraten ist, die ihn, der von Natur aus nicht zur Begehung von Verbrechen geneigt hat, zur Verübung der hier abgeurteilten Straftaten bestimmt und verleitet haben. Es hat weiter in Betracht gezogen, daß der Angeklagte Hempel im Schutzhaftlager Sachsenhausen eine nur untergeordnete Stellung eingenommen und keine maßgeblichen Funktionen bekleidet hat, daß er, der als erster der drei Angeklagten im Schutzhaftlager Sachsenhausen eingesetzt war, hier noch Häftlingsmißhandlungen und -tötungen miterlebt hat, die in ihrer Brutalität und Unmenschlichkeit diejenigen Mißhandlungen und Tötungen, die sich unter der Herrschaft des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb und des Angeklagten Höhn als 2. Schutzhaftlagerführer zugetragen haben, als noch erträglich und human erscheinen lassen mußten, und daß die Eindrücke, die er aus jener Zeit empfangen hatte, sein Empfinden und sein Vermögen, die Verwerflichkeit der Tötungen, an welchen er sich selbst beteiligte, in ihrem ganzen Umfange zu erkennen, mit Sicherheit erheblich beeinträchtigt haben. Aus diesen Gründen ist das Schwurgericht der Überzeugung, daß die gegen den Angeklagten erkannten gesetzlichen Mindeststrafen von je 3 Jahren Zuchthaus wegen der Beihilfe zum Mord an 9 Häftlingen und der Beihilfe zum Mord an 82 Häftlingen (§§ 211, 49, 44 Abs. 2 StGB) zur Sühne dieser Straftaten ausreichen und daß auch die Beihilfeleistung des Angeklagten Hempel zum Mord an den 200 russischen Kriegsgefangenen (C I) keine härtere Bestrafung als die Verhängung einer vierjährigen Zuchthausstrafe erheischt. Bei der Zumesung dieser letztgenannten Strafe hat das Schwurgericht

neben den oben genannten Umständen weiter die Tatsache be-
wie er sich unwiderlegt eingelassen hat /
rücksichtigt, daß der Angeklagte, von den Begleitmannschaf-
ten der russischen Kriegsgefangenen erfahren hat, daß diese
Gefangenen von dem Oberkommando der Wehrmacht zum Zwecke
ihrer Tötung aus den regulären Kriegsgefangenenlagern aus-
gesondert und dem Konzentrationslager Sachsenhausen über-
stellt worden waren, daß er also, wenn ihm dieser Umstand
auch keinen Anlaß gab, an der Unrechtmäßigkeit der Erschie-
sungen zu zweifeln, doch davon ausgegangen ist und davon
ausgehen konnte, daß die Erschießungen nicht nur von poli-
tischen Stellen, sondern auch von der Truppenführung als
kriegsnotwendig erachtet wurden.

Diese Einzelstrafen hat das Schwurgericht gemäß § 74 StGB
unter Verschärfung der zuletzt erörterten schwersten ver-
wirkten Strafe auf eine Gesamtstrafe von 5 Jahren Zucht-
haus zurückgeführt. Es erachtet diese Gesamtstrafe unter
Beachtung aller für und gegen den Angeklagten Hempel spre-
chenden Umstände als die gerechte, seiner Person und Schuld
ebenso wie dem Unrechtsgehalt und den Folgen seiner Straf-
taten entsprechenden Sühne seiner Verfehlungen.

Auf diese Strafen war zu erkennen; doch bedurften die gegen
die Angeklagten Höhn und Böhm neben den lebenslangen Zucht-
hausstrafen erkannten zeitigen Freiheitsstrafen nicht der
Aufnahme in den Urteilsspruch (§ 260 Abs. IV S. 3 StPO).

Die gegen die Angeklagten Höhn und Hempel auf Grund ihrer

Verurteilung durch das sowjetische Militärtribunal vollzogenen Freiheitsstrafen und die von dem Angeklagten Höhn in jenem Verfahren bis zu seiner Verurteilung erduldeten Untersuchungshaft waren in sinngemäßer Anwendung des § 7 StGB (BGH St 6, 179), die von den Angeklagten Höhn und Böhm in diesem Verfahren erlittene Untersuchungshaft war gemäß § 60 StGB, da keiner der Angeklagten das Strafverfahren verzögert hat, auf die erkannten zeitigen Freiheitsstrafen anzurechnen. Da die von dem Angeklagten Herpel auf Grund des Urteils des sowjetischen Militärtribunals vom 1. November 1947 erlittene Strafhaft die Dauer der hier gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe übersteigt, war auszusprechen, daß die durch dieses Urteil gegen ihn verhängte Strafe als durch die von ihm auf Grund des Urteils des sowjetischen Militärtribunals in Berlin-Pankow vom 1. November 1947 erlittene Strafhaft verbüßt gilt.

Die Angeklagten Höhn und Böhm haben bei der Begehung ihrer hier abgeurteilten Straftaten ehrlos gehandelt. Die bürgerlichen Ehrenrechte waren ihnen daher gemäß § 32 StGB für dauernd abzuerkennen.

Im übrigen waren die Angeklagten freizusprechen.

Soweit die Angeklagten verurteilt worden sind, haben sie gemäß § 465 StPO die Kosten des Verfahrens zu tragen; soweit Freispruch erfolgt ist, fallen die Kosten gemäß

§ 467 StPO der Staatskasse zur Last.

Dr. Näke

Dr. Bierbach

Lagemann

Ausgefertigt

Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts

UI

-26-

Bd 2

U I

-26-

Bd 2